



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

6. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 12. Dezember 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2000 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 3/2570 –	121
Beschluss	121

Eidesleistung des am 11.12.2002 gewählten stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz	121
Günter Reitz	121

Fragestunde – Drucksache 4/60 –	121
Kerstin Fiedler, CDU	121, 122
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	122

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken – Drucksache 4/47 –	122
Präsidentin Sylvia Bretschneider	122
Michael Ankermann, CDU	124
Karsten Neumann, PDS	126, 129
Siegfried Friese, SPD	129
Andreas Bluhm, PDS	129
Beschluss	131

Antrag der Fraktion der CDU: Auswirkungen der anstehenden Arbeits- marktreform für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/50 –	131
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS – Drucksache 4/98 –	131
Udo Timm, CDU	131
Minister Helmut Holter	132, 133, 134
Dr. Ulrich Born, CDU	133, 134
Klaus Mohr, SPD	137, 140, 141
Andreas Petters, CDU	140
Harry Glawe, CDU	140, 141
Regine Lück, PDS	141

Karin Strenz, CDU	142	Ministerin Dr. Marianne Linke	166
Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung)	146	Harry Glawe, CDU	167, 172
B e s c h l u s s	146, 147	Torsten Koplin, PDS	170
		Jörg Heydorn, SPD	171
		B e s c h l u s s	173

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Einsetzung eines Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“

– Drucksache 4/48 – 147

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS

– Drucksache 4/103 – 147

Antrag der Fraktion der CDU:

Rechtssicherheit für die Entwicklung neuer Verwaltungsstrukturen

– Drucksache 4/51 – 147

Heinz Müller, SPD 147, 159, 162, 163

Bernd Schubert, CDU 148

Gabriele Schulz, PDS 151

Dr. Armin Jäger, CDU 153, 158, 159, 162, 163

Minister Dr. Gottfried Timm 155, 158, 159

Lorenz Caffier, CDU 159, 163

B e s c h l u s s 163

Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes (1. Landespflegeänderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/77 – 173

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes (1. Landespflegeänderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/85(neu) – 173

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses

– Drucksache 4/102 – 173

Torsten Koplin, PDS 173, 175

Ministerin Dr. Marianne Linke 174

Harry Glawe, CDU 175

Jörg Heydorn, SPD 175

B e s c h l u s s 175

Antrag der Fraktion der CDU:

Zukunftssicherheit für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern schaffen

– Drucksache 4/49 – 164

Bernd Schubert, CDU 164

Nächste Sitzung

Mittwoch, 29. Januar 2003 176

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 6. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Bevor wir unsere Beratung vereinbarungsgemäß fortsetzen, zunächst eine Bemerkung zum Antrag der Finanzministerin „Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2000 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –“ auf Drucksache 3/2570. Dieser Antrag wurde in der 3. Wahlperiode bereits dem Finanzausschuss überwiesen. Aufgrund des Wahlperiodenwechsels ist erneut eine Ausschussüberweisung erforderlich. Interfraktionell ist vereinbart worden, den Antrag auf Drucksache 3/2570 dem Finanzausschuss zu überweisen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich auf den **Zusatztagsordnungspunkt 2:** Eidesleistung des am 11.12.2002 gewählten stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz.

**Eidesleistung des am 11.12.2002
gewählten stellvertretenden Mitglieds
des Landesverfassungsgerichts gemäß
§ 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz**

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern unter Tagesordnungspunkt 16 das stellvertretende Mitglied des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl gewählt. Der Ministerpräsident des Landes hat dem Gewählten die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehene Urkunde ausgehändigt. Das stellvertretende Mitglied des Landesverfassungsgerichts hat hier im Saal Platz genommen. Ich darf Sie, Herr Reitz, herzlich willkommen heißen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Der Gewählte hat mir gegenüber schriftlich erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für die Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 Landesrichtergesetz festgelegt.

Zur Vereidigung rufe ich das stellvertretende Mitglied des Landesverfassungsgerichts auf und bitte Sie, zu mir zu kommen. Ich werde den Eid vorsprechen und bitte Sie, mir die Worte nachzusprechen. Ich möchte die Mitglieder des Landtages bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

Ich spreche Ihnen jetzt den Eid vor: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Günter Reitz: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Präsidentin Sylvia Bretschneider: für die Bundesrepublik Deutschland,

Günter Reitz: für die Bundesrepublik Deutschland,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Günter Reitz: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Günter Reitz: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: nach bestem Wissen und Gewissen

Günter Reitz: nach bestem Wissen und Gewissen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Günter Reitz: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Günter Reitz: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich möchte Ihnen, Herr Reitz, nunmehr an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und zur Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und stets ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung.

Günter Reitz: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS –
Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/60 vor.

**Fragestunde
– Drucksache 4/60 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Torsten Renz. Die Abgeordnete Kerstin Fiedler wird in Vertretung des erkrankten Abgeordneten Torsten Renz die Fragen vortragen. Bitte, Frau Abgeordnete, stellen Sie Ihre Fragen.

Kerstin Fiedler, CDU: Danke schön.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf der 299. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder wurde beschlossen, für die Durchführung einer Image-Kampagne für den Lehrerberuf den Ländern auf Anfrage Agenturangebote zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurden die Länder aufgefordert, ein mögliches Interesse der Teilnahme an dieser Image-Kampagne gegenüber dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK) zu artikulieren. Am 05.12.2002 hat das Plenum der KMK erneut über die Durchführung der Image-Kampagne beraten. Mit welchen konkreten Zielen wird sich das Land Mecklenburg-Vorpommern an der Image-Kampagne für den Lehrerberuf der KMK beteiligen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Fiedler, Sie haben mit Ihrer Frage eine typische Aufgabe der KMK angesprochen. Diese KMK hatte sich ja am 5. Dezember zu einer Jubiläumssitzung zusammengefunden, das war die 300. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat ihr eine Würdigung gewidmet, sie hat die Dynamik der KMK mit einer griechischen Landschildkröte verglichen. Und diese Dynamik und dieses Bild müssen wir schon deshalb auch in diesem Hohen Hause zurückweisen, weil die „Neue Züricher Zeitung“ noch draufgesattelt und gesagt hat, griechische Landschildkröte KMK, es ist eben ein typisch deutsches Parlament.

Ich glaube, die KMK hat es wirklich schwer. Und dieses Problem Lehrer-Image-Kampagne zeigt es sehr deutlich. Auf der einen Seite wollen wir alle, alle Bundesländer, natürlich den Lehrern den Rücken stärken bei ihrer wichtigen und zentralen Aufgabe. Aber in welchen Aspekten sollen wir denn die Lehrer ansprechen? Wir haben viele schwierige Aufgaben, die die Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich lösen, aber einige Probleme haben sie denn doch nicht. Ich denke daran, dass wir viel weniger als andere Bundesländer mit Migrantenfamilien zu tun haben, Schüler, die gar kein deutsch sprechen, in großer Zahl in der Klasse, Muslime, alle Probleme, die dort hineingebracht werden, oder Lehrerkollegien, in denen viele Kollegen gar keine Lehrer sind.

Und dieses alles, aus allen Ländern heraus betrachtet, hat dazu geführt, dass die Zustimmung zu dieser Image-Kampagne zunächst sehr, sehr zurückhaltend war. Jetzt ist es so, dass zehn Länder sich beteiligen wollen. Ein Land macht eine eigene Kampagne, Nordrhein-Westfalen. Und wir gehören zu den fünf, die noch daran arbeiten, wie denn ihr Beitrag aussehen könnte – Tendenz ja, wir wollen uns daran beteiligen.

Die konkreten Ziele für unser Land angesichts der Vielfalt der Lehreraufgaben möchte ich in vier Punkten zusammenfassen: Einmal, wir müssen dafür sorgen, dass das Bild des Lehrerberufes, das Image des Lehrerberufes im öffentlichen Bewusstsein verbessert wird. Ein zweiter Punkt, die Lehrkräfte sollen als Fachleute für Lernen ausgewiesen werden. Ein dritter Punkt, der Stellenwert von Bildung in der gesellschaftlichen Akzeptanz muss erhöht werden. Und viertens, wir müssen mehr Bewerber für ein Lehrerstudium gewinnen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie?)

Das sind die Ziele, mit denen wir uns in der ersten Phase beteiligen müssen, zumindest was die Image-Kampagne angeht.

Kerstin Fiedler, CDU: Herr Minister, Sie stimmen mir sicher zu, dass ich aufgrund Ihrer Antwort auf die Frage 2, die Sie ja hiermit gleich beantwortet haben, verzichte und ich darum bitte, eine Nachfrage stellen zu dürfen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Fiedler.

Kerstin Fiedler, CDU: Herr Minister Metelmann, ist Ihnen bekannt, dass diese Kampagne am 30. Januar bereits in Berlin starten soll? Angesichts der Kürze der Zeit, wie will sich Mecklenburg-Vorpommern mit seinen speziellen Interessen denn jetzt noch in diese Kampagne einbringen? Haben Sie da Vorstellungen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Also wir sind in einer Phase, in der es erst einmal überhaupt darum geht, eine gemeinsame Zielrichtung zu finden für den ersten Teil, nicht für den regionalen Teil. Der allgemeine Teil, der befindet sich in der Ausschreibungsphase. Es sind zwei Agenturen angesprochen worden, die bauen an Werbespots im Fernsehen, die wollen Plakate entwerfen. Klar ist noch nicht, welche Agentur es sein wird. Es ist auch noch gar nicht klar, in welchem Umfang die einzelnen Länder an dieser Stelle schon gefragt werden. Die Amtschefs werden sich als Nächstes damit befassen. Aber das, was im Augenblick läuft, betrifft die Vorphase – wer es überhaupt machen soll, wird jetzt geklärt –, das heißt, mit der regionalen Phase werden wir uns anschließend beschäftigen.

Kerstin Fiedler, CDU: Darf ich eine zweite Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ja, bitte.

Kerstin Fiedler, CDU: Nach meiner Kenntnis wurde ja eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die diese Agentur – zwei stehen wohl zurzeit zur Auswahl – auswählen soll, die auch die konkreten Ziele beziehungsweise die Schwerpunkte der Aufgabe dieser Image-Kampagne festlegen will. Haben Sie denn Ihre eigenen konkreten Ziele für dieses Land, die Sie vorhin ausführten, schon versucht mit einzubringen, auch im Vorfeld bei der Auswahl für die Agenturen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Wir sind in diesem Vorfeld noch gar nicht beteiligt gewesen an der Frage, welche Agentur es sein könnte, weil wir uns ja noch gar nicht entschlossen hatten, dort mitzumachen. Es ist auch eine Gemeinschaftsaufgabe. Es darf nachher nicht dazu führen, dass es heißt, diese Lehrer-Image-Kampagne ist eine Aktion der Kultusministerkonferenz mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb, wenn wir uns jetzt zusammenfinden, auch mit den Ländern, die im Übrigen noch nicht ganz entschlossen waren, dann sind wir jetzt gleich dabei, die regionale Komponente reinzubringen. Und das müssen wir noch formulieren.

Kerstin Fiedler, CDU: Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken, Drucksache 4/47.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Föderalismus voranbringen –
Länderkompetenzen stärken
– Drucksache 4/47 –

Das Wort zur Begründung hat die Landtagspräsidentin Frau Bretschneider. Bitte, Frau Präsidentin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus schon anhand verschiedener Themen über Fragen unseres föderalen Systems in Deutschland diskutiert. Immer hat sich große Einigkeit gezeigt, dass eine Reform des Föderalismus eigentlich angezeigt ist. Wir haben oft

beklagt, dass auf mehr oder weniger schleichende Art und Weise die Kompetenzen der Länder und damit die Kompetenzen der Länderparlamente immer mehr ausgehöhlt werden. Ein Kompetenzzuwachs ist seit Jahrzehnten in Richtung Bund und nunmehr verstärkt in Richtung Europa zu verzeichnen.

Gleichzeitig findet eine enorme Politikvermischung statt. Viele Entscheidungen werden in Europa getroffen, andere treffen Bund und Länder gemeinsam, manche Entscheidungen treffen alle Länder gemeinsam. Die Entscheidungsstrukturen werden immer undurchsichtiger. Wirklich transparent ist das oft nicht. Ich glaube, dass diese fehlende Transparenz oftmals auch zu mangelnder Akzeptanz der Entscheidungen und zur Abwendung von demokratischen Entscheidungsprozessen führt. Man kann nicht mehr erkennen, welche politische Institution für Entscheidungen verantwortlich ist. Selbst wir Politikerinnen und Politiker haben manchmal Schwierigkeiten, das auf den ersten Blick nachzuvollziehen.

Wir müssen die Verantwortung für politische Entscheidungen klarer zuordnen, damit die Menschen erkennen können, wer was zu entscheiden hat. Und diese Entscheidungsprozesse müssen nachvollziehbar sein. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an unserem demokratischen Gemeinwesen und der politischen Meinungsbildung.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Grundgesetz verfolgte ursprünglich eine Konzeption, die auf starke Länderkompetenzen aufbaute. Deshalb hatten grundsätzlich die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung und der Bund nur in besonderen, einzeln aufgeführten Fällen. Der Regelfall ist in Artikel 30 des Grundgesetzes beschrieben. Hier heißt es: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“ Und in Artikel 70 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“

Die Verfassungsrealität hat sich davon oft weit entfernt. Inzwischen ist es so, dass der Bundestag das Gesetzgebungsparlament in Deutschland ist. Die Länderparlamente können oft nur die Landesregierungen beim Gesetzesvorschlag kontrollieren. Kürzlich hat Herr von Arnim dazu einen Beitrag in der „Frankfurter Rundschau“ verfasst. Wie so oft ist seine Schilderung etwas sehr kritisch und düster ausgefallen, allerdings hat er darin vom verschleierte Zentralismus gesprochen. Und das ist eine nicht ganz unzutreffende Zustandsbeschreibung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Länderparlamente hat gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden eine Konferenz, einen Konvent zum 31. März 2003 nach Lübeck einberufen, der sich dem Thema der Reform des Föderalismus widmet. Ziel ist es, Vorschläge zu unterbreiten, die die Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder und hierbei vor allem für die Länderparlamente vergrößern. Dieser Konvent soll ein politisches Gremium sein, in dem über die Möglichkeiten der Föderalismusreform unter Einbeziehung politischer Gesichtspunkte diskutiert wird, mit der Zielrichtung, eine einvernehmliche Position aller Länderparlamente zu erarbeiten. Es soll also gerade kein wissenschaftlich geprägter und an demokra-

tiethoretischen Idealvorstellungen orientierter Konvent sein.

Wissenschaftlich ist das Thema „Föderalismus und Möglichkeiten zur Föderalismusreform“ äußerst gut aufbereitet. Da gab es bereits zahlreiche Kommissionen, Gremien und Kolloquien, die sich mit der Materie beschäftigt haben. So erinnere ich nur an die Beschlüsse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Länderparlamente aus dem Jahr 1991, an den Bericht der Kommission Verfassungsreform des Bundesrates aus 1992, der sich wesentlich auf die Fragen zur Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa konzentriert hat. Die Gemeinsame Verfassungskommission hat Vorschläge unterbreitet, genauso wie die Konferenz der Landtagsdirektoren und der Präsidenten im Jahr 2000 in Heringsdorf. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, ganz zu schweigen von den Sachverständigengremien und sonstigen Verbänden, wie etwa der Kommission der Bertelsmann-Stiftung, der Van-Nes-Ziegler-Kommission bis zum Bund der Steuerzahler.

Es mangelt also nicht an Vorschlägen zur Reform des Föderalismus. Gleichwohl ist bisher wenig passiert. Und Gesprächsstoff für die Allgemeinheit bildet diese Materie schon gar nicht.

Es muss uns gelingen, den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen, dass die Reform des Föderalismus ein Thema ist, das uns alle angeht, das auch für die Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung ist. Wir müssen in verständlichen Worten dieses Thema für die Bürgerinnen und Bürger übersetzen und plakativ deutlich machen, worum es dabei geht.

Inhaltlich heißt das, auf den verschiedenen Ebenen – Europa, Bund und Länder – für mehr Transparenz zu sorgen. Es geht darum, festzulegen und den Menschen deutlich zu machen, wer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger mit welchen Kompetenzen und Aufgaben betraut wird. Politische Entscheidungen müssen immer so nah wie möglich vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. Entscheidungen dürfen nicht wie bisher fast schrankenlos von der höheren Ebene an sich gezogen werden mit der Begründung, dass wir in nahezu allen Bereichen im gesamten Bundesgebiet oder in ganz Europa gleiche Regelungen brauchen.

Ich kann zum Beispiel nicht nachvollziehen, was mir in der letzten Zeit hinsichtlich einer Bundesverordnung aufgefallen ist, die eine EU-Richtlinie zu Lärmmissionen bei Heimtagengeräten umsetzt. Warum muss in Berlin geregelt werden, ob ein Rasenmäher in einem Wohngebiet in Mecklenburg-Vorpommern in der Mittagszeit betrieben werden darf oder nicht?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Lärmschutzregelungen, die für Ballungsgebiete etwa im Ruhrgebiet sinnvoll und notwendig sind, müssen in unserem dünn besiedelten Flächenland nicht ebenso sinnvoll sein. Bisher haben die Kommunen festlegen können, zu welchen Zeiten derartige Geräte betrieben werden können und zu welchen Zeiten nicht. Jetzt legt der Bund fest, ob die Mittagsruhe beispielsweise in Ostvorpommern von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr oder von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr gilt. Das verstehe ich nicht unter bürgernaher Entscheidung.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS –
Ministerin Sigrid Keler: Das ist richtig.)

Ich bin mir auch nicht sicher, ob dies wirklich Zielrichtung der entsprechenden europäischen Richtlinie ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist uns bewusst, dass wir nicht in allen Fragen der Reform des Föderalismus im Kreis der Parlamentspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden zu einvernehmlichen Regelungen kommen werden. Ich vermute, dass insbesondere beim Thema Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern unterschiedliche Vorstellungen artikuliert werden und ein Konsens schwierig wird.

Nach dem Ihnen vorliegenden Antrag sprechen wir uns für eine sinnvolle und angemessene Neuordnung von Gemeinschaftsaufgaben im Rahmen einer föderalen Reform aus, die die Interessen unseres Landes berücksichtigt und für unser Land mehr Gestaltungsspielräume eröffnen soll. Das ist unsere Zielvorstellung, die wir auch in den Konvent einbringen wollen. Aber es gibt in Deutschland natürlich auch Länder, die viel mehr Eigenständigkeit beispielsweise im Bereich der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern wünschen, als wir es beispielsweise vertreten können. Da wird die Forderung erhoben, Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern gänzlich aufzugeben und auch die Gemeinschaftsaufgaben nicht mehr fortzuführen. Aus Gründen der Transparenz könnte man das ja eigentlich befürworten, wenn jedes Land allein darüber befinden könnte, wie entsprechende Finanzmittel eingesetzt würden. Aber dazu müssten natürlich auch entsprechende Finanzmittel vorhanden sein. Mecklenburg-Vorpommern könnte sich das jedenfalls nicht leisten, wenn sich der Bund beispielsweise aus der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben zurückzöge. Unsere regionale Wirtschaftsstruktur oder unsere Hochschulen, um nur einige Beispiele zu nennen, könnten das gar nicht verkraften. Uns muss es um klare Abgrenzungen gehen, um sinnvolle Strukturen, aber nicht um die Abschaffung der Mischfinanzierungen, weil wir uns das nicht leisten können.

Allen Beteiligten ist bekannt, dass diese Differenzen im Bereich der Finanzbeziehungen bestehen. Nicht zuletzt bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich sind diese ja auch deutlich zutage getreten.

(Angelika Gramkow, PDS: Da hat doch der Ministerpräsident aber zugestimmt.)

Diese mangelnde Einigkeit in einer – wenngleich auch wichtigen – Frage unseres Föderalismus darf aber nicht dazu führen, dass die Anstrengungen zur Föderalismusreform im Ganzen blockiert werden. Es muss uns darum gehen auszuloten, welche Reformen möglich sind. Hier gilt es, den größten gemeinsamen Nenner zu finden, damit die Länderparlamente eine einheitliche Position einnehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend noch ein paar Sätze zu Ziffer 3 des Antrages sagen. Seitens der Exekutive ist eine Bund-Länder-Kommission „Föderalismus“ eingesetzt worden, die sich des Themas bereits umfassend angenommen hat. Nach dem Beschluss des Landtages vom April 2002 hat uns die Landesregierung in einer Unterrichtung am 17. Mai dieses Jahres auch umfassend über die Organisation und Arbeitsweise dieser Kommission informiert und uns die Vorstellungen der Landesregierung präsentiert. Ich bin aber der Auffassung, dass das Parlament seitdem zu wenig von den Beratungen und Ergebnissen der Kommission erfahren hat. Föderalismus ist vor allem eine Sache der Länder und hier der Länderparlamente.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
Dr. Armin Jäger, CDU, und
Karsten Neumann, PDS)

Deshalb ist es notwendig, dass der Landtag über die Beratungen der Kommission und der Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Föderalismus informiert wird. Deshalb wollen wir mit dem Antrag erreichen, dass die Landesregierung künftig nach jeder Beratung der Ministerpräsidentenkonferenz über die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission zum Föderalismus in den zuständigen Ausschüssen fortlaufend berichtet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Stärkung der Kompetenzen der Länder ist ein gemeinsames Ziel von Exekutive und Parlamenten. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um dieses Ziel voranzubringen. Deshalb ist es als erster Schritt erforderlich, uns gegenseitig zu informieren, welche Ergebnisse wir in den verschiedenen Gremien erzielen – die Landesregierung auf der Exekutiveebene, die Parlamente in dem gemeinsamen Konvent der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten sowie der Fraktionsvorsitzenden.

Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Antrages, damit wir dem Ziel, unser bewährtes föderales System zu stärken und als schlagkräftiges Instrument in die größer werdende EU einzubringen, näher kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Bretschneider.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ich bitte doch um Ruhe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat – zu seinem ersten Redebeitrag – der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beifall aus allen Fraktionen hat eben deutlich gemacht, dass es ein interfraktionelles Anliegen des Hohen Hauses ist, den Föderalismus zu stärken, so, wie der Antrag „Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken“ es auch deutlich macht. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode war die Intention dieses Antrages unumstritten. Bedauerlich ist allerdings, dass die Koalition aus SPD und PDS diesen Antrag, der ja ursprünglich einmal von der CDU initiiert worden ist, jetzt allein einbringt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass möglicherweise das ganze Haus diesen Antrag auf gemeinsame Füße stellen könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich möchte dieses damit verbinden, einen Überweisungsantrag in den Rechtsausschuss zu beantragen, damit dieses möglicherweise noch nachgeholt werden kann, so – das will ich hier auch nicht verschweigen –, wie das bereits auch im Rechts- und Europaausschuss von der Koalition signalisiert worden ist.

Allerdings ging nach meiner und unserer Auffassung der Antrag, der in der vergangenen Legislaturperiode seitens der CDU gestellt worden ist, etwas weiter als der hier heute vorliegende Antrag, und zwar insbesondere im Hinblick auf die europäische Dimension. Weil aber gerade die europäische Komponente für die Reform des Föderalismus in unserem Nationalstaat von zunehmender Bedeutung ist – das merken wir immer wieder in der Tagespolitik –, beantrage ich die nochmalige Überweisung in den Ausschuss, damit auch genau dieser Punkt nochmals überarbeitet werden kann und diesem Gesichtspunkt hinreichend Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieses gilt umso mehr, als in unserem Bundesland die Arbeit des Europäischen Konvents, wie es die Präsidentin eben auch angesprochen hat, bislang leider kein politisches Thema geworden ist. Das ist in anderen Bereichen anders gewesen, als es beispielsweise um die Einführung des Euro ging oder als es um die Frage der Osterweiterung der Union ging, die uns hier in Mecklenburg-Vorpommern auch in einem ganz besonderen Maße betroffen hat und auch noch betrifft. Der Europäische Konvent erarbeitet quasi eine Verfassung für ein gemeinsames Europa. Und natürlich sind damit auch Kompetenzen nicht nur der einzelnen Gesamtstaaten, sondern auch der einzelnen Gliedstaaten wie hier der Länder betroffen. Insofern muss man genau auf diesen Punkt auch mit besonderem Augenmerk blicken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entwicklung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland bietet schon lange Anlass zur Sorge, wenn nicht zur Kritik. Wenn Sie sich die Entwicklung – auch dieses ist eben bereits angekommen – des Outputs der Gesetzgebung ansehen, dann stellen Sie fest, dass es ein deutliches Übergewicht beim bundesgesetzlichen Output gibt zu Lasten des landesgesetzlichen Outputs. Diese Verschiebung hat eine lange Geschichte, die offenbar bereits mit dem In-Kraft-Treten des Grundgesetzes eingesetzt hat. Zwar hatte der Gesetzgeber seinerzeit den Föderalismus im Blick. Die Artikel 70 fortfolgende – es ist nicht der Artikel 30 des Grundgesetzes, sondern es sind Artikel 70 und die folgenden – gehen davon aus, dass die Gesetzgebungskompetenz grundsätzlich bei den Ländern liegt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Erst danach kommt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. In Artikel 72 liegt, an zweiter Stelle einsortiert, die konkurrierende Gesetzgebung. Und die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes, die kommt sogar noch später.

Diese gewollte Systematik hat sich in der etwa fünfzigjährigen Geschichte des Grundgesetzes zu Lasten der Länder verschoben. Das erleben wir jeden Tag. Durch die Inanspruchnahme der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes und durch die vielfältigen Formen der Mischfinanzierung bei öffentlichen Aufgaben von Bund und Ländern haben Länder und Kommunen substantiell Souveränität eingebüßt. In zunehmendem Maße ging parallel die ständige Erweiterung von Aufgaben, die von der Europäischen Union übertragen wurden, allzu oft zu Lasten der Länder. Auch dieses erleben wir täglich. Damit ist ein weitgehender Kompetenzverlust nicht nur der Länder, sondern auch der Landtage verbunden, denn die originäre Gesetzgebungskompetenz liegt ja in den meisten Fällen bei den Ländern.

Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes legt unabänderlich die bundesstaatliche Ordnung im zweigliedrigen Bundesstaat fest. Dort werden die Aufgaben und Befugnisse zwischen dem Gesamtstaat und den Gliedstaaten aufgeteilt. Die tatsächliche Entwicklung des Föderalismus – ich habe es eben ausgeführt – in Deutschland geht in eine ganz andere Richtung und widerspricht damit dem Geist dieser Verfassungsbestimmung. Insofern ist ein Konvent der Landtage, der die Föderalismusreform im Blick hat, eine Angelegenheit, die von diesem Hause nur zu begrüßen ist. Das ist eben bereits deutlich geworden.

Eine Reform des Föderalismus ist daher unabdingbar. Diese Reform muss sich von den Prinzipien und Funktionen, die unsere föderale Ordnung begleiten, leiten lassen. Das gilt zunächst und insbesondere auch für den Grundsatz der Subsidiarität. Subsidiarität, da wird gewissermaßen die Verantwortung des mündigen Menschen zu ihm selbst gelegt und er hat damit die Kompetenz, für sich selbst zu entscheiden. Die übergeordnete Gemeinschaft tritt erst nachrangig und dann ein, wenn er selbst überfordert ist und eigene Dinge nicht mehr selbst bearbeiten und leisten kann.

Für den Staatsaufbau gilt das genauso. Zunächst ist zu prüfen, welche Kompetenz sinnvoll auf unterer Ebene bei den Gemeinden angesiedelt ist, auch bei den Ländern, und dann erst kommen wir übergeordnet zum Bund und auch zur Europäischen Union. Subsidiarität erfordert damit ein Denken von unten nach oben. Das ursprüngliche Recht liegt bei der kleinsten verfassungsmäßigen Einheit, bei den Städten und Gemeinden. Was über die Kraft dieser hinausgeht, kommt auf die Länderebene, was über die Kraft der Länder hinausgeht, kommt dann auf die Bundesebene, und so fort bis hin zur Europäischen Union. Möglicherweise sind dann auch Gesetzgebungskompetenzen von der Union wahrzunehmen – und auch hier muss man wieder den Blick über den Bund hinaus wagen –, wenn einheitliche Regelungen zu treffen sind. Frau Präsidentin, Sie haben das eben in Bezug auf den Bund anklingen lassen. Das ist sicher nicht immer der Fall. Hier muss man insbesondere auch als Länderparlament aufpassen, was denn dort auf übergeordneter Ebene fernab von den Bürgern entschieden und beschlossen wird.

Dieses Prinzip einzuhalten ist wichtig. Die Europäische Union, die wir ja auch alle wollen, ist nämlich nur dann stark, wenn sie sich nicht mit täglichem Kleinklein, beispielsweise Rasenmähern und ihren Lärmimmissionen, beschäftigt, sondern wenn sie sich mit großen, wichtigen, übergeordneten Aufgaben beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So schafft und erhält die Europäische Union beispielsweise neue Aufgaben im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik oder auch der grenzüberschreitenden Bekämpfung von internationaler Kriminalität und auch internationalem Terrorismus. Wie schon auf dieser Ebene müssen wir auch auf der Bund-Länder-Ebene darauf achten, dass die richtigen Aufgaben auf der richtigen Ebene gelöst werden. Für den Staatsaufbau gilt deshalb, dass zu prüfen ist, welche Kompetenzen zuerst auf der unteren Ebene gelöst und bearbeitet werden, und dann jeweils einen Schritt nach oben zu steigen. Denn eins ist auch klar, das Subsidiaritätsprinzip ist eine Kompetenzausübungsschranke, die es zu beachten gilt. Zwar ist diese gesetzlich auf dieser Ebene im Verhältnis Bund/Länder nicht normiert, aber im Verhältnis der EU zu den einzelnen

Mitgliedsstaaten ist sie normiert. Auch dieses sollte man in diesem Zusammenhang bedenken.

Weiter gilt die Funktion der Gewaltenteilung. Gewaltenteilung ist jedermann ein Begriff. Die föderale Ordnung unterstützt und ergänzt die klassische Gewaltenteilung des Rechtsstaates. Die Begriffe Legislative, Judikative und Exekutive sind bekannt. Eine zusätzliche Gewaltenteilung darüber hinaus wird dadurch erreicht, dass es neben dem Bund eigenstaatliche Länder gibt, nach der staatsrechtlichen 3-Elemente-Lehre bestehend aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Und gerade die Letzte, die Staatsgewalt, ist hier natürlich im Bereich der Legislative in ganz erheblichem Maße angesprochen. Die Gewaltenteilung, die beabsichtigt und gewollt ist, darf nicht dadurch ausgehöhlt werden, dass die Staatsgewalt mangels wirkungsvoller Gesetzgebungskompetenz schließlich völlig entfällt. Dann könnte man sich regelrecht die Frage stellen, ob es sich dann überhaupt noch um einen Staat mit eigener Staatsqualität handelt. Auch, wie eben angesprochen, Transparenz und Vertrauen sind Prinzipien, denen unsere föderale Ordnung in hohem Maße verpflichtet ist. Denn nur dann, wenn politische Entscheidungen auf einer möglichst unteren Ebene möglichst bürgernah getroffen werden, werden sie auch vom Bürger verstanden, sie sind durchschaubar und sie sind auch begründbar. Wenn Rasenmäherentscheidungen in Berlin – ich komme gern auf das Beispiel zurück – getroffen werden, dann kann man dieses letztlich wirklich nicht mehr verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine föderale Ordnung ist grundsätzlich am besten geeignet, diesem gerecht zu werden und auch der Transparenz und dem Vertrauen hier Vorschub zu leisten.

In diesem Sinne plädiert die CDU für folgende Eckpunkte der Föderalismusreform:

Die Länderkompetenzen müssen gegenüber Bund und Europäischer Union gefestigt und erweitert werden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und eine Reform der Finanzverfassung ist damit unabdingbar zu verbinden. Auch dieses – das ist fast unangenehm –, aber auch dieses hatten Sie ja bereits, Frau Präsidentin, angesprochen.

Zur Festigung und Erweiterung der Länderkompetenzen schlagen wir vor, dass der Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung, wie er sich in Artikel 74 des Grundgesetzes befindet, eingeschränkt wird. Das wird natürlich auch in der Vorweihnachtszeit nicht freiwillig geschehen. Der Bund wird eigene Gesetzgebungskompetenzen kaum abgeben. Er wird auch kaum darauf verzichten, von seinem verbrieften Gesetzgebungsrecht Gebrauch zu machen.

Ein weiterer Vorschlag ist, in die konkurrierende Gesetzgebung einen Vorrang für die Gesetzgebungskompetenz der Länder einzubauen. Dieses ist so bisher im Grundgesetz noch nicht enthalten.

Daneben sollte schließlich gesichert sein, dass eine Kompetenzverlagerung von den Ländern auf den Bund oder die Europäische Union einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedarf. Für Entscheidungen des Bundesrates über Verfassungsänderungen, die eine Kompetenzverlagerung zu Lasten der Länder zur Folge haben, wie auch über Kompetenzübertragung an die Europäische Union ist die Mitwirkung der Länderparlamente

grundsätzlich zu sichern. Auch dieses halte ich für einen ganz wichtigen Gesichtspunkt, damit nicht immer mehr von den Länderparlamenten abgezogen wird.

Die Reform der Finanzverfassung muss in stärkerem Maße den Prinzipien der Autonomie der staatlichen Ebenen bei der Gestaltung der Einnahmen und auch der Ausgaben und der Konnexität verpflichtet sein. Es gilt die Verknüpfung von Ausgabenkompetenz auf der einen Seite und Finanzierungsverantwortung auf der anderen Seite.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass diese Ausführungen deutlich gemacht haben, dass – und dieses dürfte unstrittig sein – großer Handlungsbedarf besteht, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass bereits seit nahezu 50 Jahren eine Verschiebung zum Bund stattgefunden hat und sich jetzt die Möglichkeit bietet, eine wirkungsvolle Veränderung herbeizuführen, obwohl man natürlich nach meiner persönlichen Auffassung behutsam mit Veränderungen des geprüften und erprobten Bonner Grundgesetzes umgehen sollte. Gleichsam besteht ein entsprechender Bedarf, hier Veränderungen herbeizuführen. Gleichzeitig gilt es aber auch, die europäische Komponente, die einer solchen Reform innewohnt, in stärkerem Maße zu berücksichtigen und auch herauszuarbeiten. Und gerade deshalb, damit dieses auch geschehen kann, der eingangs gestellte Antrag, womit ich schon am Ende meiner Ausführungen bin. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ankermann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn es in dieser Legislaturperiode das erste Mal ist, so ist doch das Thema Föderalismus weder für diesen Landtag noch für die politische Diskussion in Deutschland neu, ganz im Gegenteil, steinalt, fast so alt wie diese föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland selbst.

Wir knüpfen damit zuletzt an den Beschluss des Landtages vom April 2002 an, der damals nach einer Diskussion eines CDU-Antrages von allen Fraktionen gemeinsam erarbeitet und getragen wurde. Die Einreicher des heutigen Antrages wollen diese Tradition in Respekt vor der Bedeutung des Themas für das gesamte Parlament fortführen und den vorliegenden Entwurf gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion beraten und beantragen deshalb die Überweisung in den Rechts- und Europaausschuss des Landtages.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Denn es gibt auch zu den bisherigen Debatten und Beschlüssen zu diesen Themen wesentliche Unterschiede. Die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente wollen sich Ende März 2003 treffen, um – so heißt es in dem Antrag – Vorschläge für eine gemeinsame Position der Landtage zu erarbeiten. Hierzu soll ein Konvent eingerichtet werden. Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, dass die Wahl der Bezeichnung „Konvent“ noch ausreichend Ver-

wirung stiften wird, ist dieser Begriff doch inzwischen zu einem Markenzeichen für die gegenwärtig tagende verfassungsgebende Versammlung der Europäischen Union geworden. Mit der Wahl dieser Bezeichnung – und da nehme ich das mal positiv – übernehmen die Präsidentinnen und Präsidenten gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden aber, denke ich, auch ganz bewusst eine Verpflichtung. Sie wollen offensichtlich ernst machen mit der Diskussion, weil wir alle merken, dass es ernst wird. All die anscheinend abgehobenen Föderalismusdiskussionen haben nicht nur hier im Saal, sondern auch in der politischen Öffentlichkeit höchstens das intellektuelle Interesse von fast verrenteten Berufspolitikern geweckt.

(Torsten Koplin, PDS: Meinst du uns?)

Die Verzweiflung war zwar groß, die Hoffnung auf Besserung aber umso kleiner. Die Journalistinnen und Journalisten schütteln verzweifelt die Köpfe, die Bürgerinnen und Bürger hören schon beim Wort weg und den Studentinnen und Studenten der Rechtswissenschaft geht es bei Vorlesungen zu dem Thema genauso. Auch der Europäische Konvent wurde anfänglich als Schwatzbude argwöhnisch beäugt, entwickelte sich jedoch aufgrund der Entschlossenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer tatsächlichen verfassungsgebenden Versammlung der Völker, Staaten und Institutionen der Europäischen Union.

In dem vorliegenden Antrag heißt es unter Punkt 2 d): „Der Landtag misst einer Föderalismusreform vor dem Hintergrund europapolitischer Reformdiskussionen“ und, und, und „große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang erwartet der Landtag, dass dieser Modernisierungsprozess eng mit der Debatte um die Reform der Europäischen Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 2004 verknüpft wird und die Rechte der Bundesländer auch verfahrensmäßig abgesichert werden.“ Und genau auf diesen Zusammenhang möchte ich heute näher eingehen.

Der Konvent der Europäischen Union hat Ende Oktober diesen Jahres bereits seine erste Phase mit der Vorlage des Vorentwurfes für einen Verfassungsvertrag durch den Vorsitzenden abgeschlossen. Inzwischen sind einige sehr wichtige komplette Verfassungsentwürfe erarbeitet, so letzte Woche für alle Beteiligten überraschend der Entwurf des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi. Die Arbeitsgruppe „Rolle der einzelstaatlichen Parlamente“ des Konventes hat ihren Abschlussbericht bereits vorgelegt. Ebenso hat die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ ihren Abschlussbericht bereits vorgelegt. Jetzt wird in den nächsten acht Sitzungen des Konventes ein Verfassungsentwurf beraten werden und am 5./6. Juni 2003 beziehungsweise spätestens am 12./13. Juni 2003 durch den Konvent verabschiedet. Unmittelbar darauf soll der Rat der Staats- und Regierungschefs die europäische Verfassung am 20./21. Juni 2003 verabschieden. Jetzt werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa gestellt.

Herr Dehaene, der stellvertretende Vorsitzende des Konventes, hat in der Kontaktgruppe „Lokale und regionale Gebietskörperschaften“ mitgeteilt, dass der Konvent dem Thema „Einbeziehung der regionalen Gebietskörperschaften“, hierzu zählt auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, voraussichtlich eine eigene Tagung widmen wird. Spätestens zu dieser muss es den Länderparlamenten Deutschlands möglich sein, eine durch die Konferenz

der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten und Fraktionsvorsitzenden abgestimmte Stellungnahme abzugeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Reinhard Dankert, SPD)

Daraus folgt, auf dieser Sitzung Ende März in Lübeck muss eine solche verabschiedet werden. Ansonsten geht die Entwicklung über uns, die Parlamente der deutschen Länder, hinweg.

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies den Auftrag, spätestens, allerspätestens auf seiner Sitzung im März eine Entschließung zu verabschieden und unsere Auffassung mindestens zu folgendem, gegenwärtig im Konvent mehr oder weniger strittigen Punkten abzugeben:

(Reinhard Dankert, SPD: Besser wär's im Januar.)

1. Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung als grundlegenden Baustein für Föderalismus und Subsidiarität insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Daseinsvorsorge,
2. Stärkung von Elementen der horizontalen Demokratie, Einbeziehung des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses in das Institutionengefüge und
3. ist in diesem Zusammenhang das künftige Verhältnis Bundesregierung/Bundestag zu Landesregierung/Landtag sowie das Verhältnis Landesregierung zum Landtag in europäischen Fragen zu klären, neu zu diskutieren und dann gegebenenfalls neu zu ordnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie darauf verweisen, dass auch in unserem Namen, aber nicht immer mit unserer Beteiligung bereits Stellungnahmen zu diesen Fragen abgegeben worden sind. Und täglich werden es mehr. So vertritt Herr Ministerpräsident Teufel die deutschen Länder im Konvent, hat die CALRE, die Konferenz der Parlamente der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, eine eigene Stellungnahme neben der des Ausschusses der Regionen und der Konferenz der peripheren Küstenregionen – da sind wir auch beteiligt – sowie der Versammlung der Regionen Europas, in der Mecklenburg-Vorpommern kein Mitglied ist, abgegeben.

Letzte Woche berieten wir im Rechts- und Europaausschuss eine mögliche Unterstützung für die Stellungnahmen der Kirchen. Genauso am Herzen sollte uns die Position der deutschen kommunalen Spitzenverbände und natürlich die Sicherung unserer eigenen Positionen liegen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Aus den bisherigen Stellungnahmen und dem Beratungsverlauf des Konvents kristallisieren sich meines Erachtens folgende für den Landtag wichtige Probleme heraus:

Erstens. Vor allem die Vertreter des Europäischen Parlamentes – und das wurde in der Anhörung in Stuttgart, wo die Präsidentin und ich anwesend waren, die CDU-Fraktion zugegebenermaßen sehr charmant vertreten war, ich hätte mir aber auch die Anwesenheit eines Abgeordneten gewünscht, weil es wirklich sehr aufschlussreich war – lehnen die Schaffung neuer Organe ebenso strikt ab wie Regelungen einer innerstaatlichen Kompetenzverteilung. Letzteres würde sich auch gerade Deutschland verbieten. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, über die bishe-

rigen Regelungen des Artikel 23 Grundgesetz hinaus gerade die Rolle der Landesparlamente im innerstaatlichen Gefüge zu stärken.

Zweitens. Die Forderung nach einer institutionellen Einführung des Ausschusses der Regionen als Hüter des Subsidiaritätsprinzips scheint also angenommen zu werden, ebenso wie die Einräumung eines prospektiven Klagerechts vor dem Europäischen Gerichtshof. Nett! Wie der Ausschuss der Regionen eine solche Aufgabe bewältigen kann, ist aber bisher nicht geklärt. Ebenso wird die Besetzung des Ausschusses kritisiert, der zwar die Regionen, Länder und Kommunen vertreten soll, dem aber, zumindest auch auf deutscher Seite, noch eine große Anzahl von Ministern bis hin zu Ministerpräsidenten angehören. Eine qualitativ gute und verantwortungsvolle Arbeit ist natürlich nur bei einer entsprechenden logistischen Unterstützung der Landesregierung denkbar, jedenfalls so lange, wie das Parlament gerade mal über genügend Mitarbeiter verfügt, um den eigenen Betrieb organisatorisch gewährleisten zu können. Den Ausschuss der Regionen zu einem echten Mitwirkungsorgan der regionalen Parlamente und Vertretungskörperschaften zu entwickeln erfordert eine stärkere politische Verantwortung und eine direktere demokratische Legitimierung. Dies stellt zugegebenermaßen auch größere Anforderungen an uns als Landtag und an mich als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen für Mecklenburg-Vorpommern.

(Torsten Koplin, PDS: Das stimmt.)

Drittens. Problematisch und bedenkenswert sind die Absetzbewegungen der Vertreter von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen. Soweit diese eine Sonderstellung innerhalb des Ausschusses fordern, mag das ja noch verständlich sein. Eine solche Forderung gegenüber dem Konvent jedoch zieht der eigenen Argumentation den Boden unter den Füßen weg. Der Ausschuss der Regionen hat ebenso wie der Wirtschafts- und Sozialausschuss seine Berechtigung aus der Anerkennung horizontaler demokratischer Strukturen als stabilisierender Faktor einer ansonsten sehr vertikalen Demokratie. Baut sich Interessenausgleich ansonsten in Stufen von unten nach oben auf, indem per Mehrheit und demokratischer Legitimation Entscheidungen getroffen werden, gewährleistet der Ausschuss der Regionen auch in einer solchen Struktur in der Regel unterlegeneren, weil kleineren oder finanzschwächeren Gruppen, eine Stimme. Dies ist gerade angesichts der Tatsache überlebenswichtig, dass all die großen Gesetze auf europäischer Ebene immer erst in der Kommune, dem Dorf oder der Region ganz praktisch werden. Die Wahrung von Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz werden so nicht nur zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für lokale Politiker. Sie sind vielmehr überlebensnotwendig, quasi der Schmierstoff des Getriebes der Gesetzgebungswerke, in einer Union mit dann 450 Millionen Menschen. 450 Millionen Menschen!

(Beifall Regine Lück, PDS: Jawohl.)

Eine Abstufung zwischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen und solchen ohne treibt einen völlig unbegründeten Keil zwischen Vertreter gleicher Interessen und leistet damit fahrlässig der Argumentation Vorschub, dass die Verfassung allein das Verhältnis zwischen Union und Mitgliedsstaat, nicht jedoch innerhalb dieser Mitgliedsstaaten regeln soll. Inwieweit die Forderung nach einem eigenständigen Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen vor dem Europäischen Ge-

richtshof, also auch dieses Landtages, Bestand haben kann, ist zweifelhaft, bedenkt man die möglichen Konsequenzen einer solchen Regelung.

Viertens. Ebenso wenig förderlich ist die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Anzahl der durch die Staaten vertretenen Bürgerinnen und Bürger. In Kopplung mit dem gegenwärtig allseits akzeptierten Mehrheitsprinzip könnte eine solche Forderung die Angst vor einer deutsch-französischen Dominanz in allen Bereichen fördern und das Verfassungsprojekt unnötig gefährden.

Fünftens. Das deutsche Föderalismusmodell ist in den Augen der europäischen Nachbarn nicht gerade erfolgreich. Zwar überzeugt das Konzept intellektuell und theoretisch, die Verfassungswirklichkeit in Deutschland jedoch spricht nur eine Sprache – die des Kompetenz- und Verantwortungswirrwarrs.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Und da haben wir das Pech – lassen Sie mich das einfügen –, dass die Leiterin der entsprechenden Kommission im Konvent, Frau Stuart, zwar Britin ist, aber in Deutschland groß geworden ist, sehr gut deutsch spricht und die Verhältnisse in Deutschland sehr gut kannte. Und wo man sich nun anschickt, diesen Zustand auf europäischer Ebene ernsthaft anzugehen, ist die Verlockung des deutschen Modells nicht gerade groß. Dies wird sich auch so lange nicht ändern, wie wir unsere Föderalismusdiskussion und die Reform- und Zukunftsfähigkeit dieses Modells nicht unter Beweis stellen.

Sechstens. Nachdem fast 20 Jahre zur Herstellung des gemeinsamen Binnenmarktes aufgewendet werden mussten, muss nunmehr der Herstellung des inneren Zusammenhaltes, der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion die oberste Priorität zukommen. Die Verfassung sollte zugleich den erreichten Stand sichern und eine neue wertebasierte Idee der Europäischen Union vermitteln. Auch darüber haben wir bereits kurz im Rechts- und Europausschuss gesprochen. Wir wollen – und teilen dort beispielsweise die Auffassung des Landtages Rheinland-Pfalz –, dass die inzwischen völlig unstrittige Implementierung der Charta der Grundrechte ein erstes wichtiges Signal an die europäische Öffentlichkeit ist. Eine obligatorische Annahme der Verfassung durch eine Volksabstimmung in allen Ländern der dann erweiterten Union wäre ein weiteres nicht zu unterschätzendes Signal auch an die Herzen der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, über deren Gewinnung wir gestern gesprochen haben.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Anmerkung zum Schluss. Der Konvent, der Europäische Konvent, ist auch demokratisch sondergleichen. Alle Standpunkte, alle Arbeitspapiere, Protokolle und Stellungnahmen sind für jeden EU-Bürger lesbar. Die Diskussion findet in breiter Öffentlichkeit statt und ist dementsprechend dynamisch. Zeigen auch wir die Bereitschaft zu einer dynamischen Diskussion, in der wir unsere Hausaufgaben erledigen und zugleich ein erfolgsversprechendes Projekt für die Zukunft entwickeln! Ich persönlich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und hier im Landtag und hoffe auf eine deutliche und entschlossene Stellungnahme des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Friese?

Karsten Neumann, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Neumann, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, es wurden in Richtung des Europäischen Konventes bereits Stellungnahmen im Namen des Landtages abgegeben? Können Sie mir sagen, von wem diese abgegeben wurden und welche Legitimation es dafür gab?

Karsten Neumann, PDS: Ja, gerne. Ich habe formuliert, auch in unserem Namen. Wenn beispielsweise die Versammlung der Regionen Europas eine Stellungnahme abgibt und für die Regionen, die deutschen Landtage et cetera pp. eine Stellungnahme abgibt, dann kommt die natürlich an. Niemand guckt in die Mitgliederliste und stellt fest, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht vertreten ist. Das ist der Punkt, auf den ich hinweisen wollte. Genauso beispielsweise die CALRE, also die Konferenz der Parlamente der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, in ihrer Stellungnahme, die wir hier, also auch in diesem Landtag, noch gar nicht diskutiert haben oder wozu wir auch ein eigenes Votum nicht abgegeben haben.

Siegfried Friese, SPD: Aber wir hätten die Möglichkeit gehabt, darüber zu diskutieren, uns damit zu befassen?

Karsten Neumann, PDS: Und wir haben sie jetzt, wenn der Antrag in den Ausschuss überwiesen wird. Genau!

(Torsten Koplin, PDS: Das ist doch ein Ausblick.)

Siegfried Friese, SPD: Schönen Dank.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
Andreas Bluhm, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist Anliegen des Antrages, dass wir uns mit unserer Resolution dem Vorschlag aus Schleswig-Holstein anschließen, einen Konvent einzurichten. Schön, sage ich mal, denn ein Konvent ist mitunter, wie die Geschichte lehrt, eine ganz revolutionäre Sache und deshalb sind wir schon dafür.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dennoch ist es allerdings für eine Jubelfeier oder ähnliche Begrüßungsrituale als Ausdruck der Freude über einen beabsichtigten Konvent natürlich zu früh. Aber der Beschluss, sich aktiv an einem Konvent zu beteiligen, wenn er dann zustande kommt, geht in Ordnung. Und auch der übrige Resolutionstext zeichnet sich aus unserer Sicht dadurch aus, dass er die Problemlage richtig beschreibt.

Dennoch ist nach unserer Auffassung die Überschrift „Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken“ überaus optimistisch formuliert,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber
sonst geht doch gar nichts voran.)

denn der Föderalismus, meine Damen und Herren, und die Debatte hat es ja deutlich gemacht, befindet sich in einer Malaise.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Er leidet vor allem an Auszerrung. Dies ist das eigentliche Elend des Föderalismus. Und auch die „Frankfurter Rundschau“ vom vorgestrigen Tage hat ja formuliert „Die Entmachtung der Landesparlamente und die Existenzfrage“. Und deswegen, meine Damen und Herren, ist das schon eine entscheidende Frage, mit der wir uns hier heute befassen.

Und was die Diagnosen zum Föderalismus betrifft, sagte beispielsweise Henning Voscherau, freilich zur Zeit, als er Hamburger Erster Bürgermeister und amtierender Bundesratspräsident war und noch etwas zu sagen hatte: „Nicht nur die Freiheit, auch der Föderalismus stirbt zentimeterweise.“ Er sprach berechtigterweise von zentimeterweiser, schleichender Aushöhlung. Und der Befund, dass es dem Föderalismus alles andere als gut ginge und geht, ist stimmend und liegt auch heute, zwölf Jahre später, auf der Hand. Medizin wusste er allerdings damals auch nicht. Und selbstverständlich sind bisher beispielsweise auch alle Vorstellungen von Länderneugliederungen, obwohl dies als Quasiauftrag im Grundgesetz Artikel 29 schon vor über 50 Jahren vereinbart worden ist, jenseits der gegenwärtigen und wohl auch künftigen Politik. Herr Voscherau beispielsweise sagte in demselben Kontext zum Plan des Nordstaates, in den dann Hamburg einzugehen hätte und somit seine Selbstständigkeit verlöre, nur ganze vier Worte: „Nie und nimmer nicht!“.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, Föderalismus vollzieht sich natürlich zuerst durch den Parlamentarismus in jedem einzelnen Land. Landtage verfügen über die unmittelbare Legitimation, denn nur die Abgeordneten sind von den Bürgern gewählt. Am Begriff des parlamentarischen Regierungssystems lässt sich deshalb verdeutlichen, dass den so gewählten Parlamenten im Gefüge des politischen Systems die zentrale Rolle zukommt, auch wenn es sich im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger auch bei uns im Land oftmals so nicht wiederfindet.

Mittlerweile ist allerdings die klassische Trennung zwischen Legislative und Exekutive für die Analyse der Parlamentsrealität schon fast unbrauchbar geworden. Erstens, auch unser Landtag wird strukturiert durch den Gegensatz von regierender Mehrheit und Opposition und zweitens, die regierende Mehrheit bildet so eine Art Funktionseinheit auf der Grundlage eines Koalitionsvertrages. Das hat nun zur Folge, dass das Gesamtparlament als ausschlaggebendes Gesetzgebungsorgan bei dieser Sichtweise auch durch die Widerspiegelung in den Medien außerhalb des Blickfeldes gerät

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und sich alles in diesem Dreieck Regierung, Koalition und Opposition abspielt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist so.)

Die Machtkontrolle und Machteinschränkung der Regierung übernimmt in weiten Teilen nicht mehr das gesamte Parlament, sondern oftmals nur noch die Opposition.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist leider wahr.)

Und diese Wirklichkeit hat heute drei Kraftpole herausgebildet: Regierung, Mehrheitsfraktionen, Opposition.

Und trotzdem realisiert sich die parlamentarische Demokratie zuerst über die Landtage und damit über jeden Einzelnen von uns Abgeordneten.

Deshalb geht es bei der Entwicklung und Diskussion um den Föderalismus in Deutschland auch immer um das Selbstverständnis eines Landtages und seiner Abgeordneten, unabhängig von der Zugehörigkeit zur Koalition oder Opposition, auch und gerade gegenüber der Regierung.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und auch in Mecklenburg-Vorpommern hat natürlich die Exekutive stets das Ziel, Verwaltungshandeln von parlamentarischen Einflüssen – ich formuliere das vorsichtig – zunehmend freizuhalten und ohne das Parlament zu entscheiden.

(Beifall und Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Hier gibt es stets die Konflikte zwischen Regierung und Landtag. Ob und in welchem Umfang dieses eine Landesregierung oder ein Minister vornehmen, liegt also zualererst an den Mitgliedern des Landtages in seiner Gesamtheit und dann erst in zweiter Linie daran, ob man der Opposition oder der Koalition angehört. Deshalb geht es auch um unser Selbstverständnis, um unser Durchsetzungsvermögen, um unser Selbstbewusstsein und die Qualität unserer eigenen täglichen Arbeit.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Es geht auch um unseren Widerstand gegen alle Bestrebungen, ob nun bewusst oder unbewusst, den Landtag als gesamtes legislatives Organ aus der Entscheidungsfindung herauszuhalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und auch die Durchsetzung unserer in der Landesverfassung verankerten Rechte erfordert von uns allen gemeinsam Engagement und Stehvermögen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Problem des deutschen Föderalismus gibt es bekanntlich ganze Bibliotheken von Schrifttum.

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD, und Holger Friedrich, SPD)

Ich will nur eine nennen, die mit dem Einigungsvertrag eingesetzte Kommission von Bundestag und Bundesrat mit dem ausdrücklichen Auftrag, in eine Revision des Grundgesetzes auch die Reform des Föderalismus einzubeziehen. Bekanntlich war das Ergebnis sehr mitleiderregend und nicht mehr als ein mittleres Hornberger Schießen. Über viele weitere Kommissionen und viele gute Vorschläge ist hier heute schon gesprochen worden. Es liegt an uns, auch im Zusammenwirken mit anderen Landtagen, aus diesen vielen Vorschlägen wirklich eine neue Struktur des Föderalismus in der Bundesrepublik zu zimmern.

Nun haben wir aber inzwischen Gott sei Dank das berühmte Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. September 1999, wonach die acht Damen und Herren aus Karlsruhe im Prinzip die Modernisierung des Föderalismus anordnen. Wir haben ein Urteil, das im Prinzip eine Reform verordnet, freilich ohne so genau zu sagen, wie das geschehen soll. Das müssen wir schon selber tun.

Aber wir lesen immerhin in dem Urteil unter anderem die frohe Kunde, dass hinsichtlich der Finanzverfassung die „Balance zwischen Eigenstaatlichkeit der Länder und bundesstaatlicher Solidargemeinschaft“ sicherzustellen sei. Also, um eine Neuordnung des horizontalen Finanzausgleichs und letztlich der gesamten Finanzverfassung wird man kaum herumkommen, hat doch heute kein einziges Land der Bundesrepublik noch wirkliche Einnahmeautonomie. Anonyme Verteilungsverhandlungen und -mechanismen entscheiden darüber, was für die Länder übrig bleibt. Das Grundgesetz allerdings weiß von alledem nichts und der staunende Bürger Otto Normalverbraucher auch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Debatte um die Ausgestaltung des Föderalismus hat eine ganze Reihe von Facetten, die – aus meiner Sicht – wir auch in den zurückliegenden Jahren selbst zu wenig berücksichtigt haben. Ich denke, dass es diesem Landtag gut ansteht, sich auch öfter einmal mit sich selbst zu befassen, nicht nur mit Skandalen und Skandälchen, sondern auch mit dem hausgemachten, ureigensten Ansatz, nämlich mit dem, was wir für die Entwicklung des Gemeinwesens an Verantwortung haben, was wir wahrnehmen wollen und was wir wahrnehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die heutige Debatte fiel mir ein Text in die Hände – immerhin 150 Jahre alt – von dem alten russischen Dichter Iwan Krylow. Da diese Fabel kurz ist, möchte ich sie vortragen:

„Ein Schwan, ein Krebs und auch ein Hecht
spazierten einmal recht und schlecht
und doch gemeinsam übers Land.
Am Wege eine Karre stand.
Weil man sie schön und nützlich fand,
hat man sich gleich davor gespannt
und wollte sie vom Platze ziehen –
indes, umsonst blieb das Bemühen.
Die Karre ließ sich nicht bewegen,
denn alle strebten sich entgegen.
Die Flügel wollt der Schwan ausbreiten,
der Krebs war für das Rückwärtsschreiten,
dem Hecht lag anderes im Sinn,
ihn zog es nach dem Wasser hin.
Weil nichts im Einklang hier geschah,
steht heute noch die Karre da.“

Man mag nun den Russen Krylow mögen oder nicht, meine Damen und Herren, aber die Fabel passt, so meine ich, zu dem, was in der deutschen Politik in der Vergangenheit mit dem Föderalismus passiert ist und weiter passiert.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Zu Recht.)

Es fehlt an der politischen Gestaltungsfähigkeit. Dass wir sie zurückerreichen, daran sollten wir heftig arbeiten. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/47 zur Beratung an den Rechts- und Europaausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Auswirkungen der anstehenden Arbeitsmarktreform für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/50.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Auswirkungen der anstehenden Arbeitsmarktreform für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/50 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 4/98 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Timm von der Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ik bün hüt ok dat ierste Mal hier, awer süßen is dat nicks Niechs för mi.

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU,
und Gabriele Schulz, PDS)

Die durch die Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe zur Reform des Arbeitsmarktes werden massive Auswirkungen auch auf Mecklenburg-Vorpommern haben. Doch schon in der vorliegenden Antragsbegründung mussten wir feststellen, dass die vorgegebene Zielstellung eine völlig falsche ist. Die Vorschläge sind unausgegoren und unbürokratisch obendrein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bürokratisch sind sie. Bürokratisch!)

Grundsätzlich weisen sie eine strukturelle falsche Ursache-Wirkungs-Verkettung auf.

Entschuldigung!

Ein primärer Ansatz soll in der möglichst schnellen Wiederbesetzung offener Stellen liegen. Aber entsprechende Arbeitsplätze müssen auch vorhanden sein. Schon heute ist klar, dass die Vorschläge der Bundesregierung zur Umsetzung des Hartz-Konzeptes in den neuen Ländern und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Dem entgegen ist die Grundlage einer Politik für mehr Arbeitsplätze vielmehr eine wachstumsorientierte Wirtschaftsbeschäftigungspolitik mit niedrigen Steuern und Abgaben sowie marktorientierten Leistungsanreizen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
Dr. Armin Jäger, CDU, und Karin Strenz, CDU)

Konkrete Vorschläge zur Sozial- und Arbeitslosenhilfe-reform, ebenso für die Tarif- und Steuerpolitik, zur Arbeitsmarktordnung und zur Senkung der Lohnnebenkosten müssen die Rahmenbedingungen zugunsten der mittelständischen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern verbessern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Daher fordere ich die Landesregierung auf, den Landtag über ihre Haltung zu den anstehenden Reformbestrebungen auf Bundesebene zu unterrichten. Ein Ansteigen der Arbeitslosenquote von 17,5 Prozent im November 2001 auf 18,7 Prozent beziehungsweise 170.500 Erwerbslose in Mecklenburg-Vorpommern zeigt die dramatische Entwicklung. Und es ist erkennbar, dass die Vorschläge der Hartz-Kommission viel zu kurz greifen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In Mecklenburg-Vorpommern müssen vordringlich Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, denn erst dann kann man darangehen, Arbeitslose zu vermitteln.

In diesem Zusammenhang bin ich gespannt auf Ihre Vorstellungen, Herr Minister Holter, was die geplante Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes bewirken soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die 1:1-Übernahme des Hartz-Konzeptes mag in wirtschaftlichen Ballungsräumen der alten Länder durchaus richtig sein. Daher ist das hier angesprochene Vorhaben unsererseits kritisch zu hinterfragen.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist. Doch das Hartz-Konzept bleibt weit hinter den Möglichkeiten notwendiger grundlegender Reformen zurück. Ziel muss es vielmehr sein, die Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Reformen zum Abbau von Bürokratie und Überregulierung sind längst überfällig.

Daher fordere ich abschließend die Landesregierung auf, das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat zu den Gesetzesvorhaben zur Reform des Arbeitsmarktes darzulegen. Denn hier geht es um die Interessen unseres Bundeslandes. Ein Zuwachs an staatlichen Interventionen und Regulierungen bringen die Lage des Arbeitsmarktes in unserem Land nicht weiter voran.

Zu nennen sind hier beispielsweise die einzurichtenden PersonalServiceAgenturen. Eine gewachsene Struktur im Umfeld der am Markt etablierten Zeitarbeitsunternehmen wird durch zusätzliche staatliche Einmischung und mehr Bürokratie zerstört. Die hier angestrebte vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung von in Mecklenburg-Vorpommern 1.000 bis circa 1.500 Arbeitslosen wird zum Abbau der jetzigen Zeitarbeitsstellen führen. Durch diese Substitution wird die Zahl der Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern nicht ansteigen. Des Weiteren wird es durch die einseitige Unterstützung der PSA zwangsläufig zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem Markt der Zeitarbeit kommen und eine faire Auseinandersetzung wird verhindert. Von den PersonalServiceAgenturen wird vor allem die Statistik profitieren. Denn alle von Arbeitsämtern überwiesenen Arbeitslosen fallen sofort aus dem Bestand heraus. Und der eigentliche Kritikpunkt liegt auf der Hand. Wohin soll vermittelt werden? Denn das Grundproblem in Mecklenburg-Vorpommern sind die fehlenden Arbeitsplätze. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Timm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Timm! Meine Damen und Herren! Ihnen ist sicherlich bekannt, dass ich einer der ersten Politiker in Deutschland war, der sich kritisch zu den Hartz-Vorschlägen geäußert hat.

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh!)

Damals hatte sich Lothar Späth als designerter Superminister noch so geäußert, dass er die Hartz-Vorschläge als durchaus revolutionär bezeichnen könne. Das wurde dann einige Wochen später im Wahlkampf durch die CDU verteuelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

Ich will das bloß zur Geschichte sagen.

Doch, doch, doch, Herr Jäger. Genau so!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben eben nur eine eingeschränkte Wahrnehmung.)

Sie haben später dann den wahren Hartz eingefordert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

Und heute ...

Genau! Darüber werden wir gleich noch reden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Und heute sieht es so aus, als würden das Erste und das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in dem schon erwähnten Vermittlungsausschuss – Herr Timm hat es angesprochen – genau durch die CDU-Politikerinnen und CDU-Politiker verschlechtert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Verbessert! Verbessert!)

Das ist nämlich der Weg, der hier gegangen werden soll, weil die süddeutschen Länder und Hessen darauf drängen, weitere Verschlechterungen – Verschlimmbesserungen, kann man auch sagen – hier einzuführen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie sehen das sehr selektiv.)

Und das ist eine Sache, wo wir ganz konkret nicht mitgehen werden.

Zweitens. Wenn Hartz eins erreicht hat, dann sind es Impulse, Reformimpulse, dass wir endlich mal in Deutschland darüber diskutieren, welche Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und nicht nur dort, sondern in der Beschäftigungspolitik im weitesten Sinne notwendig sind, um zu mehr Beschäftigung – ich sage das auch ganz bewusst als Arbeitsminister –, auch zu mehr Wertschöpfung in Deutschland zu kommen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und diese öffentliche Debatte, die ja nicht nur hier stattfindet, sondern allerorten – alle reden über Hartz, seine Wirkungen, seine Chancen, auch seine Grenzen –, wird also dazu führen, dass wir zu Reformen kommen. Die Frage ist, wer hat welche Kosten zu tragen und ist das, was Hartz vorgeschlagen hat, tatsächlich der Weg, der

notwendig ist, um mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen.

So ist es, dass Peter Hartz sich an die Profis der Nation gewandt hat, das ist ja bekannt, zu einer großen Gemeinschaftsanstrengung. Ja, ich bin auch der Überzeugung, dass es einer großen Gemeinschaftsanstrengung bedarf, um diese nationale Herausforderung, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, tatsächlich leisten zu können. Aber dieser Appell an die Profis der Nation scheint mir gegenwärtig etwas illusionär zu werden, weil nämlich die Ansätze, die hier vorhanden sind, so nicht umgesetzt werden. Und zweitens, auch das ist bekannt, gehen diese Vorschläge – Herr Timm, da stimmen wir überein in der Einschätzung – an den spezifischen Problemen des Ostens glattweg vorbei. Das ist also eine Frage, der wir uns gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern – aber nicht nur hier, Herr Jäger – tatsächlich stellen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da stimmen wir in der Analyse vollkommen überein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist übrigens hier im Landtag immer so gewesen, dass wir bei Arbeitsmarktpolitik in der Analyse der gegenwärtigen Situation kaum auseinander gegangen sind, sondern tatsächlich übereingestimmt haben. Das ist ja auch meine grundsätzliche Kritik an den Vorschlägen von Peter Hartz, dass substantielle Vorschläge für die Lösung der spezifischen Ostprobleme nun tatsächlich nicht gemacht werden.

Wenn Sie jetzt aber, meine Damen und Herren von der CDU, in einem Nachwahlkampf den wahren Hartz einfordern, dann wird es dazu führen, dass die Probleme, die wir hier gemeinsam beschreiben, auch nicht einer Lösung zugeführt werden. Das erst einmal vorweg.

Zu den Fakten: Die Fakten – und das hat jetzt mit Hartz weniger zu tun, aber wir reden ja über die Situation am Arbeitsmarkt –, die Fakten sind so, dass der Haushalt 2003 für die Bundesanstalt für Arbeit ohne einen Bundeszuschuss auskommen wird. Das ist so entschieden. Hinzu kommt, dass in dem Eingliederungstitel, also der Fonds für die aktive Arbeitsmarktpolitik, erheblich weniger Geld zur Verfügung steht. Außerdem wurde der Verteilungsschlüssel zwischen Ost und West zugunsten der alten Bundesländer verändert, so dass im Ergebnis 870 Millionen Euro weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik im Osten zur Verfügung stehen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und zugleich im Westen 216 Millionen Euro mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Über den Daumen gepeilt – da streiten sich die Gelehrten noch, ob das nun 143 oder 153 Millionen Euro sind, das ist jetzt aber wirklich nicht das Entscheidende –, über den Daumen gepeilt werden das 150 Millionen Euro weniger in Mecklenburg-Vorpommern sein, die die Arbeitsämter für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung haben. Und das ist mehr – um auch noch mal darauf einzugehen, was Herr Rehberg gestern sagte –, das ist mehr, als in dem ASP, in dem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern, überhaupt zur Verfügung steht.

(Torsten Koplin, PDS: Das muss man sich mal vorstellen!)

Hinzu kommt, dass aus dem Eingliederungstitel zukünftig ab 2003 nicht nur Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren sind, sondern auch die Strukturanpassungsmaßnahmen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

und – Herr Timm hatte sie angesprochen – diese PSA, diese PersonalServiceAgenturen. Das heißt, erstens wird das allgemeine Niveau abgesenkt und zweitens sind aus diesem eigentlichen System mehr Aufgaben zu finanzieren als in der Vergangenheit.

(Torsten Koplin, PDS: Das kann nur schief gehen, ja.)

Und das wird dazu führen, dass dann aktive Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern deutlich weniger realisiert werden als in der Vergangenheit, und das bei der bekannten Strukturschwäche, die wir hier tatsächlich haben.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Born?

Minister Helmut Holter: Bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank.

Mit Ihren sehr kritischen Anmerkungen zu dem Hartz-Konzept, wo Sie ja unsere Zustimmung weithin finden, wie Sie festgestellt haben, vertreten Sie hier Ihre persönliche Auffassung oder die der gesamten Landesregierung?

Minister Helmut Holter: Ich rede hier im Namen der Landesregierung.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Minister Helmut Holter: Ja, ich habe das ja auch, Herr Rehberg, in der Zeitung gelesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das war genau die richtige Frage.)

Und ich weiß nicht, warum das hier so unterschieden wird, persönliche Meinung und andere. Wissen Sie, es gibt Menschen, Politiker, die sagen, jetzt sage ich mal meine persönliche Meinung, jetzt sage ich mal meine Meinung als Politiker, jetzt sage ich mal meine Meinung als weiß ich was.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich meine, die Persönlichkeit ist nicht teilbar.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Und ich bin Mitglied der Landesregierung. Das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Reden wir jetzt mal über die PersonalServiceAgenturen. Die PersonalServiceAgenturen halte ich für ein richtiges Instrument, um arbeitslose Menschen schneller in Arbeit zu bringen, weil es um vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung geht im Gegensatz zu dem, was Zeit- und Leiharbeitsfirmen gegenwärtig tun. Bloß, Peter Hartz sprach von 850.000 Arbeitslosen, die in diesen Agenturen aufgenommen werden sollen. Inzwischen sind es 50.000 geworden. Das wird in Mecklenburg-Vorpom-

mern eine Größenordnung, Herr Timm hat das gesagt, von 1.500, vielleicht auch weniger sein. Das heißt, in Bezug auf die 170.500 Arbeitslosen, die wir zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern haben – wenn man das jetzt mal umrechnet in Prozente, was ich nicht getan habe –, wird es also nicht den Beitrag bringen, um die Arbeitslosigkeit in Größenordnungen zu senken.

Wir haben in der vergangenen Woche mit Zeitarbeitsfirmen zusammengesessen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die durchaus bereit sind, diese Aufgaben zu übernehmen. Und ich will auch hier meine Position sagen: Ich bin dafür, dass diese Aufgaben tatsächlich an private Firmen vergeben werden und nicht an eine GmbH, die dem Arbeitsamt zugeordnet ist oder die das entsprechende Arbeitsamt dann tatsächlich organisiert. Die Notvariante wäre tatsächlich die Mischvariante, wo dann Private Public Partnership realisiert wird. Ich bin dafür, dass es tatsächlich dorthin gehört, wo auch Know-how-Erfahrungen vorhanden sind. Und wir haben ausreichend Zeit- und Leiharbeitsfirmen in Mecklenburg-Vorpommern. Die können also diese Maßnahmen tatsächlich dann auch umsetzen.

Entscheidend ist aber, dass diese PersonalService Agenturen Geld kosten werden, weil natürlich Vermittlungsprämien gezahlt werden und überhaupt weitere Gelder an die betreffenden Personen, die in diesen Agenturen arbeiten werden. Das sind in der Bundesrepublik 900 Millionen Euro, die aufgewendet werden sollen. Und die zurückgerechnet auf den Eingliederungstitel, über den ich gesprochen habe, das kann ja jeder selber nachrechnen, was dann hier weniger zur Verfügung steht.

Ein zweites Instrument, wo wir uns, davon gehe ich mal aus, auch einig sind, sind die Jobcenter, also die Umgestaltung der Arbeitsämter zu Jobcentern, wo dann tatsächlich diese Vermittlung der Arbeitslosen in Arbeit erfolgen soll. Wenn jetzt aber eine Diskussion stattfindet in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Existenz bewährter Träger – Träger, die mit Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in der Vergangenheit gearbeitet haben und auch das Know-how, die Erfahrungen und das Wissen haben, gerade auch im Osten des Landes –, dass die Existenz dieser Träger in Frage gestellt wird, dann frage ich mich, soll das der richtige Weg sein, auf Erfahrungen und Wissen zu verzichten und möglicherweise überflüssige Strukturen zu schaffen. Deswegen bin ich der Auffassung, dass man hier die Diskussion dergestalt führen muss, dass auf der einen Seite diejenigen, die den Arbeitsämtern zugeordnet werden – und der Deutsche Landkreistag hat sich ja auch geäußert, dass das vielleicht nicht unbedingt bei den Arbeitsämtern sein muss, sondern dass das auch eine kommunale Aufgabe sein könnte, die Diskussion ist ja insgesamt noch nicht abgeschlossen –, eine schnellere Vermittlung tatsächlich brauchen, aber diejenigen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, die bei den Kommunen verbleiben, eben nicht in die Betreuung dieser Jobcenter aufgenommen werden. Diese sollte nun tatsächlich auch fortgeführt werden durch die Träger, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, um hier nicht überflüssige Strukturen zu schaffen. Das, glaube ich, dient nicht dem Weg der schnelleren Vermittlung und dient auch nicht der Diskussion, die wir im Lande generell führen, die Vermittlung zu vereinfachen und auch zu beschleunigen.

(Harry Glawe, CDU: Da müssen wir die Strukturen besser zusammenführen.)

Die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung sehen Einschnitte vor – das ist meine Hauptkritik –, sehen Einschnitte vor bei den Leistungen für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Hier ist das Ziel klar: Die Gesellschaft soll zu einem Funktionselement des Marktes umgestaltet werden. Das, glaube ich, wird mit vielen, vielen Irrtümern verbunden. Wir haben hier in diesem Parlament in der vergangenen Legislaturperiode oft darüber gesprochen. Vielen Ostdeutschen fehlt es nun wahrlich nicht am Arbeitswillen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Viele lechzen nach einem Job.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Sie wollen sich einbringen. Das haben wir, Herr Born, in verschiedenen Diskussionen hier debattiert. Es mangelt ganz einfach an Arbeitsplätzen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Wohin die Arbeitssuchenden vermittelt werden können, auch da, Herr Glawe, stimmen wir in der Einschätzung überein.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Und wenn es denn so ist, dass im Osten auf einen Arbeitsplatz 15 bis 25 Arbeitssuchende kommen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann ist also die Situation klar beschrieben. Es soll dann aber derjenige bestraft werden, der ein Jobangebot 200 bis 400 Kilometer entfernt eben nicht annimmt. Und das halte ich nun wiederum für einen Weg, der nicht richtig ist. Wir sollten also tatsächlich darüber diskutieren – und da komme ich noch drauf –, was hier in Mecklenburg-Vorpommern konkret zu leisten ist.

Wenn es also um Leistungskürzungen geht, um Einschnitte, dann besteht die Gefahr der Armut in einem Landstrich wie unserem. Und das, glaube ich, ist ein Weg, den wir nicht mitgehen sollten als Mecklenburg-Vorpommern, weil das auch zur Kaufkraftvernichtung führt. Und diese Kaufkraftvernichtung können wir uns als Bundesland meines Erachtens tatsächlich nicht leisten.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS, und Karsten Neumann, PDS)

Ich nenne Stichworte: Wegfall des Anschlussunterhaltsgeldes, was also im Zusammenhang beispielsweise mit Bildungsmaßnahmen steht. Bisher ist es ja so, dass sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld nach einer Bildungsmaßnahme wieder verlängert. Das soll wegfallen, Maßnahmen werden da also angerechnet. Das Bemessungsentgelt für Arbeitslosengeld soll angepasst, also soll abgeschafft werden, das heißt, der Begriff der Dynamisierung wird wegfallen. Und es soll im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe das liquide Vermögen des Partners oder des Einzelnen abgesenkt werden. Das ist ein Weg, der meines Erachtens dazu führt, dass auf Kosten der Ärmsten in der Gesellschaft gespart wird.

(Beifall Karsten Neumann, PDS, und Alexa Wien, PDS)

Außerdem sollen Zumutbarkeitsregeln verändert werden. Und über das Brückengeld ist gestern hier schon gesprochen worden, das will ich jetzt nicht weiter ausführen. Es wäre sicherlich ein Weg für Mecklenburg-Vorpommern im Sinne der alten Ruhestandsregelung, die Anfang der 90er Jahre bestanden hat. Aber wer will denn zur Hälfte des Leistungsgeldes, des Arbeitslosengeldes tatsächlich in den Ruhestand gehen? Das ist ja die spannende Frage, die jetzt im Vermittlungsausschuss übrigens auch auf der Kippe steht, ob denn dieses Brückengeld überhaupt eingeführt wird.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestalten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Minister Helmut Holter: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Auffassung vertreten, dass eine Umsetzung des Hartz-Konzeptes eins zu eins zu einer Verarmung des Landes Mecklenburg-Vorpommern führen würde? Wenn ich es tatsächlich richtig verstanden habe, frage ich Sie erneut,

(Karsten Neumann, PDS: Ach, Herr Born, muss das sein?)

ob Sie damit die Position der Landesregierung wiedergeben.

(Karsten Neumann, PDS: Ach, Mensch!)

Minister Helmut Holter: Es wird nicht zur Verarmung des Landes führen, sondern es besteht die Gefahr, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger des Landes dadurch in die Armut getrieben werden. Das ist meine Überzeugung.

Dr. Ulrich Born, CDU: Und ist das die Position der Landesregierung, war meine Frage.

Minister Helmut Holter: Über diesen Teil hat sich doch die Landesregierung nicht unterhalten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Wir unterhalten uns nicht.)

Aber ich habe doch deutlich gemacht, dass ich Mitglied der Landesregierung bin.

Also, meine Damen und Herren von der Opposition, ich weiß ja, was Sie wollen.

(Norbert Baunach, SPD: Nicht drauf eingehen! Das kann man nicht.)

Die Frage habe ich beantwortet, Herr Born. Jetzt dürfen Sie gerne Platz nehmen.

Ich weiß doch, was Sie wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ehrlichkeit. – Zuruf von Regine Lück, PDS)

Ja, ich sage Ihnen hier ja meine Meinung, Herr Jäger, und das, glaube ich, haben Sie auch hier, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre Meinung ist nicht interessant, Herr Holter. Die Meinung der Landesregierung ist interessant. Das ist das Entscheidende. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Rehberg, es ist doch nun mal so, dass jeder Minister, der hier steht, Mitglied der Landesregierung ist.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU – Harry Glawe, CDU:
Das ist wahr! Das stimmt!)

Da können Sie davon ausgehen, ...

Ja, auf Ihre Zwischenrufe und Ihre einfachen Dinge muss man auch mal so platt antworten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Ihre Überheblichkeit steht Ihnen überhaupt nicht zu Gesicht.)

Und deswegen die Frage, ob ich die Meinung der Landesregierung ...

Es hat nichts mit Überheblichkeit zu tun. Ihre Rede war doch gestern auch eine Rede, wo Sie zusagen uns vermitteln wollten, was soziale Marktwirtschaft ist. Meinen Sie nicht, dass wir diesen Unterricht nicht brauchen, Herr Rehberg?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Doch.)

Also wenn wir über Überheblichkeit sprechen, dann reden wir mal über ein paar andere Fragen hier. Das, was Sie wollen, die Landesregierung auseinander treiben, das wird Ihnen nicht gelingen. Wir haben unser Abstimmungsverhalten – Herr Timm, Sie wollten es ja wissen – für den Bundesrat bestimmt, was eben dazu führt, dass wir diesem Hartz-Konzept nicht zustimmen, weil es natürlich zwischen SPD und PDS unterschiedliche Auffassungen gibt. Das ist aber normal in einer Koalition, meine Damen und Herren. Das ist normal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Siegfried Frieze, SPD: Ja, richtig.)

Und deswegen machen Sie doch nicht aus einem normalen Zustand etwas Besonderes, mit dem man nicht umgehen kann!

(Siegfried Frieze, SPD: Ja. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und ich meine, es ist gut so, dass es auch einen Minister einer Landesregierung gibt, der die Stimme für den Osten erhebt, um deutlich zu machen, was das heißt und was das nicht heißt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist ein fundamentales Problem. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, selbstverständlich.

Also, Herr Rehberg und Herr Glawe, ich unterhalte Sie sehr gerne. Es wird mir manchmal nachgesagt, ich hätte keinen Humor, aber ich glaube, das Gegenteil ist gerade bewiesen worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber es geht doch um eine fundamentale Frage für das Land.)

Ja, Herr Born, vollkommen richtig, es geht um eine fundamentale Frage. Deswegen ist es ja auch richtig, dass wir uns damit auseinander setzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und uns deswegen enthalten.)

Und über Risiken und Nebenwirkungen, wie das manchmal so schön heißt, darüber reden wir doch jetzt. Ich meine, es muss legitim sein, dass wir über diese Risiken und Nebenwirkungen sprechen, aber gleichzeitig auch über die Chancen sprechen, die sich mit diesem Konzept verbinden. Und über einige der Chancen, was eben mit PersonalServiceAgenturen, mit Jobcentern und schneller Vermittlung verbunden ist, ist ja gesprochen worden. Aber – das will ich jetzt sagen –, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Minister Holter! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Richtig, das ist eine gute Adresse, Herr Born. Das ist so.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Die richtige Adresse haben 170.000 Arbeitslose im Land. – Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD:
Herr Holter ist im falschen Ausschuss.)

Wir sind für Reformen und ich glaube auch, dass sich niemand – und auch ich nicht –, bei allen Bedenken, die da waren, Reformen, die durch die Bundesregierung oder die Bundesanstalt für Arbeit auf den Weg gebracht wurden, verweigert hat. Über das Job-AQTIV-Gesetz wird ja heute noch geredet. Da muss man einfach sagen, die Wirkungen sind ausgeblieben.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und dreijährige Wartefristen und Zwangsqualifizierung, darüber haben wir ja hier schon mehrfach gesprochen, gehören einfach abgeschafft, beziehungsweise muss das in eine Kann-Bestimmung überführt werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Übrigens, Herr Rehberg, weil Sie das gestern ansprachen: Anträge, die ich in die Beratungen der Ostarbeitsminister eingebracht habe, haben aber die Mehrheit nicht gefunden, weil Ihre Kollegen aus dem Süden nämlich nicht mitgezogen haben. Das gehört zur Wahrheit dann auch dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn wir tatsächlich mehr Arbeit im Osten wollen, dann muss man darüber sprechen, dass sich in dem Falle die ostdeutschen Arbeitsminister, und zwar aller Parteien, CDU, FDP, SPD und PDS, darauf verständigt haben, die Initiative „Kommunale Infrastruktur Ost“ schnellstens einzufordern, so, wie Rot-Grün das in Berlin im Koalitionsvertrag stehen hat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann sollen sie es machen in Berlin. Sie sollen die Versprechungen einhalten.)

Und ich meine, es ist notwendig, ...

Wie bitte?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann sollen sie es machen in Berlin. Dann sollen sie die Versprechungen auch einhalten.)

Ja, das ist auch die Forderung, die wir aufgemacht haben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nicht fordern, sondern umsetzen. Handeln heißt das!)

Also Sie reden jetzt mit einem Mitglied der Landesregierung und nicht mit einem Mitglied der Bundesregierung, Herr Rehberg. Sie müssen die Adressaten auch mal unterscheiden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Deswegen haben wir ja gesagt als ostdeutsche Arbeitsminister, und das haben wir in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz durchgesetzt, dass diese Infrastrukturinitiative so schnell wie möglich kommt, weil damit tatsächlich die Kommunen in die Lage versetzt werden, Investitionen auf den Weg zu bringen, was dann tatsächlich zu Beschäftigung führen wird.

Zweitens. Um auf die Fragen des Ostens noch einmal konkret einzugehen: Ich meine, wir brauchen eine Offensive für Arbeitsplätze, Aufträge und Ansiedlungen. Das ist eine Forderung, die ich und auch meine Partei seit Jahren – seit Jahren! – vor uns hertragen. Aber nun gibt es etwas Interessantes. Nun gibt es mehr Anhänger für Sonderregelungen. Und wer die Tage die „Financial Times Deutschland“ gelesen hat, hat erfahren, dass ein Sonderwirtschaftsgebiet Ost gefordert wird. Nun kann man sich über Begriffe streiten. Das will ich nicht tun. Wichtig ist nur, dass das Problembewusstsein wächst, dass wir für die spezifischen Probleme des Ostens auch spezifische Lösungen brauchen. Darüber muss man sich unterhalten und das ist der Ansatz der Kommission, die wir in der Koalitionsvereinbarung hier für Mecklenburg-Vorpommern jetzt vereinbart haben, dass wir uns auf der einen Seite mit Hartz auseinander setzen, sprich also, welche Wirkungen wird Hartz in Mecklenburg-Vorpommern haben. Und ich sagte ja schon, dass wir eine Veranstaltung mit PersonalServiceAgenturen, also Firmen, die potentiell dafür in Frage kommen, durchgeführt haben. Es wird weitere solche Veranstaltungen geben.

Bei der vorbereitenden Zusammenkunft mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Herrn Seutemann, mit Lothar Wilken von der Vereinigung der Unternehmensverbände, mit Gerd-Erich Neumann vom Erwerbslosenbeirat ist deutlich geworden, die Auseinandersetzung mit Hartz alleine reicht nicht aus, weil die Fragen, die Sie stellen, die ich stelle und die auch alle anderen hier stellen im Saal, nicht beantwortet werden durch Hartz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das ist übersichtlich. Deswegen brauchen wir einen erweiterten Auftrag. Darüber haben wir gesprochen, weil es darum geht – und da, glaube ich, bin ich dann auch bei Ihnen, Herr Rehberg –, die Basis für Wirtschaft und Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern zu verbreitern. Wir brauchen eine Politik für mehr Beschäftigung in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Das, glaube ich, ist eine These, die alle mittragen können. Und darüber muss man sprechen.

So, nun ist die Frage, sind wir bereit in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir solche Impulse für mehr Wertschöpfung, für eine breitere Basis der Wirtschaft und damit Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern wollen, tatsächlich alles auf den Prüfstand zu stellen? Es gibt ja nachher noch ein Thema, wo wir dann darüber spre-

chen, wo ohne Tabus gestritten wird, wo man dann sagt, das ist das Beste für dieses Land, um konkrete Vorschläge sowohl in die Landespolitik als auch in die Bundespolitik einbringen zu können. Deswegen wird diese Gruppe, diese Kommission auch so eine Art Suchtrupp sein für solche Sonderregelungen, aber nicht nur.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Suchtrupp! – Harry Glawe, CDU: Timurtrupp.)

Aber wir müssen eins klären, weil Herr Jäger sagte, wir wollen Offenheit und Ehrlichkeit: Wie machen wir das im Verhältnis zu dem Bündnis für Arbeit? Das müssen wir jetzt sauber abklären, um hier nicht Doppelstrukturen zu schaffen. Das ist ein Auftrag, ein Anspruch, den wir am Dienstag besprochen haben. Und ich gehe davon aus, dass wir das auch in der Landesregierung ganz konkret klären.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kommt denn das noch rechtzeitig? Das Bundesgesetz ist doch verabschiedet. Kommt denn das noch rechtzeitig?)

Das Bundesgesetz ist doch das eine und das andere ist, was muss weiter darüber hinaus getan werden, um diesen Anspruch zu formulieren. Ich will es mal so sagen – und das haben wir nun mehrfach hier auch schon diskutiert –, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Ich will jetzt mal als Ingenieur sprechen: Bei den Ingenieuren gibt es den Spruch: „Geht nicht, gibts nicht.“ Und ich höre immer wieder, es geht nicht, das kann man nicht machen, das schadet dem und dem. Wenn wir so herangehen, werden wir keine Lösungen finden.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ich habe das immer hier getan, Herr Born, von diesem Rednerpult aus. Lassen Sie uns gemeinsam darüber reden, was geht. Und das können wir gerne in den Ausschüssen tun.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Herr Rehberg, das will ich Ihnen auch noch sagen: Wenn Sie gestern gesagt haben, das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm entfaltet sich nicht, zeigt keine Wirkung, dann unterhalten Sie sich mal mit Landräten und anderen Kolleginnen und Kollegen aus Ihrem Land, auch aus Ihrer Partei, die sehr wohl in den Regionalbeiräten mitwirken und über die Entfaltung des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms höchste Töne sprechen und an sich dieses Programm begrüßen.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Ich höre keine Kritik aus dem Land. Ich höre immer nur eine Kritik aus den Reihen der CDU,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

weil Sie dieses Programm einfach nicht haben wollen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, die Auseinandersetzung mit Hartz ist nicht die entscheidende Auseinandersetzung. Die entscheidende Auseinandersetzung ist, wie kommt es zu einer Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis und wie kommt es zu einer Verbreiterung der Basis für mehr Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern und im Osten insgesamt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wenn formuliert wird in Deutschland, dass die Flutkatastrophe an der Elbe und anderen Flüssen eine nationale Herausforderung ist und dort Sonderregelungen geschaffen wurden, warum gibt es dann die Massenarbeitslosigkeit aufgrund der strukturellen Probleme, die wir haben im Osten, und das können Sie einer Landesregierung andichten oder nicht andichten. Selbst wenn Sie in der Landesregierung wären, wäre die gegenwärtige Situation nicht anders, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Das sagen Sie! Das sagen Sie! – Andreas Bluhm, PDS: Schlimmer! Schlimmer! – Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Das muss man einfach wegen der Objektivität, ja, wegen der objektiven Wahrheit nun tatsächlich mal sagen.

Und wie war es denn? Herr Rehberg ist im Wahlkampf, ...

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Regine Lück, PDS)

Herr Glawe, warten Sie doch mal ab!

... Herr Rehberg ist im Wahlkampf durch das Land gezogen und hat von einem Abwanderungsgipfel gesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen sich mal die Zahlen ansehen!)

Ich habe nicht erlebt, dass es einen Abwanderungsgipfel gegeben hat in Deutschland und auch nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Deswegen, weil Sie keine Konzepte haben. Sie werfen Fragen auf, zu Recht. Aber Antworten habe ich von Ihnen auch in der gestrigen Debatte, die Herr Rehberg hier geführt hat, nicht gehört,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

wie man tatsächlich den Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und in der demographischen Entwicklung entgegenwirken kann. Deswegen kann ich Sie nur warnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben gestern unser ganzes Konzept bekommen. Das ist so ein Packen.)

Was für ein Konzept?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gestern haben Sie unsere Vorschläge bekommen. – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Also ich habe gestern eine Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten gehört, der ein Bild, ein Zukunftsbild von Mecklenburg-Vorpommern gezeichnet hat, was ich voll unterstütze.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich habe einen desolaten Bericht gehört, eine Gegenrede des Oppositionsführers, der nicht deutlich gemacht hat,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben vor vier Jahren den Leuten versprochen, die Arbeitslosigkeit um 20.000 zu senken.)

was die Opposition in Zukunft von diesem Land erwartet, wo es hingehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Sie haben vor vier Jahren den Leuten versprochen, die Arbeitslosigkeit um 20.000 zu senken. Das haben Sie nicht gehalten, was Sie versprochen haben.)

Und ich möchte Sie um eins bitten, meine Damen und Herren von der CDU:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Bremsen Sie ...

Herr Glawe, setzen Sie Ihre Energie und Ihre Emotionen doch bitte mal ein gegenüber Ihren Parteifreunden aus Bayern und Baden-Württemberg! Stoppen Sie die Wahlkämpfe in Hessen und Niedersachsen, die wollen ihre Politik auf Kosten des Ostens machen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was!)

Das ist das Ziel im Vermittlungsausschuss und das muss verhindert werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Die Fraktion der SPD hat um eine Auszeit gebeten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hätte ich auch.)

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 10.41 Uhr

Wiederbeginn: 10.54 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 12 fort.

Das Wort zu seinem ersten Redebeitrag hat der Abgeordnete Herr Mohr von der Fraktion der SPD.

Klaus Mohr, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir, das heißt die Fraktionen der SPD und PDS, vertreten die Auffassung, dass der vorliegende Antrag der CDU der Änderung bedarf. Dieser Antrag greift aus unserer Sicht zu kurz, wenn es um das wichtige Thema Arbeitsmarkt geht. Er zielt darauf ab, so habe ich zumindest den Eindruck, im Wesentlichen hier eine politische Debatte um ihrer selbst willen zu führen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Mit einer solchen Auffassung und mit einem solchen Verständnis von Debatte habe ich aber so meine geregelten Schwierigkeiten, muss ich sagen. Eine politische Debatte, wie ich sie mir wünsche, muss vielmehr versuchen, konkrete Lösungsansätze für konkrete Problemstellungen zu entwickeln und zu diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das machen wir jetzt.)

Im Antrag der CDU sollte sich praktischerweise bereits niederschlagen, wohin die Reise gehen soll. Ich habe Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, gelesen, ich finde nichts dergleichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ihr Antrag hat in der vorliegenden Form diesbezüglich, mit Verlaub gesagt, inhaltlich-programmatisch relativ wenig zu bieten. Deshalb nunmehr unsere Initiative an dieser Stelle. Doch der Reihe nach: Zunächst befürworten wir vom Grundsatz her Ihr Anliegen, hier Informationen von der Landesregierung zu bekommen. Es ist das legitime Recht des Landtages, hier insbesondere über die Haltung der Landesregierung zu den Reformen am Arbeitsmarkt informiert zu werden. Aber wir haben gerade den Beitrag des Arbeitsministers gehört und letzten Endes denke ich, dass hier in diesem Rahmen dieser Informationspflicht nachgekommen wurde. Ich denke, der Arbeitsminister Holter hat in diesem Zusammenhang keine Fragen offen gelassen.

Im Hinblick auf den Punkt 2 im Antrag, Stichwort „Einrichtung der Holter-Kommission“, ist zu sagen, auch hier hat sich dieser Antrag vom Prinzip her in Gänze erledigt. Denn bekanntlich ist mit der Vereinbarung der Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vom 5. November 2002 vorgestern, also am vergangenen Dienstag, eine Kommission von der Landesregierung eingesetzt worden, die sich mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission auseinandersetzt. Auch das ist jetzt bekannt.

Nur der guten Ordnung halber sei noch einmal erwähnt: Die Akteurinnen und Akteure der hiesigen Arbeitsmarktpolitik sind in dieser Kommission angemessen vertreten und die Dauer der Arbeit der Kommission ist selbstverständlich abhängig – Sie fragten ja danach – von den entsprechenden durchzuführenden Bundesgesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge. Dies dürfte Ihnen einleuchten.

Uns geht es aber nun – und ich komme hier auf meine einleitenden Worte zurück – über die von Ihnen angeregte Unterrichtung, ich sage jetzt mal in Anführungsstrichen, über die bloßen Debattierungspunkte hinaus um die Definition und Formulierung konkreter politischer Forderungen, politische Forderungen, die abzielen auf die Vornahme ganz konkreter Maßnahmen zur Gestaltung des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern. Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge muss nach unserer Auffassung einhergehen mit zusätzlichen Maßnahmen, so dass insgesamt den spezifischen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern Rechnung getragen wird, und das hinreichend. Denn jeder von uns weiß, dass die arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse hier bei uns, aber eben auch in den anderen neuen Bundesländern besonders sind.

Ich will an dieser Stelle einen kurzen Blick auf die aktuelle Situation des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern werfen. Die Arbeitslosenzahlen, wir haben das ja schon gehört, für den Monat November 2002 in unserem Land liegen uns seit letzter Woche vor. Offenes Wort: Sie sind schlimm, sehr geehrte Damen und Herren. Da gibt es nichts zu beschönigen. Circa 170.000 Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern haben keine Arbeit. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 18,7 Prozent. Besonders alarmierend dabei ist ein deutlicher Anstieg der Erwerbslosen bei den jüngeren Menschen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren und eine Erhöhung der Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die länger als ein Jahr arbeitslos und damit im Sinne des Gesetzes langzeitarbeitslos sind. Dies entspricht einer Quote von 35,4 Prozent aktuell. Tendenz: leider steigend.

Ein weiterer Problempunkt ist die Tatsache, dass bereits in den vergangenen Jahren arbeitsmarktentlastende Maßnahmen signifikant zurückgefahren worden sind. Der Ministerpräsident hatte dies gestern in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht. Und auch für 2003 ist grundsätzlich absehbar, dass diese Maßnahmen erheblich reduziert werden sollen. So ist alleine bei den AB-Maßnahmen mit einer Reduzierung von 12.300 aktuell auf circa 6.000 im nächsten Jahr zu rechnen. Und die Folgen brauche ich Ihnen, denke ich, wohl nicht zu erläutern.

Wenn ich zuvor diese Situation im Land beschrieben habe, dann sind Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, sehr gut beraten, wie ich meine, nicht so zu tun, als hätte es das grundlegende Problem der Massenarbeitslosigkeit zu Zeiten, in denen Sie die Regierung in Bund und Land stellten, nicht gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Des Weiteren ist es so, dass die Maßnahmen, die von Ihnen zur Belebung der Wirtschaft vorgeschlagen und als – ich sage das jetzt mal – Wundermittel für Mehrbeschäftigung ausgegeben werden, weder grundlegend neu sind noch bei ihrer Anwendung in der Vergangenheit dazu beitragen konnten, Massenarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren wesentlich und vor allem dauerhaft zu reduzieren. Die jetzige Regierung hat es immerhin geschafft, unser Land im Rahmen eines äußerst schwierigen, aber notwendigen Konsolidierungskurses zugleich insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Hochschulen neu auszurichten und fit zu machen für die Zukunft.

In vielen Bereichen sind wir, auch das hat der Ministerpräsident gestern zu Recht gesagt, top in Deutschland und darüber hinaus auch top in Europa. Hier wurde von der rot-roten Regierung eine gute Arbeit geleistet. Letztlich sind aber ungeachtet dessen die Probleme des Arbeitsmarktes im Wesentlichen – und ich sage das hier ganz offen – in ihrem Kern ungelöst. Ich sage ausdrücklich, das ist hier nicht das spezifische Problem der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, sondern aller Regierungen in diesem Land

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und darüber hinaus auch der Regierungen in den Industrieländern der westlichen Welt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

Klaus Mohr, SPD: Vielleicht später.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht.
Können Sie sich nicht entscheiden?)

Zunächst möchte ich fortfahren.

Ich denke, zunächst ist es bemerkenswert an dieser Stelle, dass überhaupt einmal nach vielen Jahren der, ich will mal sagen, stillen Duldung von Massenarbeitslosigkeit der ernsthafte und tiefgreifende Versuch gemacht wurde, eine große Strukturreform des Arbeitsmarktes anzugehen. Und dies ist von der durch die Bundesregierung eingesetzten Hartz-Kommission geleistet worden. Ihre Kollegen, Herr Rehberg, haben das in all den Jahren ihres Regierungshandelns nicht geschafft, ganz klar gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Und wenn es auch zu diesem Zeitpunkt, da die beiden ersten Gesetze für moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt noch im Gesetzgebungsverfahren sind, noch zu früh ist, um eine erste verlässliche Zwischenbilanz hinsichtlich der Wirksamkeit der Hartz-Ideen zu ziehen, eins ist bereits jetzt schon klar, denke ich: Es wird in jedem Fall positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt geben. Insbesondere dürfte die Geschwindigkeit der Vermittlung von erwerbslosen Menschen in Arbeit durch die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen deutlich zunehmen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Verwaltungsstrukturen werden straffer und effizienter gemacht, der Service für Arbeitsplatzanbieter und Arbeitsplatzsuchende wird verbessert und die Vermittlungsgeschwindigkeit wird erhöht. Die Qualität von Weiterbildungsmaßnahmen wird durch mehr Wettbewerb und anschließendes konsequentes Controlling erhöht. Gleichwohl ist in den wesentlichen Tendenzen erkennbar – und das ist hier auch schon angeklungen –, dass bei der Formulierung der Hartz-Gesetze die spezifischen Verhältnisse des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern und natürlich auch die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern nicht hinreichend berücksichtigt worden sind, denn Fakt ist, dass es viel zu wenig Jobs im Land gibt. Wo nur circa 6.500 offene Stellen der Zahl von 170.000 Arbeit suchenden Menschen gegenüberstehen, da hilft auch eine schnellere Vermittlung relativ wenig. Wir müssen zudem immer berücksichtigen, die Arbeitslosigkeit ist hier im Osten durchschnittlich doppelt so hoch wie im Westen. In einigen Regionen beträgt sie zwischen 20 und 25 Prozent. Rechnet man dann die circa 5 Prozent hinzu, die sich ergeben würden, wenn wir keine arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen hätten, kämen wir auf rund 25 bis 30 Prozent Arbeitslosigkeit in einigen Regionen unseres Landes. Dies gilt insbesondere für den Landesteil Vorpommern, der besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, wie wir alle wissen.

Nun ist vorgesehen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003, ich hatte es ja bereits angedeutet, rund 148 Millionen Euro weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen. Das heißt, es droht die Gefahr von noch mehr Arbeitslosigkeit.

(Egbert Liskow, CDU: Na, wer ist denn an der Regierung? – Dr. Armin Jäger, CDU: Wer regiert denn in Mecklenburg-Vorpommern?)

Wenn der Arbeitsminister in diesem Zusammenhang davon spricht, dass der soziale Frieden im Land gefährdet ist, denke ich, ist diese Aussage zumindest nach meinem Verständnis nicht gänzlich abwegig, um es einmal so zu sagen. Jeder von uns ist jedenfalls gut beraten, den Ernst der Lage nicht zu verkennen. Die Strategie muss daher gegensteuernd in mehrfacher Hinsicht sein. Die notwendige Finanzierung des Mindestqualifikationsanteils bei Eigenregie von ABM und SAM in Anbetracht der restlos leeren Haushaltskassen der Kommunen sowie der immer noch weitestgehend ungeklärten Anforderungen an das Niveau der geforderten Qualifikation erschwert die Inanspruchnahme und Realisierung solcher Maßnahmen. Wir plädieren deshalb für eine Abschaffung der entsprechenden gesetzlichen Tatbestände im SGB III. Wir vertreten außerdem die Auffassung, dass die zukünftig vorgesehene Wartefrist von drei Jahren zwischen zwei ABM beziehungsweise SAM kontraproduktiv ist. Die Intention dieser Regelung einer größeren Verteilungsgerechtigkeit und der

Vermeidung von Förderketten ist zwar im Grundsatz ehrenwert, verkennt aber, denke ich, die Realitäten auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Weiterhin würde der Wegfall der Sonderregelung Ost nach Paragraph 416 SGB III eine hundertprozentige oder neunzigprozentige Personalkostenförderung in ABM nur im Ausnahmefall gestatten. Dies hätte zur Folge, dass die Träger solcher Maßnahmen grundsätzlich einen Regelpersonalkostenanteil zwischen 30 und 70 Prozent übernehmen müssten. Hierzu wird indes kaum ein Träger überhaupt in der Lage sein. Im Ergebnis würden deshalb auch hier Arbeitsplätze wegfallen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Unabhängig vom oben Gesagten muss das von der rot-grünen Bundesregierung im Koalitionsvertrag angelegte kommunale Infrastrukturprogramm Ost – Herr Holter hat es angesprochen – schnellstmöglich, das heißt noch im Jahr 2003 umgesetzt werden. Zumindest muss mit der Realisierung dieses Programms noch im nächsten Jahr begonnen werden. Durch das Programm werden die Kommunen befähigt, zusätzliche Aufträge in investive kommunale Projekte an kleine und mittelständische Betriebe und Unternehmen zu vergeben, und neben der direkten Stärkung der Wirtschaftsstruktur würden darüber hinaus auch die Standortqualität und die Attraktivität der Kommunen durch verbesserte Infrastrukturen erhöht werden. Mehr Investoren würden kommen, wenn sie diese neuen, modernen, verbesserten Infrastrukturen zur Verfügung hätten. Zudem muss jedoch sichergestellt werden, dass – und das hatte ich auch angemerkt – aktive Arbeitsmarktpolitik unbedingt auf dem Niveau von 2002, also diesen Jahres, weitergefahren werden muss, damit die Probleme hier auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht noch größer werden.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Aber Schröder und Eichel erst fragen.)

Wir müssen uns aber unabhängig vom oben Gesagten – das ist ein wichtiger Punkt – über lediglich mittelfristig wirkende Maßnahmen hinaus ganz grundlegende Gedanken über langfristige und nachhaltige Konzepte für den Arbeitsmarkt machen. Und da bin ich der Meinung, Hartz kann nur der Anfang sein für die Entwicklung einer nachhaltigen Strukturreform in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, sozusagen die Initialzündung. Und in diesem Zusammenhang sei die Anmerkung erlaubt, auch wenn ich diesem Parlament erst wenige Wochen angehöre, hier ist nicht parteipolitische Polemik gefragt, sondern vielmehr konstruktive Zusammenarbeit und Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

Letztere kann natürlich kontrovers sein, sicherlich. Sie sollte aber sachlich sein und immer konzentriert auf den Zweck, nach Möglichkeit allen Menschen in unserem Land wieder eine Zukunft zu geben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das klingt so schön.)

Lassen Sie mich sagen, dass ich mir vorstelle, Herr Jäger, dass wir über alles tabulos diskutieren können und über alle Möglichkeiten und Modelle in diesem Zusammenhang, aber losgelöst – und das ist mir wichtig – von den festgepressten Argumentationsinstrumentarien der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Ich sage das mal so deutlich. Wir müssen nämlich erkennen, dass die Prinzi-

prien und Systeme, die wir in den letzten Jahrzehnten hatten, die sicherlich auch ihren guten Dienst erwiesen haben, heute neu überdacht werden müssen, teilweise gänzlich neu entwickelt werden müssen, damit wir hier grundlegende Strukturformen überhaupt realisieren können. Das muss in Ihre Köpfe und da spreche ich Sie an.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Warum gerade Sie?)

Kurzum, die Lage ist so ernst, dass wir es uns nicht länger erlauben können, uns in wilder Effekthascherei und parteipolitischem Kleinklein zu ergehen. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wirklich um jeden Preis verpflichtet, hart und vor allem sachorientiert zu arbeiten und nicht zu rasten, bis endlich Lösungskonzepte präsentiert werden können, die spürbar und nachhaltig zu Gunsten der Menschen in unserem Land wirken. Und deswegen, ich diskutiere gern mit Ihnen über neue Modelle.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich frage mich, warum können wir uns nicht unterhalten über neue Modelle zur Arbeitszeit, über grundlegende Strukturveränderungen in den sozialen Sicherungssystemen, Stichwort eine Arbeitsversicherung anstelle einer Arbeitslosenversicherung, also eine Arbeitsversicherung, bei der auch Beamte selbständig einzahlen zum Beispiel. Die Überlegung, ob es nicht Sinn machen könnte, hier ein soziales Sicherungssystem danach zu bemessen oder die Höhe der Sozialkosten oder Sozialbeiträge danach zu bemessen, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ist, das sind, denke ich, neue innovative Ansätze,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Hast du das gehört?!)

die es wert sind, überlegt zu werden.

Und im Übrigen, eins will ich Ihnen noch sagen, Herr Rehberg, ich finde, es ist überdenkenswert, dieses ewige Bemühen, hier die Wachstumstheorie immer heranzuziehen. Sie haben gestern davon gesprochen. Vom Prinzip her sind wir sicherlich dafür, dass Wachstum benötigt wird, natürlich. Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, keiner sonst. Aber Fakt ist auch, wir sind nicht mehr in den sechziger Jahren, wo wir ein Wirtschaftswachstum von sieben bis acht Prozent und mehr hatten, da hatten wir Vollbeschäftigung. Ich denke, heute ist es eine andere Dimension. Ich habe die Massenarbeitslosigkeit angesprochen und denke, es gilt auch ganz klar zu erkennen, dass wir hier mit dieser ursprünglichen Wachstumstheorie mal wieder ein paar Prozent drauflegen, dann läuft das alles. Damit kommen wir nicht mehr klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Dr. Martina Bunge, PDS, und Regine Lück, PDS)

Und deswegen rufe ich Sie auf – Herr Rehberg, ich habe Sie gestern so verstanden, dafür bin ich dankbar –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mit dieser Regierung kriegen wir kein Wachstum.)

lassen Sie uns eine ehrliche, offene, ich sage das noch mal, eine tabulose Diskussion führen, wie wir hier weiterkommen.

Abschließend möchte ich sagen, machen wir heute schon einmal einen kleinen Schritt in die richtige Richtung. Ich habe die Maßnahmen skizziert und angedeutet, die wir

hier für richtig halten. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, es gibt offensichtlich den Wunsch für eine Nachfrage von Herrn Petters.

Klaus Mohr, SPD: Ja, gern.

Andreas Petters, CDU: Herr Kollege, ich gehöre auch zu den neuen Kollegen und ich sehe das genauso wie Sie, dass wir uns hier um Sachpolitik kümmern sollten. Wenn Sie den Antrag gelesen haben, geht es ja darum, dass wir die Landesregierung bitten, Stellung zu nehmen. Ich frage Sie: Was haben Sie vom Arbeitsminister Holter gehört zu seinen Vorschlägen, wie er mit seinen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik die Rahmenbedingungen für mehr Arbeit in diesem Land verbessern möchte? – Vielen Dank.

(Norbert Baunach, SPD: Das soll Herr Holter beantworten.)

Klaus Mohr, SPD: Herr Petters, ich verstehe jetzt Ihre Frage insofern nicht, waren Sie hier in dieser Veranstaltung oder nicht? Ich habe doch, denke ich, eingangs deutlich gemacht, dass er – und ich habe dem Arbeitsminister zugehört – aus meiner Sicht keine Antworten schuldig geblieben ist

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Siegfried Frieze, SPD, und Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

und insofern hier eingehend und umfassend die Auffassung der Landesregierung dargestellt hat. Auch wenn Sie da immer wieder insistiert haben, Herr Holter hat ganz klar die Stellung der Landesregierung deutlich gemacht und insofern denke ich mal, Herr Petters, ist das Ihr Problem, wenn das bei Ihnen nicht angekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Glawe hat auch eine Frage an Sie, Herr Mohr.

Klaus Mohr, SPD: Gern.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege, Sie sprachen vorhin von Massenarbeitslosigkeit und nannten die Verantwortung der Christlich-Demokratischen Union. Ist Ihnen bekannt, dass die SPD Mecklenburg-Vorpommerns seit 1994 den Arbeitsminister gestellt hat?

(Beate Mahr, SPD: Oh, Herr Glawe!)

Klaus Mohr, SPD: Herr Glawe, wenn Sie mir richtig zugehört haben, dann habe ich hier versucht, ein bisschen über den Tellerrand der Alltagspolitik hinauszuschauen. Und ich habe gesagt, mir geht es in erster Linie um das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Ich denke, ich habe ganz deutlich gemacht und auch ganz deutlich gesagt, dass das eine Tendenz ist, sage ich mal, die sicherlich nicht an der Politik einer Partei festgemacht werden kann, weder im Bund noch im Land. Da müssen wir doch ehrlich sein, da müssen wir doch ehrlich miteinander sein. Wenn Sie mir jetzt wieder so kommen, seit wann wir hier den Arbeitsminister in diesem Land stellen, dann muss ich sagen, dass ich diese Diskussion sehr fruchtlos finde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Peter Ritter, PDS)

So kommen wir nicht weiter.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Harry Glawe, CDU: Ich wollte noch mal auf das SGB III eingehen. Ist Ihnen bekannt, welche Partei das SGB III im Paragraphen 277 Absatz 2 auf Bundesebene geändert hat?

(Siegfried Friese, SPD: Wir sind hier nicht in der Schule! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Klaus Mohr, SPD: Herr Glawe, bei allem Respekt, ich fühle mich hier und heute nicht, ich sage mal, in der Situation, dass ich hier vor einer Prüfungskommission stehe. Sie können davon ausgehen, dass ich von Haus aus Jurist bin und sehr genau weiß, erst einmal über welche gesetzlichen Tatbestände ich hier spreche und gesprochen habe, und im Übrigen auch die gesetzlichen Hintergründe kenne. Das kann ich Ihnen gerne mal bei einer Tasse Kaffee übermitteln,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Regine Lück, PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das kann doch nicht wahr sein!)

aber ich denke, hier in diesem Hohen Haus, in diesem Rahmen ist das Ganze schon sehr bedenklich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie kennen
Ihren eigenen Antrag nicht, Herr Mohr!
Sie kennen Ihren eigenen Antrag nicht.)

Harry Glawe, CDU: Vielen Dank. Ich will es Ihnen sagen, es war Ihre Partei, die SPD Deutschlands. – Danke schön.

(Torsten Koplin, PDS: Was
stellen Sie denn für Fragen?!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Glawe, es besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen oder Nachfragen. Aber ich bitte, keine Statements hier abzugeben.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mohr.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der PDS-Fraktion.

Regine Lück, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir ein so wichtiges Thema wie das jetzige hier aufgerufen haben, in einer ordentlichen Sitzung des Landtages diskutieren und das Instrument der Sondersitzung von der Opposition nicht inflationär in Anwendung gebracht wird.

Ja, dieses Thema ist ein wichtiges und nicht nur für unser Bundesland. Die Auswirkungen der anstehenden Gesetze auf unser Land, die Bundesrepublik Deutschland und den Sozialstaat werden gravierend sein, um nicht zu sagen katastrophal. Von daher ist eine Befassung durchaus geboten. Der vorliegende Antrag der Opposition bietet jedoch keinerlei konstruktiven Ansatz für eine Auseinandersetzung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja, ja. Ja, ja, ja.)

Da soll die Landesregierung den Landtag über ihre Haltung zu den anstehenden Reformen am Arbeitsmarkt, zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat darlegen. Ja, lesen Sie denn keine Zeitung? Der Arbeitsminister hat sich doch eindeutig im Bundesrat geäußert.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Haltung der PDS und der Fraktion der PDS im Landtag zu diesen angeblichen Reformen des Arbeitsmarktes haben wir im Sommer klar und deutlich sowohl im Bundestag als auch hier im Land dargelegt. Reformen sind mit uns zu machen, ein Abbau des Sozialstaates und von sozialer Gerechtigkeit nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Damit ist die PDS die einzige politische Kraft in Deutschland, die diese Position bezieht. Die Vorschläge der Hartz-Kommission, die ja die Grundlage für die beiden aktuellen Gesetze bildet, lehnen wir als Paket und auch im Kern ab,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

weil sie keine Lösung für die Probleme in der Beschäftigungspolitik und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit bieten. Sowohl für den Osten als auch für den Westen bringt die Umsetzung einen Sozialabbau bisher ungeahnten Ausmaßes, Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auf Erwerbslose, auf Betroffene. Das werden vor allem auch Ältere sein, Jugendliche, Frauen, Stammbesellschaften und soziale Kassen. Wir können diesen Vorschlägen im Ersten und Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt aus den bekannten Gründen nicht zustimmen. Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den CDU-geführten Ländern haben dem auch nicht zugestimmt, allerdings aus einem ganz anderen Ansatz heraus, und genau diesen möchte ich den Wählerinnen und Wählern noch einmal ganz deutlich sagen, nämlich, dass Ihr Konzept in noch mehr Sozialabbau und Eingriffen in Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechten besteht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Torsten Koplin, PDS:
Denen geht es nicht weit genug.)

Sie wollen am liebsten sofort die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

den Abbau von Kündigungsrechten und von Schutzregelungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, um nur einige zu nennen.

Dass man mit Niedriglohn in Mecklenburg-Vorpommern keine und selbst in den alten Bundesländern nur wenig Arbeitsplätze schaffen kann, das hat die Ausweitung des Mainzer Modells gezeigt.

(Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Die PDS hat auch hier als einzige parlamentarische Kraft in diesem Land von Anfang an darauf hingewiesen.

Auch mit Leiharbeit werden keine Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden, und erst recht nicht in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Bundesregierung selbst rudert schon zurück. Das Landesarbeitsamt rechnet mit maximal 1.000 bis 1.500 zusätzlichen Beschäftigten in diesem Bereich, die Zeit- arbeitsfirmen selbst mit einem Verdrängungswettbewerb, also mit keinem Effekt auf dem Arbeitsmarkt, im Gegenteil.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Die geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld, beim Unterhaltsgeld und besonders bei der Arbeitslosenhilfe treffen die Schwächsten und bringen Einnahmeverluste bei den Krankenkassen in Milliardenhöhe.

(Torsten Koplin, PDS: 1,5 Milliarden.)

Und damit nicht genug, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit wird erneut zu Lasten der ostdeutschen Länder und zu Lasten der arbeitsmarktpolitischen Instrumente verschlechtert.

(Karsten Neumann, PDS: Eben.)

Aus dem einen, aus dem kleiner werdenden Haushaltstitel müssen nun nicht nur Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und direkte Eingliederungshilfen bezahlt werden, sondern auch die Strukturanpassungsmaßnahmen, das Jugendsofortprogramm und, als ob dies nicht genug wäre, obendrein auch noch die Einrichtung der PersonalServiceAgenturen. Was dann an öffentlich geförderter Beschäftigung, auf deren mittelfristige Notwendigkeit der Ministerpräsident gestern in seiner Regierungserklärung eindringlich verwiesen hat, noch im Land übrig bleibt, das kann sich jede und jeder selbst ausmalen. Nein, mit diesen Plänen werden keine Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert, sie werden in Gefahr gebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was die Bundesrepublik Deutschland braucht, das ist nicht eine Sparpolitik auf Teufel komm raus, die Arbeit um jeden Preis billiger macht und Verarmung und Hoffnungslosigkeit verbreitet. Vielmehr ist eine neue Beschäftigungspolitik ressortübergreifend notwendig, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ganzheitlich angeht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das können Sie hier im Land doch schon mal vormachen.)

Arbeitsmarktpolitik und die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente allein können ein gesellschaftliches Problem wie die Arbeitslosigkeit von mehr als vier Millionen Menschen nicht lösen. Ja, die Massenarbeitslosigkeit ist mindestens eine nationale Herausforderung und bedarf eben auch solcher Anstrengungen. 1,3 Milliarden Euro allein bei Arbeitslosenhilfeempfängern zusammenzustreichen ist einfach unsozial. Die sozialen Kassen zusätzlich zu schwächen ist einfach unverantwortlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können wir ja schon mal die Beiträge erhöhen.)

Wir, meine Damen und Herren, müssen die beste Politik für unser Bundesland machen, auch gegenüber dem Bund, früher gegenüber Bonn und heute gegenüber Berlin. Auch wenn es der CDU und einigen Abgeordneten beim Koalitionspartner nicht passt, die PDS ist nach wie vor die einzige politische Kraft in Deutschland, die sich gegen Raubbau an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und am Sozialstaat und seinem Sicherungssystem ausspricht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Beifall Karsten Neumann, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das glaubt Ihnen draußen im Land keiner mehr.)

Wir haben ein beschäftigungspolitisches Programm zur Schaffung von 1,3 Millionen existenzsichernden Arbeitsplätzen bis 2006 im Mai dieses Jahres vorgelegt

(Torsten Koplin, PDS: Das haben wir sogar durchfinanziert.)

und darin auch beschrieben, wie dies finanzierbar ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Selbst der Minister muss lachen dabei.)

Es gibt nicht immer nur einen Weg, es gibt auch Alternativen. Man muss sie nur als solche akzeptieren und auf sie zumindest erst einmal auch gedanklich eingehen.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

In diesem Sinne wünsche ich uns für die Zukunft eine offene und konstruktive Diskussion

(Torsten Koplin, PDS: Kulturfonds.)

über alle inhaltlichen Angebote.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und ganz zum Schluss, Herr Riemann, noch ein Wort an Sie, weil ich jetzt mit meinen Ausführungen fertig bin: Wissen Sie, die Seele des Menschen hat ja immer ein eingebautes Konfliktpotential, auf der einen Seite der Egoist, der das Ich optimieren will, und auf der anderen Seite hat er ja zum Glück immer noch einen Gegenspieler, nämlich das Wir.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vom Ich zum Wir, hat, glaube ich, Ulbricht mal gesagt.)

Ich hoffe sehr – und das ist meine Motivation –, dass viele Menschen hier das Ich mal dem Wir unterordnen. – Danke, Herr Riemann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der CDU-Fraktion.

Karin Strenz, CDU: Verehrte Landtagspräsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als Erstes etwas bemerken. Ich bin empört und da lassen Sie es auch zu, dass die Stimme etwas zittert. Wenn hier vorne von Herrn Mohr, verehrter Kollege, von Polemik gesprochen wird, die Sie der CDU anlasten, und behaupten, wir würden uns mit dem Thema Arbeitsmarktpolitik nur beschäftigen unserer selbst willen, halte ich das ganz schlicht und ergreifend für abgehoben, borniert und aalglatt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Peters, SPD: Das ist ein
unparlamentarisches Wort.)

Sie machen sich überhaupt keine Gedanken darüber, welche Außenwirkung das hat, was Sie hier tun. Hier im Saal sitzen Abgeordnete, die rausgehen und wahrscheinlich wieder sagen, wir wissen überhaupt nicht, was in diesem Saal, in diesem Raum passiert, und das halte ich gelinde gesagt für dieses Thema, das so schwierig ist, für eine absolute Katastrophe. Sie haben hier nicht die beste Figur gemacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Machen Sie jetzt eine bessere!)

Das hoffen wir doch sehr und das beurteilen Sie dann nachher wahrscheinlich auch in Ihrer Fraktion und berichten mir das dann.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Torsten Koplin, PDS: Oho! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das war eben gut.)

Die Notwendigkeit unseres Antrages zu Hartz ist mit der gestrigen Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, der den Saal jetzt auch verlassen hat – ich hoffe, er kommt wieder rein –, und den Ausführungen der Fraktionen von SPD und PDS für mich und die Fraktion der CDU nicht besonders deutlich geworden, in keinsten Weise deutlicher, und wir sehen, dass der Bedarf dieses Antrages nach wie vor besteht.

Alle reden über Hartz, alle reden über Arbeitsmarktpolitik, der eine mal mit mehr Begeisterung, der andere mit weniger, mancher etwas weniger deutlich, dafür andere mit etwas mehr Nervosität. Aber eines steht fest: Die Vorschläge der Hartz-Kommission greifen besonders für unser Land Mecklenburg-Vorpommern viel zu kurz und sie werden keine und wahrscheinlich sogar negative Auswirkungen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Peter Ritter, PDS)

Sprechen Sie sich ruhig aus, ich höre Ihnen ganz aufmerksam zu!

Um den Ansatz, offene Stellen möglichst schnell wieder zu besetzen, müssen wir die entsprechenden Arbeitsplätze in diesem Land auch haben. Alle haben das gesagt, nur keiner hier sagt, wie.

(Birgit Schwebs, PDS:
Da sind wir aber gespannt jetzt.)

Und wenn ich überlege, wer dafür zuständig ist, uns eine Erklärung dafür zu geben, ist es die SPD, ist es die PDS und ist es die Regierung, die hier hinter uns nicht zahlreich vertreten ist. Herr Dr. Ebnet ist leider auch nicht da. Ich wollte ihn gern selbst ansprechen, werde Ihnen aber trotzdem verkünden, was ich zu sagen habe.

170.479 Arbeitslose im November dieses Jahres – hinter jeder einzelnen Zahl steht ein Schicksal!

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die Hoffnungen vieler Menschen lagen bei Hartz. Jetzt liegen sie auf einem Haufen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Der Herr Ministerpräsident sprach davon, seine Arbeit kontinuierlich fortzuführen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin erstaunt. Mecklenburg-Vorpommern hat aufgeschlossen, ist jetzt schlusslicht, hat Sachsen-Anhalt eingeholt. Wenn er das fortführen will, verstehe ich die Welt nicht mehr. Es tut mir Leid.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Uns fehlt eine klare Position, eine unmissverständliche Aussage der Landesregierung zum Thema Arbeitsmarktpolitik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Peter Ritter, PDS: Dann
haben Sie nicht zugehört.)

Und gestatten Sie mir, Herr Minister Holter, das zu sagen: Lesen kann ich schon,

(Torsten Koplin, PDS: Sie drehen
ja das Wort im Munde um.)

ich habe es nur nicht verstanden und das lag daran, dass nichts drin war.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Ritter, Sie sind gut in Form.

Herr Holter, ich komme zu Ihnen zurück. Am 29.11., nein, Sekunde, es ist ja noch nicht mal eine Woche her, war eine arbeitsmarktpolitische Konferenz in Greifswald. Ich war sehr gespannt.

(Minister Helmut Holter: Es war Nikolaus.)

Es war Nikolaus, richtig. Es war nur im Stiefel leider nichts Nettes drin. Ich habe gedacht, ich würde hier heute etwas Erquickenderes hören, etwas mehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Problem an der ganzen Geschichte ist folgendes: In dem Moment, als es interessant wurde, hatte ich das Gefühl, Herr Holter hat es abgebrochen, was er sagen wollte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist einfach nur schade. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man sagen, es hatte Unterhaltungswert, aber die Lage ist nun mal ernst.

(Rudolf Borchert, SPD: Wann sprechen Sie zu
Inhalten? – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Zu vernehmen war über Wochen ein vielstimmiges Orchester, bei dem der Dirigent sichtlich abhanden gekommen war – das ist immer noch der Fall – und Herr Minister Holter die Erste Geige spielen konnte.

(Birgit Schwebs, PDS: Das
sind ja nur die Vorschläge.)

Da stellt sich zwingend die Frage, wer hier im Land die Richtlinienkompetenz eigentlich innehat. Ist es der Ministerpräsident oder ist es der Fachminister?

(Karsten Neumann, PDS: Erst mal
der Landtag, erst mal der Landtag.)

Es ist auch kein Wunder, dass man hier den Eindruck gewinnen musste, dass es die Privatmeinung eines Herrn Ministers ist. Man konnte vielleicht nur ansatzweise feststellen, dass es tatsächlich die Meinung einer Partei ist, aber ich konnte nicht feststellen, dass das die Meinung einer Regierung ist. Es tut mir Leid.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD:
Das liegt dann an Ihnen und nicht an
Herrn Holter. – Torsten Koplin, PDS:
Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Minister Holter, es stellt sich für mich nach wie vor die Frage, welche Bedeutung Ihre täglichen Verlautbarungen zu Hartz und zur Arbeitsmarktpolitik denn nun wirklich haben. Es erschließt sich für mich nicht. Zur reinen Profilierung dürfte das Thema ja dann wohl zu ernst sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und, werter Herr Minister Holter, wenn der Zug mit Ihrer Holter-Kommission aus Ihrer Sicht noch nicht abgefahren ist und in Zukunft die Adresse überhaupt sein soll im Land, dann frage ich mich, wohin er fahren soll.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Noch ein Kommissiönchen. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Danke, Herr Riemann. Zukunftswerkstatt ist ein gutes Wort, vielleicht wird es eine.

Uns interessiert natürlich und die Bürger in diesem Land auch: Was wollen Sie erreichen? Wann wollen Sie es erreichen? Und welche Zahlen sollen dafür sprechen? Das ist das Wichtigste schlechthin, was hier im Raum steht.

Kommen wir zu einigen denkwürdigen Aussagen, die übrigens auch aus dieser Veranstaltung rühren, die wir ja vor knapp einer Woche erlebt haben.

(Karsten Neumann, PDS: Kommen wir nun zu Vorschlägen? – Peter Ritter, PDS:
Kommen wir jetzt endlich zu Ihren Vorschlägen? – Rudolf Borchert, SPD:
Denken Sie an Ihre Redezeit! Sie haben ja keine Zeit mehr. Die Redezeit ist begrenzt.)

Ruhig Blut, ruhig Blut! Na ja gut, bei Ihnen mussten wir die ja auch vermissen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch darum, dass Sie der Rednerin zuhören, und diese Bitte richtet sich an die Vertreter aller Fraktionen.

Karin Strenz, CDU: Ich bin begeistert. Wissen Sie, ich hätte nicht gedacht, dass bei mir so viele Zwischenrufe kommen. Das muss ich mir hinterher in Ruhe durchlesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Holter, Sie haben gesagt, wir hätten zu den PersonalServiceAgenturen nicht besonders erschöpfend gesprochen. Sie haben gesagt, dann werden sie wohl nun kommen, aber bringen werden sie nichts. Es ist schon gefragt worden: Sieht das die Regierung auch so? Es war Schweigen, es war kein Nicken, es war etwa so wie ein Zusammenzucken.

Das Schaffen von Arbeitsplätzen, sagten Sie, betrifft Ihr Ministerium nicht – das verwunderte mich ein bisschen –, das ist etwas fürs Wirtschaftsministerium. In Ordnung! Es ist schon immer eine Forderung der CDU gewesen, dass das Arbeitsministerium mit dem Wirtschaftsministerium zusammenarbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn das der erste Schritt ist – in Ordnung.

Herr Dr. Ebnet hat zu diesem Thema „Schaffung von Arbeitsplätzen“ übrigens auch eine ganz, ganz tolle Meinung. Ich habe ihn erlebt beim letzten „Bau-Klön“ in Schwerin vor Unternehmern. Und meine letzten Erinnerungen – und da bin ich fast zusammengeknickt –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

waren zum Thema Schwarzarbeit. Hören Sie gut zu, was Herr Dr. Ebnet dort gesagt hat zu den Unternehmern: Machen Sie sich nichts vor, auf null Prozent kriegen wir sie

nie! Wir müssen lediglich darauf aufpassen, dass es nicht einhundert werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und das fand ich ganz enorm. Wie gesagt, man kann heute in der Zeitung lesen, andere wissen es wahrscheinlich sowieso schon, dass jeder sechste Deutsche in der Schattenwirtschaft arbeitet und jeder sechste Euro schwarz verdient wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Also scheint es noch irgendwo ein Potential zu geben, das andere nicht erkennen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wo ist Ihr Vorschlag gegen Schwarzarbeit?! – Eckhardt Rehberg, CDU:
Minijobs, ganz einfach! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Sozialabgaben runter.)

Dann sage ich Ihnen noch etwas: Dr. Ebnet ist im Übrigen einer der ganz wenigen,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

die sich selbst übertreffen in ihrer Ehrlichkeit. Dass sie nur nicht hilfreich ist, ist eine andere Sache. Er sagte nämlich: Die Zeiten sind schlecht, die Zeiten sind sehr schlecht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Doch wenn sie noch schlechter wären, machen Sie sich nichts draus! Hier in diesem Land hat man schon ganz anderes überstanden.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist wirklich ein Hammer!)

Sekunde! Lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen! Sagen Sie das den über 170.000 Arbeitslosen in diesem Land!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Herr Dr. Ebnet – und Frau Gramkow, sie ist jetzt leider nicht da, sie wird sich daran erinnern – stand zusammen mit Herrn Holter vor den Unternehmern und sprach – hören Sie gut zu! –

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ja, sicher. –
Torsten Koplin, PDS: Wir hören zu.)

und sprach – und Sie müssen sich vorstellen, vor ihm standen der Minister Holter und Frau Gramkow –

(Torsten Koplin, PDS: Sind Sie Pressesprecherin? – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

vom Tariftreuegesetz, dass er es eigentlich gar nicht will, aber er müsse es ja dann wahrscheinlich irgendwie dulden,

(Peter Ritter, PDS: Richtig.)

und vor allen Dingen, dass er dann eins macht, wo keine Arbeitsplätze verloren gehen.

(Peter Ritter, PDS: Richtig.)

Das möchte ich sehen! Das glaube ich Ihnen nicht, das ist unmöglich. Aber arbeiten Sie Hand in Hand, wenn es geht, im Schweiße Ihres Angesichts, denn es gibt nur einen Beweis für das Können und das ist das Tun!

(Peter Ritter, PDS: So ist das.)

Sie sprachen von Hartz und von den Maßnahmen, die Sie zu ergreifen gedenken, welche flexibel sind und auf die regionalen Probleme hier in Mecklenburg-Vorpommern abzielen. Es tut mir Leid, Sie haben nicht gesprochen davon, wie sie aussehen sollen. Es fehlt, Ihre Vorschläge fehlen und nicht unsere.

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Lassen Sie uns da nicht weiter im Dunkeln tapen, klären Sie uns auf!

Wir brauchen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen arbeitsmarktpolitischen Aufschwung,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

all das wissen wir. Aus Sicht der CDU hat das Hartz-Programm einfach schlimme Fehler. Viele sind hier genannt worden, mit einigen stimmen wir überein. Es ist die flächendeckende Verstaatlichung der Zeitarbeit durch die PersonalServiceAgenturen, es ist die Zerstörung eines Großteils der privaten Zeitarbeit durch die Entleiher, Tarifzwang, Ich-AGs, gar nicht von zu reden, die erweiterte Frühverrentung durch das Bridge-Modell, das Durcheinander bei haushaltsnahen Leistungen, wie wir es noch vorgestern hatten – Putzen für Singles ja, Kochen für Familien aber nein,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Pflege der Großeltern ja, Betreuung der Kinder nein; das muss man sich alles mal durch den Kopf gehen lassen! –, und die Intransparenz der Arbeitslosenstatistik durch die Herausnahme von Arbeitssuchenden, Arbeitslosen, denn wenn sie denn bei den PersonalServiceAgenturen geparkt werden, dann tauchen sie dort nämlich nicht mehr auf.

Ich bin der Meinung, und das ist die Meinung der CDU,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

dass es Lösungen gäbe, die selbstverständlich auf bundespolitischer Ebene durchgesetzt werden müssen. Das heißt konsequente Deregulierung, Entbürokratisierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Bündelung von Kompetenzen bei der Wirtschaftsförderung auch hier in diesem Land, endlich ein Standortmarketing für Mecklenburg-Vorpommern, das sich lohnt und das am Ende Ergebnisse zeigt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und selbstverständlich auch die entsprechende Bildungs- und Hochschulpolitik, die nämlich richtungsweisend für das sein wird und sein muss, was in diesem Land in Zukunft passiert. Hauptursache für Arbeitslosigkeit hier im hohen Maße ist – und das ist der Umkehrschluss, die Lösung – immer noch der Kostenfaktor der Arbeit. Wir brauchen – und wenn Sie es nicht hören wollen, nicht wissen können, ich weiß es nicht –, wir brauchen eine richtige Reform des sozialen Versicherungssystems und eine echte Steuerreform und nicht das, was da passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Regine Lück, PDS: Aber nicht in
Ihrem Sinne, Frau Strenz.)

Wir erwarten hier von der Regierung und vom Ministerpräsidenten eine klare Position gegenüber der Bundesregierung und den anderen Bundesländern, wir fordern

Klarheit über den weiteren Weg der Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik hier in Mecklenburg-Vorpommern – daher der Antrag – und wir erwarten, dass man auch im Vermittlungsausschuss eine klare Position bezieht. Wenn man sich hier nicht einig ist, da kann man nicht helfen, aber wir sind der Meinung, ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern hat es verdient, dass mit einer Stimme gesprochen wird, dass man weiß, wo man uns einsortieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –

Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Und es ist nachvollziehbar, dass es in diesem Land so viele Menschen gibt, die sagen: Wo ist der Aufbau Ost denn hingerutscht? Geben Sie eine Antwort darauf! Ich habe das Gefühl, es geht in der allgemeinen Krise unter. Und das wäre schon sehr bedauerlich, denn die Menschen lieben dieses Land.

Wir fordern Sie auf, bitte konkrete Schritte, die die Landesregierung vorhat, zu benennen, um in Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitsmarktsituation ernsthaft zu verbessern! Und klären Sie uns doch einmal auf, wie denn die Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Aufbau Ost, Herrn Manfred Stolpe, funktioniert! Gibt es gemeinsame Anträge? Gibt es Gesetzesvorhaben? Wurde auch etwas mit anderen ostdeutschen Ländern angedacht? Uns ist nämlich nichts bekannt und es interessiert uns.

(Torsten Koplin, PDS: Dann machen
wir es mit Brandenburg zusammen.)

Regieren heißt, in hohem Maße Verantwortung zu tragen und für das Handeln am Ende auch bewertet zu werden. Und wenn man nicht handelt und sich nur beklagt und selber auch nichts vorzuschlagen hat, Herr Ritter, dann gehts einem eben so, wie es einem jetzt geht.

(Peter Ritter, PDS: Uns gehts gut. –
Heike Polzin, SPD: Genau, und
das gilt für die Opposition.)

Wenn es Ihnen dabei gut geht, das sagen Sie den Bürgern in diesem Lande. Es ist erschreckend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Holter, aus Ihrem Munde stammt, und jetzt zitiere ich, es war der 29.11.: „Hoffen und Harren ... hält manchen zum Narren.“ Es stimmt.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist ein Sprichwort.)

Lassen Sie uns bitte ...

Ja, er bedient sich dieser Sprichwörter. Ich wiederhole das, wahrscheinlich haben Sie es nicht mitbekommen, ich finde, die Menschen in diesem Land haben mehr verdient als Hoffen und Harren, denn es sind keine Narren.

(Minister Helmut Holter: Richtig. –
Torsten Koplin, PDS: Nur nicht
alles durcheinanderbringen!)

Das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit soll nun scheinbar fallen, wissen wir seit gestern. Die Minijobs sollen ausgeweitet werden und die geringfügige Beschäftigung grundsätzlich reformiert werden. Und das halten wir aus CDU-Sicht für einen richtigen und vernünftigen Schritt und begrüßen das sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, genau so!)

Und das zeigt auch, dass man für konstruktive Lösungen im Sinne der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr wohl Hand in Hand arbeiten kann, vorausgesetzt, es geht die Sachlichkeit nicht verloren, wie es hier immer heraufbeschworen wurde.

Es gibt noch etwas. Sie fragen immer, wie. Ich sage Ihnen mal ein Beispiel, wie man es nicht machen soll.

(Rudolf Borchert, SPD: Das bringt uns ja nicht weiter. Das bringt uns ja nicht weiter.)

Sie wollen es alle nicht mehr hören, aber ich sage es trotzdem: Es kann nicht sein, dass Arbeitsplätze in den Wind geschossen werden oder nach Fernost verschenkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: So ist das! –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau! Richtig!)

Denn wenn der Bundeskanzler jetzt dort hinreist, dann jubelt er dem Transrapid zu

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

und unsere Leute gucken in die Röhre.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU,
und Renate Holznagel, CDU)

Ja, das müssen Sie aushalten, verehrter Herr Kollege.

(Rudolf Borchert, SPD:
Ach, der Transrapid war das!)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS – Heinz Müller, SPD:
Das hören wir in 15 Jahren noch.)

Wenn sich in fünf oder vier oder drei oder zwei Jahren nichts bewegt,

(Heinz Müller, SPD: Lassen Sie sich mal
eine CD pressen! Das ist dann einfacher. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

dann werden Sie damit leben müssen, dass man Ihnen vertane Chancen auch mal aufs Butterbrot schmiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD: Ja. –

Peter Ritter, PDS: Ich empfehle Ihnen, das nächste
Mal Herrn Born zu zitieren. Der hat das noch viel
besser drauf. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich gehöre nicht zu der Kategorie notorische Nörgler und Schwarzseher, wobei Letzteres farblich wahrscheinlich zur Gesinnung passt, aber ich bin kein Nörgler.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich bin dafür – und jetzt kommen wir zu Ihrem Ergänzungsantrag –, es ist in Ordnung, dass jemand einen klaren Handlungsauftrag kriegt, da sind wir dafür, aber wir werden ganz genau prüfen, ganz genau prüfen, was der Herr Ministerpräsident am Ende erreicht und was dabei rauskommt,

(Kerstin Fiedler, CDU: Ganz genau. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dass das nicht nur alles gesagt, geschrieben ist in den blauen Wind, zur Beruhigung des Gefühls, um abends besser zu schlafen. Wir werden es prüfen im Sinne der Bürger dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein letztes Wort. Er ist immer noch nicht da, ich hätte ihn gerne selber angesprochen, aber es liegt mir am Herzen. Der Herr Ministerpräsident hat gestern in seiner Regierungserklärung – wie zu Wahlkampfzeiten, bedauerlicherweise, denn ich bin der Meinung, er hat es nicht nötig, jetzt noch mit solchen Mitteln zu arbeiten – Folgendes getan: Er hat der CDU vorgeworfen, sie würde das Land schlechtreden.

(Rudolf Borchert, SPD, und
Dr. Margret Seemann, SPD: Ja.)

Jetzt sage ich Ihnen was: Ich bin eine junge Abgeordnete in diesem Hause. Ich habe mein Land noch nie schlechtgeredet und ich lass mich in der Form nicht diffamieren. Und für jeden neuen Abgeordneten hier ist es schier unmöglich, wenn er, sofern er versucht, Kritik zu üben, sofort einen Maulkorb verpasst kriegt und man ihnen sagt, sie reden das Land schlecht. Diese Zeiten sind vorbei, da machen wir nicht mit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Frau Strenz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Der Abgeordnete Reinhard Dankert
meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag?

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage der Konstruktivität halber die ziffernweise Abstimmung der Ziffern 1 bis 7.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gibt es seitens des Antragstellers dagegen Widerspruch?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das Recht hat er. –
Lorenz Caffier, CDU: Das ist
beantragt, dann ist es so.)

Gut, dann verfahren wir so.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/98 abstimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Punktweise oder ...? –
Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja, Herr Riemann. – Heinz Müller, SPD:
Guten Morgen, Herr Riemann!)

Vielleicht ist es günstig, wenn Sie es noch einmal ganz deutlich sagen.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Ja, ich bitte um Entschuldigung, ich hatte es vielleicht nicht korrekt ausgedrückt. Ich bitte um ziffernweise Abstimmung der Ziffern 1, 2 und 3 des CDU-Antrags sowie 4 und fortfolgende des SPD-Antrags,

(Gabriele Schulz, PDS: SPD/PDS!)

so dass man dann mit der ziffernweisen Abstimmung einem geänderten Antrag möglicherweise zustimmen kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist es richtig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir kommen damit zur ziffernweisen Abstimmung des vorliegenden Änderungsantrages auf Drucksache 4/98.

Ich rufe zunächst auf die Ziffer 4 des Änderungsantrages auf Drucksache 4/98. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Ziffer 4 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 5 des vorliegenden Änderungsantrages auf Drucksache 4/98. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist auch die Ziffer 5 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 6 des vorliegenden Änderungsantrages. Wer mit der Ziffer 6 einverstanden ist, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 6 einstimmig angenommen.

Und wir stimmen jetzt ab über die Ziffer 7 des vorliegenden Änderungsantrages auf Drucksache 4/98. Wer mit der Ziffer 7 einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist auch die Ziffer 7 angenommen.

Wir stimmen jetzt ab über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/50.

Ich rufe zunächst die Ziffer 1 des vorliegenden Antrages auf. Wer ist mit der Ziffer 1 einverstanden? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt auf die Ziffer 2 des vorliegenden Antrages. Wer ist mit der Ziffer 2 einverstanden? – Wer stimmt gegen die Ziffer 2? – Wer enthält sich? – Damit ist die Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt, das heißt, die Ziffer 2 wird nicht Bestandteil des Beschlusses sein.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des vorliegenden Antrages. Wer stimmt der Ziffer 3 des vorliegenden Antrages zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 3 beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Antrages in Gänze mit den soeben beschlossenen Änderungen. Das heißt, die Ziffern passen sich natürlich entsprechend an. Durch das Herausfallen von Ziffer 2 rücken die anderen Ziffern auf. Wer dem in dieser Fassung beschlossenen Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Aufgrund der anstehenden Konstituierungen können wir die Beratung erst um 13.30 Uhr fortsetzen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wie bitte? – Kerstin Fiedler, CDU: Was?!)

Also, ich berufe die Sitzung zu 13.30 Uhr wieder ein.

Unterbrechung: 11.46 Uhr

Wiederbeginn: 13.32 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Einsetzung eines Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“, auf der Drucksache 4/48, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Rechtssicherheit für die Entwicklung neuer Verwaltungsstrukturen, auf der Drucksache 4/51. Zum Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/48 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/103 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Einsetzung eines Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“
– Drucksache 4/48 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 4/103 –

Antrag der Fraktion der CDU:
Rechtssicherheit für die Entwicklung neuer Verwaltungsstrukturen
– Drucksache 4/51 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“, die der Landtag in der letzten Legislaturperiode eingesetzt hatte, hat – wie wir alle wissen – diesem Landtag seinen Abschlussbericht vorgelegt, der unter anderem die Feststellung enthält, dass die Enquetekommission ihre Aufgaben zum Thema Funktionalreform aus Zeitgründen nicht vollständig hat erfüllen können. Im Gegenteil, wir alle, die wir in der Enquetekommission gearbeitet haben, haben hier erheblichen Handlungsbedarf gesehen, sowohl was das bislang Vorliegende angeht als vor allen Dingen auch das, was zukünftig noch zu leisten sein wird.

Der Beschluss von Leitlinien zur Funktionalreform ist sicherlich richtig und wichtig. Die Bereiche, die wir beispielhaft angesprochen haben, ebenso, aber es gilt der alte Satz: Es gibt noch viel zu tun. Der Landtag hat deshalb den Empfehlungen der Enquetekommission folgend einen Beschluss gefasst, dass dem vierten Landtag, also dem jetzt amtierenden Landtag empfohlen wird, ein Gremium, so heißt es in der Beschlussempfehlung wörtlich, ein Gremium einzusetzen, das sich mit der Fortführung der Arbeiten zur Funktionalreform befasst.

Die Beschlussfassung der Enquetekommission und, dieser Beschlussfassung folgend, des Landtages der 3. Wahlperiode ist in diesem Punkt interpretierbar. Es ist nämlich von einem Gremium die Rede, ohne dass in dem Beschluss genau festgelegt wird, welche Qualität dieses Gremium haben soll, wie es zusammengesetzt sein soll und so weiter. Es ist nur festgelegt, dass hier irgendwie der Landtag mitspielt, dass die kommunalen Verbände

mit dabei sein müssen und dass die Landesregierung mit ins Boot gehört. Es wäre also, meine Damen und Herren, durchaus denkbar, dass wir diesem Beschluss folgend beispielsweise eine neue Enquetekommission einsetzen würden. Das würde dem Beschluss, den wir seinerzeit gefasst haben, durchaus entsprechen.

Es sind aber auch andere Varianten denkbar. Und eine solche andere Variante schlägt Ihnen die Koalition vor, indem wir heute einen Antrag vorlegen, mit dem ein Sonderausschuss eingesetzt werden soll, der die Arbeiten zum Thema Funktionalreform fortsetzt. Wir gehen, und das möchte ich ganz nachdrücklich betonen, selbstverständlich davon aus, dass in einem solchen Sonderausschuss die Landesregierung bei allen Arbeiten mitbeteiligt wird – wir tun dies ja in anderen Ausschüssen auch –, und wir gehen weiter davon aus, und dies haben wir in unsere Beschlussvorlage expressis verbis hineingeschrieben, dass auch die kommunalen Verbände unseres Landes, mit denen wir in solchen Fragen ja ohnehin die Kooperation suchen, organisiert und abgesichert am Diskussionsprozess dieses Sonderausschusses teilnehmen.

Wir sind der Meinung, dass ein solcher Sonderausschuss gegenüber anderen denkbaren und von dem Beschlusstext erfassten Varianten einige Vorteile bietet. Ich will hier nicht so sehr auf die Frage der Beweglichkeit, der Schnelligkeit und der Handhabbarkeit, resultierend aus der Größe der beiden Gremien, eingehen, sondern mir kommt es vor allen Dingen darauf an, darauf hinzuweisen, dass wir im Zuge der Funktionalreform ja eine Fülle von Gesetzen zu verändern haben. Das heißt, dieser Landtag hier muss Entscheidungen treffen und er wird diese Entscheidungen auf der Ebene von Ausschüssen vorbereiten wollen. Und wir haben mit einem solchen Sonderausschuss ein sehr bewegliches und ein sehr flexibles Instrument in der Hand, um eine solche Vorbereitung vorzunehmen. Dieses ist für uns der entscheidende Vorteil eines solchen Sonderausschusses gegenüber einer Enquetekommission und deswegen, meine Damen und Herren, schlagen wir Ihnen diesen Weg vor.

Dem Arbeitsauftrag und dem Titel dieses Sonderausschusses können Sie entnehmen, dass im Mittelpunkt der Arbeit zunächst einmal das Thema Funktionalreform stehen wird. Aber dieses Thema Funktionalreform ist nicht isoliert zu betrachten. Wir haben seinerzeit schon bei der Beschlussfassung zum Abschluss der Arbeiten der Enquetekommission die Fragen der Stadt-Umland-Problematik, die sich an manchen Ecken mit Fragen von Funktionalreform überlagern, mit aufgenommen und dies tun wir bei der heutigen Beschlussvorlage ebenfalls. Es geht also auch um Fragen der Stadt-Umland-Beziehungen.

Und dann, meine Damen und Herren, greifen wir mit unserem Arbeitsauftrag, so, wie wir ihn formulieren, eine Diskussion auf, die gerade im Zusammenhang mit der Arbeit der Enquetekommission bedeutsam war. Es ist die Frage: Können wir eigentlich die Fragen von Funktionalreform und von Gebietsstruktur losgelöst voneinander betrachten? Die Antwort ist ein klares Nein. Wenn ich Funktionalreform mache, dann muss ich natürlich wissen, auf welche Gebietskörperschaften übertrage ich denn, welche Leistungsfähigkeit haben sie denn, welche Größe decken sie ab. Funktionalreformerische Fragen und Fragen der Gebietsstruktur hängen also inhaltlich eng zusammen und sind nicht voneinander zu lösen. Und deshalb, meine Damen und Herren, schlagen wir Ihnen vor,

dass wir in diesem Sonderausschuss die Frage einer Funktionalreform nicht isoliert betrachten, sondern dass wir die Frage einer Funktionalreform einbetten. Das heißt nicht, dass wir irgendetwas von der Problematik abschneiden, sondern das heißt, dass wir etwas zu der Problematik hinzugeben, einbetten in Betrachtungen der zukünftigen Gebietsstruktur, wie sie für unser Land sinnvoll erscheint.

Und wir geben noch weitere Aspekte dazu, die in den inhaltlichen Zusammenhang gehören. Wir wollen und wir müssen in diesem Sonderausschuss reden über das Thema Entbürokratisierung und Aufgabenkritik. Ich glaube, ich würde Eulen nach Athen tragen, wenn ich in diesem Hause über die Notwendigkeit von Entbürokratisierung und Aufgabenkritik etwas sagen würde. Wir haben es nicht zuletzt gestern alle gehört.

Und für uns gehört dazu, und auch das war Gegenstand der Diskussionen in der Enquetekommission, dass wir in die Betrachtungen mit einbeziehen die Möglichkeiten, die die moderne Technik uns bietet. Dafür gibt es ein schönes englisches Stichwort, wie vieles in diesem Zusammenhang leider englisch: E-Government. Also, welche Möglichkeiten eröffnen sich dadurch? Was ist hier zu tun, um diese Möglichkeiten optimal für den Bürger und optimal für eine funktionierende Verwaltung zu nutzen?

Und ein Letztes, meine Damen und Herren, und das gehört logisch hier dazu, gehört aber logisch ans Ende: Wir wollen uns natürlich auch der Frage stellen, wenn wir eine solche umfassende Verwaltungsmodernisierung einschließlich einer Funktionalreform durchsetzen, was hat das letztlich für Auswirkungen auf die Struktur unserer Landesregierung, auf die Struktur unserer Ministerien. Auch hiermit werden wir uns auseinander setzen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben einen Aufgabenblock vor uns, der in einem der bestehenden Ausschüsse nicht zu bewältigen ist, weil wir einen der bestehenden Ausschüsse, das wäre ja konkret der Innenausschuss, mit dieser Frage blockieren würden. Er käme zu nichts anderem mehr. Deshalb erscheint uns die Bildung eines Sonderausschusses der richtige Weg, um uns mit diesem Themenkomplex auseinander zu setzen, und deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag einschließlich des Ergänzungsantrages, der die personelle Ausstattung, die nach unserer Auffassung notwendig ist, konkretisiert und es nicht bei der allgemeinen Formulierung belässt. Ich bitte Sie, beiden Anträgen zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Schubert. Bitte schön, Herr Schubert.

Bernd Schubert, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eigentlich alle das gleiche Ziel, aber eine unterschiedliche Vorgehensweise.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Das ist eigentlich das, was uns von Ihrem Antrag unterscheidet. Wir wollen keinen Sonderausschuss, wir wollen

das Bewährte, was wir gehabt haben – die Enquetekommission.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber das vorweg.

Für mich als neues Mitglied, meine Damen und Herren, ist es schon merkwürdig, dass wir so lange warten mussten, bis wir eine Regierungserklärung bekommen haben, trotz der Steuerausfälle in Höhe von 375 Millionen Euro, trotz eines Reformstaus, und dass wir die Probleme des Landes erst jetzt durch die Regierungserklärung versuchen wollten zu lösen. Das ist aber, glaube ich, nicht glücklich.

(Angelika Gramkow, PDS: Begeben Sie sich doch nicht auf das Glatteis! Machen Sie doch das nicht mit! Sie können das doch ganz anders.)

Aber kommen wir zurück zu dem eigentlichen Thema. Bemerkenswert ist hier vor allem, dass die von der Landesregierung vor dem Hintergrund einer schwierigen Haushaltslage initiierte Debatte über Kreisstrukturen nahezu zeitgleich mit der Installation von wiederum neun Ministerien erfolgte. Meine Damen und Herren von der Koalition, das wäre Ihre Chance gewesen, die Ernsthaftigkeit Ihrer Reformbestrebungen schon mit der Regierungsbildung unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Werte Abgeordnete, nach wochenlanger öffentlicher Diskussion erreicht die Debatte um die Verwaltungs- und Funktionalreform mit dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS sowie mit dem Antrag der Fraktion der CDU endlich den parlamentarischen Raum.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist ja eigentlich auch unsere erste richtige Sitzung.)

Um es vorwegzunehmen, für die gewaltige vor uns liegende Aufgabe einer umfassenden Funktionalreform und Verwaltungsmodernisierung sichert die Fraktion der CDU der Landesregierung tatkräftige Unterstützung im Interesse unseres Landes zu. Einigkeit besteht mit den regierungstragenden Fraktionen sicherlich auch darüber, dass vor dem Hintergrund der degressiv ausgestalteten Sonderprogramme des Bundes und der EU und des damit verbundenen finanziellen Handlungsdrucks sowie der demographischen Entwicklung in unserem Lande keine Zeit zu verlieren ist. Gerade aber um keine Zeit zu verlieren, brauchen wir von Anfang an Rechtssicherheit bei der Entwicklung neuer Verwaltungsstrukturen.

Meine Damen und Herren, fast auf den Tag genau vor sechs Monaten hatte dieses Hohe Haus dem Bericht der Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 3/2959, auf Antrag aller Fraktionen zugestimmt. Unstrittig ist, dass die 20 Mitglieder der Kommission – Abgeordnete des Landtages, Vertreter der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise und Wissenschaftler – eine hervorragende und für das weitere politische Handeln richtungsweisende Arbeit geleistet haben. Wir von der CDU-Fraktion stehen für Kontinuität der Ergebnisse dieser Enquetekommission. Wir von der CDU-Fraktion wollen, dass die Ergebnisse der Enquetekommission gesetzlich normiert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass Ergebnisse von zwei Jahren Arbeit in 47 Sitzungen den Stellenwert erhalten, den sie verdienen, und dass Rechtsklarheit und Rechtssicherheit auf unterer kommunaler Ebene einziehen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie wichtig dies ist, meine Damen und Herren, zeigt die jüngste Vergangenheit. Da erhielten Mitte des vergangenen Monats etliche Ämter im Lande Briefe aus Ihrem Haus, Herr Minister Timm. Mit – vorsichtig ausgedrückt – sanftem Druck

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

werden Vorstellungen Ihres Hauses zur Entwicklung der Verwaltungs- und Gemeindestrukturen durchaus im Sinne der Ergebnisse der Enquetekommission geäußert. Zeitgleich aber sorgen Ihre öffentlichen Äußerungen hinsichtlich einer Kreisgebietsreform für heillostes Durcheinander auf allen Ebenen. Ich weiß sehr genau, wovon ich spreche, Herr Minister, weil ich Amtsvorsteher in einem solchen Amt bin.

Kollegen mutmaßen, dass bei den gewaltigen Kreiszuschnitten Ihrer 4-Kreis-Vision Empfehlungen der Enquetekommission zu Regel- und Mindesteinwohnerzahlen Makulatur sind. Gespräche zu freiwilligen Verwaltungszusammenschlüssen werden mit Blick auf künftige Kreiszuschnitte ausgesetzt. Derzeit haben die Landkreise in Vorpommern mindestens 5 und höchstens 14 Ämter zu betreuen. Ein Großkreis Vorpommern hätte 37 Ämter im Rahmen der Rechtsaufsicht zu betreuen. Daraus resultieren die nachvollziehbaren Befürchtungen der Ämter, dass größere Kreisstrukturen auch eine Reduzierung der Amtsverwaltungen nach sich ziehen werden, das heißt, dass Ämter mit Einwohnerzahlen von 20.000 bis 30.000 Einwohnern statt 6.000 bis 8.000 Einwohnern die Regel werden könnten. Die Bildung derartiger Großämter wird sogar vom Landrat von Nordwestmecklenburg seinen Ämtern bereits vorgeschlagen!

Selbst an höchster Stelle in Ihrem Hause, Herr Minister Timm, scheint die erst ein halbes Jahr alte Entschließung zum Bericht der Enquetekommission nicht mehr hoch im Kurs zu stehen. Originalton Staatssekretär Bosch am Mittwoch letzter Woche bei der zweiten Sitzung des Innenausschusses: Nach Beendigung der Freiwilligkeitsphase im Dezember 2004 werden wir auch Zwangsfusionen von Gemeinden nicht ausschließen können. Und das, obwohl die Freiwilligkeit von Gebietszusammenschlüssen bei Gemeinden nach dem Willen aller Fraktionen dieses Hohen Hauses Konsens war!

(Dr. Armin Jäger, CDU: So war das. – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Werte Abgeordnete, um in dieser Situation Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen, fordern wir daher die Landesregierung auf, bis zum 31.01.2003 einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Beschlüsse der Enquetekommission festschreibt. Der Eilbedarf für den Gesetzentwurf ergibt sich daraus, dass die Freiwilligkeitsphase der Gemeinde- beziehungsweise Verwaltungsfusionen am 31.12.2004 endet.

Der Artikel 216 der Koalitionsvereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 4. Legislaturperiode des Landes von Mecklenburg-Vorpommern lautet: „Die Landesregierung wird die Ergebnisse der Enquetekommission ... umsetzen und dazu beitragen, leistungsfähige

Gemeinde- und Ämterstrukturen zu schaffen.“ Ich gehe daher davon aus, dass die Koalition entsprechend Artikel 216 handeln wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hauptkritikpunkt der CDU an den offensichtlich unabgestimmten und im Wesentlichen in den Medien ausgetragenen Vorstellungen des Innenministers zur Vision von vier Regionalkreisen und der Abschaffung von fast 100 Landesbehörden war und ist, dass bis heute kein konkretes Handlungskonzept der Regierung vorliegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zwangsläufig liegt der Schwerpunkt der bisherigen Debatte bei möglichen künftigen Strukturen. Voraussetzung für jede Verwaltungsstrukturreform ist jedoch eine umfassende Aufgabenkritik. Die bisherige Diskussion wird daher erst dann vom Kopf auf die Füße gestellt, wenn definiert ist, welche Aufgaben das Land überhaupt noch wahrnehmen soll, wie die Verfahrensabläufe vereinfacht und überflüssige Standards abgebaut werden können. Erst dann ist darüber zu diskutieren, von welcher Verwaltungsebene die Aufgaben sinnvoll, effektiv und effizient wahrgenommen werden sollen.

Meine Damen und Herren, die letzte generelle Neuordnung der Landkreisebene liegt nicht einmal zehn Jahre zurück. Gemäß Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 72 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern ist ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Landkreise nur aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich. Allein die Tatsache, dass sich die Landkreise und kreisfreien Städte unverschuldet in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, rechtfertigt diesen Eingriff nicht. Eine solche Diskussion würde vom eigentlichen Problem der mangelhaften Finanzausstattung der Kommunen ablenken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie selbst, Herr Minister Timm, haben dies anlässlich des Interviews am vergangenen Wochenende am Beispiel der Kosten für Sozialhilfe eindrucksvoll dargestellt, als Sie forderten, dass die Kommunen auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen seien.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann muss man auch etwas dafür tun.)

Die CDU-Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, ihre konkreten Vorstellungen zur weiteren Aufgabenverlagerung von der Landes- auf die Kreisebene und von der Kreisebene auf die Ämter- und Gemeindeebene bekannt zu geben und die sich aus Gründen des Gemeinwohls ergebende Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform zu belegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt eine große Aufgabe. Sie wird diese Legislaturperiode maßgeblich bestimmen. Anders jedoch als im gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und PDS, die für die umfangreiche Aufgabenstellung die Einsetzung eines Sonderausschusses gemäß Paragraph 9 Absatz 3 und Paragraph 29 der Geschäftsordnung des Landtages vorsehen, steht die CDU auch hier für die Kontinuität der Ergebnisse der Enquetekommission. Wir von der CDU-Fraktion des Landtages folgen der Empfehlung des Landtages unter Punkt 4 des gemeinsamen Antrages zur Entschließung zum Bericht der Enquetekommission wörtlich. Wir tun

dies, weil wir wollen, dass außerparlamentarischer Sachverstand von Vertretern der kommunalen Spitzenverbände mit Stimmrecht, ich betone, mit Stimmrecht, sozusagen auf Augenhöhe, die wichtigen Zukunftsentscheidungen dieses Landes mitbestimmt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein Sonderausschuss sieht demgegenüber nur die Anhörung außerparlamentarischer Beteiligter vor. Wir tun dies jedoch auch zur Erhöhung der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. Während zum Beispiel die Finanzausstattung der Fraktionen mit Sach- und Personalmitteln bei einem Sonderausschuss durch eine Richtlinie ausdrücklich nicht geregelt ist, handelt es sich bei der Einsetzung der Enquetekommission um ein geregeltes Verfahren. Mit dem Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Enquetekommissionen vom 9. Juli 2002 ist ein Höchstmaß an Rechtssicherheit erlangt.

Werte Abgeordnete, wenn es der CDU-Fraktion also vor allem um die Fortführung der Arbeiten zur Funktionalreform mit stimmberechtigten Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geht, dann vor allem deshalb, weil das Gelingen der großen Aufgabe maßgeblich davon abhängt, wie es uns gelingt, Einvernehmen zu erzeugen. Hier, meine Damen und Herren, geht es eben vorwiegend um kommunale Angelegenheiten. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, werden sich die Frage gefallen lassen müssen, warum Sie ausgerechnet dieses kommunale Element ohne Stimmrecht in die zweite Liga verbannen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, so ist es.)

Herr Müller, Sie haben in Ihrem Vorwort zur Dokumentation über die Arbeit der Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ geschrieben: „Die Arbeit der Enquetekommission war geprägt durch eine kollegiale und solidarische Atmosphäre.“

(Heinz Müller, SPD: Stimmt!)

„Das gemeinsame Bemühen um Lösungen für zukunftsfähige kommunale Strukturen und ein möglichst bürgernahes Verwaltungshandeln unter den Bedingungen des Flächenlandes Mecklenburg-Vorpommern stand stets im Mittelpunkt der Beratungen.“

(Heinz Müller, SPD: So war es.)

Dann kann ich natürlich nicht verstehen, dass Sie jetzt den Sonderausschuss wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Genau dies ist auch der neuen Enquetekommission zu wünschen, was Sie dort gesagt haben. Ich würde mir wünschen, dass durch die Überweisung beider Anträge in die Ausschüsse ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen auf Einsetzung einer Enquetekommission zur Fortführung der Arbeit an der Funktionalreform zustande kommt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe

und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste in der Diskussion erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schulz von der Fraktion der PDS.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heute vorliegenden Anträge sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der CDU versuchen, eine Brücke zu schlagen zwischen der 3. und 4. Legislatur, und zwar, ganz allgemein ausgedrückt, beim Thema Verwaltungs- und Funktionalreform und der Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Brückenschlag ist wohl legitim, die Qualität der Brücken bleibt zu prüfen. Das heißt dann aber auch, die heutige Sitzung kann nicht ohne Bezug zur 85. Sitzung des Landtages der 3. Legislatur bleiben. Da ich an dieser Sitzung am 27. Juni 2002, die sich mit dem Bericht der Enquetekommission und einem entsprechenden Entschließungsantrag aller drei Fraktionen zu befassen hatte, nicht teilnehmen konnte, habe ich umso gründlicher das entsprechende Protokoll gelesen und konnte mir so manches Schmunzeln nicht verkneifen.

Verehrter Landtagskollege Herr Rehberg, beim Protokolllesen dachte ich mitunter, ich sitze in einem Film –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Tja!)

nicht etwa in einem falschen oder gar schlechten, nein, es war ein richtig guter Degen-Mantel-Film. Ich hatte Sie bildlich vor Augen, wie Sie sich von hinten, denn Sie wollten ja eigentlich gar nicht, wie Sie sich also von hinten an den lahmen Gaul Enquetekommission heranschlichen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und dann haben wir ihm Beine gemacht.)

Dann packten Sie den Schweif des Pferdes

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und gelangten per Salto mortale an die Zügel,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und dann haben wir ihm Beine gemacht.)

um dann schließlich den müden Klepper mit Müh und Not gemeinsam mit einem Förster – oder war es ein Jäger? – über die Ziellinie oder besser in ihren Stall zu schleppen.

(Beifall Renate Holznagel, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so war es.)

Das war richtig spannend, aber manchmal auch unheimlich.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lieber Kollege Rehberg, da Sie aber gleichzeitig in Ihrer Junirede, und das möchte ich hier auch deutlich sagen, mehrfach Bezug auf unser Sondervotum genommen haben – was weder gegen Sie noch gegen das Votum sprechen muss –, haben Sie mich wieder versöhnlich gestimmt. Ich werde deshalb den Vorspann zu diesem Film etwas leiser vortragen: Die Handlung ist frei erfunden und Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind rein zufällig.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, abgesehen von oppositionellem Beiwerk geht es heute zunächst um die förmliche

Frage: Sonderausschuss oder Gremium des Landtages, letztlich wohl gemeint – das hat mein Vorredner eben ja gesagt – Enquetekommission?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

Und dann sind das auch wieder zutiefst inhaltliche Fragen. Bisher ist es üblich, Themen mit weitreichendem Untersuchungsauftrag Enquetekommissionen zu übergeben, um auch eine breite direkte Mitwirkung von Wissenschaft und Praxis zu garantieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Meine Damen und Herren, gerade weil die anzu- packende Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform keine kurzfristig zu bewältigende Aufgabenstellung ist, scheint mir der Weg über eine Enquetekommission mit anschließendem Bericht und Empfehlungen sowohl den Erwartungshaltungen der Verwaltungspraxis als auch dem Handlungsdruck, der sich daraus ergibt, nicht mehr ganz gerecht zu werden.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Stellt sich die Frage, warum.

Über das Stadium reiner Informationsbeschaffungen sind wir bereits weit hinaus. Jetzt sind zunehmend aktives Handeln, konkrete Maßnahmen und Beschlüsse gefragt, nicht zuletzt deshalb, weil das Thema ja nun auch bereits breit in der Öffentlichkeit reflektiert wird. Aber, meine Damen und Herren, Enquetekommissionen sind nach ihrer Arbeitsweise und Zusammensetzung gerade keine vorbereitenden Beschlussorgane wie Ausschüsse oder auch Sonderausschüsse, sondern sie leisten für diese informationsbeschaffende Vorarbeiten und geben dem Landtag Empfehlungen. Ich glaube, dies allein reicht gegenwärtig nicht mehr ganz aus und das gesteht auch Ihr Antrag indirekt selbst ein.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihre Handlungsmuster wiederholen sich inzwischen und werden daher berechenbarer. Vor gut zwei Jahren wollten Sie die Einsetzung der Enquetekommission mit Ihrer Forderung blockieren, die Landesregierung sollte vorher ein Leitbild vorlegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar.)

Dazu kam es bekanntlich nicht. Die Enquetekommission wurde eingesetzt und die Opposition fühlte sich nach einigem Hickhack pudelwohl darin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil wir richtig arbeiten.)

Nun äußern Sie wieder Besorgnis – ich kann manche sogar teilen –, stellen Forderungen an die Landesregierung. Ich glaube aber, dass damit die eigentliche parlamentarische Arbeit vielleicht blockiert werden könnte. Nach meinen Erfahrungen aus den letzten zwei Jahren bin ich aber optimistisch, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, ich denke, wir werden im Sonderausschuss eine kritische, um Konstruktivität bemühte und vor Lösungsvorschlägen sprudelnde Opposition an unserer Seite vorfinden.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Für mich und meine Fraktion darf ich sagen: Wir möchten auf Ihr Sach- und Fachwissen nicht verzichten.

(Vincent Kokert, CDU: Wir schenken Ihnen auch etwas davon. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das machen wir aber auch nur einmal.)

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit meiner Kollegin Schmidt habe ich bekanntlich zu den mehrheitlich beschlossenen Empfehlungen ein Sondervotum abgegeben, welches im Bericht festgehalten ist. Die Kritikpunkte sind in Kurzform folgende:

1. die fehlenden abschließenden Untersuchungen zu den Beziehungen zwischen Struktur und Inhalt, also zwischen Funktionalreform und künftigen Ämter- und Gemeindestrukturen,
2. aus unserer Sicht nicht zwingende Argumente für die Festlegung von Regel- und Mindesteinwohnergrößen und
3. auch die Frage – unter den Bedingungen unseres dünn besiedelten Flächenlandes –, dass das Ausmaß notwendiger Ausnahmeregelungen vorgeschriebene Regelgrößen letztlich ad absurdum führen könnte.

Da nun aber ein Schwerpunkt unseres gemeinsamen Reformvorhabens die umfassende Funktionalreform sein wird, könnten unsere Bedenken zum Teil ausgeräumt werden.

Und auch hinsichtlich der von der PDS betonten strikten Freiwilligkeit ist für uns klar, dass eine Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform ohne Vorgaben von Zeiten und Zielen letztendlich zur Never-ending-Story mutieren müsste,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS
und Regine Lück, PDS)

wie im Parlament auch eben mein Vorredner bestimmt hatte. Die PDS-Fraktion wird dieses Reformvorhaben nicht lediglich mittragen, sondern aktiv mitgestalten und Akzente setzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch am Schluss?!)

Vier Anmerkungen dazu:

Erstens sind es auch die Geschäftsbereiche der einzelnen Ministerien, die im Zuge der Funktionalreform einer umfassenden Aufgabenkritik auf Landes- wie auf kommunaler Ebene unterworfen werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und die Ministerien selbst? – Wolfgang Riemann, CDU: Was ist mit den ganzen Ministerien?)

Für die PDS muss am Ende dieses Prozesses selbstverständlich eine Organisationsstraffung und strukturelle Verschlinkung der Regierungsebene stehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Holter ist Arbeits- und Wirtschaftsminister. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist übrigens im Koalitionsvertrag unter Punkt 220 ausdrücklich durch beide Partner dokumentiert.

Zweitens müssen Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform einen spürbaren Kompetenzgewinn für die kommunale Ebene, also unsere Städte und Gemeinden, mit sich bringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und der Landkreise.)

Das muss zur Belebung und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung führen. Hierfür reicht es nicht aus, ein neues Namensschild als Eingang zur gesamten öffentlichen Verwaltung an alte Türen zu nageln.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Da sind wir uns einig.)

Drittens wird es der PDS nicht genügen, die Zweckmäßigkeit neuer Strukturen lediglich zu vermuten oder zu erhoffen. Hier sind in der Arbeit des künftigen Sonderausschusses Fragen zu stellen und zu beantworten. Dabei ist uns wichtig, dass

- a) Diskussionen nicht über Medienöffentlichkeit geführt werden, denn das führt sonst letztendlich zur Verunsicherung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, sagen Sie das mal Ihrem Innenminister!)

- b) nicht administrative Aspekte im Vordergrund stehen dürfen, da es hier um kommunale Selbstverwaltung geht und die können wir, denke ich, nur stärken,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sagen Sie das Ihrem Innenminister auch mal!)

- c) ein 4-Regionen-Modell für Landkreise vielleicht Orientierung sein kann, es darf uns aber nicht als Dogma vorkommen. Es könnte uns den Weg für etwaige weitere Überlegungen verbauen.

Viertens. Die PDS unterliegt mitunter anzutreffender Einspareuphorie nicht. Kurz- und mittelfristig verursachen Verwaltungsreformen eher Kosten

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es! Sehr richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

und langfristig regiert häufig das Prinzip Hoffnung. Aber, meine Damen und Herren, im Rahmen der anstehenden Reformen werden sich die Finanzdebatten zunehmend auch als Personalfragen entpuppen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Für uns wird daher Personalentwicklung einer der Reformschwerpunkte sein, das heißt, es geht uns um die Einbeziehung der Beschäftigten, damit Verwaltungsmodernisierung als Chance und nicht als Existenzbedrohung angenommen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und es geht um die gesetzliche Definition des Reformsatzes „Personal folgt Aufgaben“ sowie um gemeinsames Personalentwicklungsmanagement von Land und Kommunen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns im Landtag und im Sonderausschuss zügig Reformziele, Rahmenbedingungen benennen, Reformpotenzen und Grenzen definieren und sinnvollere Reformschritte bemessen! Lassen Sie uns beginnen, in der Sache das Reformvorhaben parteiübergreifend konstruktiv zu unterstützen und nicht über Formalien zu streiten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler und Minister Dr. Gottfried Timm)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schulz.

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Jäger für die Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Jäger, einen kleinen Moment.

Können wir bitte ein bisschen Ruhe auf der Regierungsbank haben?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich denke, der Herr Minister teilt seinen Kollegen gerade mit, was er uns beim Städte- und Gemeindetag versucht hat zu übermitteln. Herr Minister, da brauchen Sie länger. Da gehen Sie am besten raus. Das dauert dann doch ein bisschen.

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schulz hat eben sehr deutlich ein Jein gesagt zur kommunalen Reform und das ist nicht neu.

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie das Ja gehört. Aber das wollen Sie ja gar nicht hören.)

Das war am Ende der letzten Runde auch so in der dritten Wahlperiode, um da bei dem Beispiel zu bleiben, das wir hier gehört haben, das sehr nett war mit dem Pferd, so von hinten aufgezümt und so weiter. Da war es so, da haben Sie vorne gezerzt und als wir dann gesagt haben, na gut, dann gehen wir mit in die Richtung, nun machen wir mal was, kam dieses tatkräftige Jein. Das war Dissenting Vote, wie Sie so nett sagten, und so wollen wir nicht wieder enden.

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Das Zweite ist, Sie haben gesagt, die Enquetekommission kann ja nur Empfehlungen ...

Nein, sie hat das ja gut gemacht. Wir haben alle begeistert geguckt, wie auf einmal die Revolte da stattgefunden hat, und das kurz vor der Wahl – beeindruckend.

Das Zweite, was Sie gesagt haben, finde ich auch sehr beeindruckend. Sie haben gesagt, diese Enquetekommission kann ja nur Empfehlungen geben. Ein Sonderausschuss kann auch nur Empfehlungen geben, beschließen tun wir hier im Plenum.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was wir anders haben wollen, und da möchte ich doch mal den Schwerpunkt setzen, wir sind dafür, dass Beratungen auf gleicher Augenhöhe stattfinden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Jawohl.)

und das können sie nur in einer Enquetekommission. Und da können Sie drum herumreden, so viel, wie Sie wollen, so ist das.

Und zu Ihrem Änderungsantrag: Der hat mich überhaupt nicht überrascht, denn der ursprüngliche Antrag wäre gar nicht verfassungsgemäß gewesen. Nun versuchen Sie, ihn verfassungsgemäß zu machen, aber da tun Sie etwas, was uns allen so ein bisschen den Schauer über den Rücken jagt. Wenn ich mal sehe, Sie wollen sieben Stellen im höheren Dienst, das sind schlappe 350.000 Euro. Haben wir das über? Haben wir das wirklich über, was Sie hier wollen? Oder wer soll hier eigentlich versorgt werden? Meine Damen und Herren, darüber hätte ich mal gerne eine Auskunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Genau! – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Ja, ja, wir werden das sehen. Wir gucken uns das sehr genau an.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Der Ministerpräsident hat ja gestern schon – wir haben ja jetzt mittlerweile einen Vormund für das Parlament – gesagt, wir machen einen Sonderausschuss, obwohl wir heute erst darüber beraten. Ich finde das alles ganz niedrig. Ob wir einen Sonderausschuss machen, werden Sie entscheiden. Die Mehrheit wird entscheiden. Ich stelle nur fest: Wir werden uns sehr genau ansehen, was Sie mit diesen Stellen, die Sie sich selber bewilligen, dann machen.

Und, meine Damen und Herren, von wegen Personalentwicklung und das Personal bei den Kommunen mitnehmen, Frau Kollegin Schulz. Jetzt wollen wir doch mal ganz ehrlich sein. Wenn der Innenminister sich mit seiner Idee durchsetzen würde, dann werden Sie doch nur vier Landkreise überbehalten von den derzeitigen zwölf. Wo soll denn das Personal bleiben? Also bleiben Sie ehrlich!

Wenn wir Behörden zusammenschließen, wenn wir die kommunale Struktur der Landkreise eliminieren, und das tun Sie damit,

(Gabriele Schulz, PDS: Gerade deshalb habe ich das benannt.)

und damit auch ein Stück kommunaler Selbstverwaltung, dann landen wir auch praktisch bei der Frage: Was macht man mit Leuten, die dann nicht mehr gebraucht werden? Sie werden das nicht so machen können wie bei den britischen Eisenbahnen. – Ich bin begeisterter Hobbyeisenbahner, Sie dürfen mich darauf festnageln. – Die haben die Dampfloks abgeschafft, aber da ist noch jahrzehntelang ein Heizer mitgefahren auf der E-Lok, weil die Gewerkschaften das gewollt haben.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das kriegen Sie bei uns im Lande aber nicht hin, da wird Frau Keler Ihnen schon sagen, wo es langgeht, und da wird sie sogar unsere Unterstützung finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ja, meine Damen und Herren, wo stehen wir denn eigentlich wirklich? Wir stehen vor der Frage, sind wir bereit, das, was die Enquetekommission als Empfehlung vorgelegt hat, was dieser letzte Landtag der dritten Wahlperiode – und einige von uns sind ja noch dabei – einstimmig empfohlen hat, weiterzuentwickeln. Wir wollten dort weitermachen, wo wir aus Zeitgründen nicht weitermachen konnten. Das hätten wir gerne und das wollen Sie ganz offenbar nicht. Sie wollen den Innenausschuss entmachten, indem Sie einen Sonderausschuss einrichten, und Sie wollen keine Enquetekommission, weil Sie die Damen und Herren der kommunalen Landesverbände nicht mit Stimmrecht dabei haben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Genau. – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

So, meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen mal meine Vermutung schildern, warum Sie das wollen. Das

hat was damit zu tun, wie sich die kommunalen Landesverbände bisher geäußert haben. Da gab es eine Sitzung des Landesausschusses des Städte- und Gemeindetages und dort hat uns der Vorstand einen davor gefassten Entschließungsantrag – ich bin selbst Mitglied – vorgetragen. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Darüber kann man jetzt streiten, ob wir da auch hätten beschließen sollen als Landesausschuss oder nicht, das will ich gar nicht bewerten. Fest steht jedenfalls, das konnte Ihnen nicht gefallen. Da gibt es nämlich einen Punkt 8 in diesem Beschluss und da steht etwas drin, was Sie hassen wie die Pest, nämlich die Frage: Wie stellt sich eigentlich die Landesregierung mit ihrer Verantwortung zur Kosteneinsparung? Sie hatten gerade, es ist wenige Wochen her, die Gelegenheit, mit der Kosteneinsparung – die Landesregierung jedenfalls, der Herr Ministerpräsident ist nicht da, aber der Innenminister wird es ihm mitteilen – zu beginnen. Sie konnten nämlich Ihre Ressorts reduzieren.

Und jetzt rede ich mal als kommunaler Praktiker. Unsere Arbeit draußen vor Ort wird im Wesentlichen noch nicht einmal dadurch bestimmt, wie viel Minister es gibt, aber doch davon, wie viele Referate und Abteilungen es insgesamt in der Landesregierung gibt. Denn wir, die kommunalen Gebietskörperschaften, ob die Gemeinde- oder die Kreisstufe, haben draußen umzusetzen, was dort so alles ersonnen und an uns heruntergegeben wird. Und deswegen geht eine Verwaltungs- und Strukturreform, eine Strukturreform der Verwaltung nur, indem man oben anfängt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

feststellt, was brauchen wir dort.

Ich gehöre zu den begünstigten Personen, die etwas mehr über die Vorstellungen des Innenministers zur Kenntnis nehmen durften als andere, die nur Zeitung lesen durften. Wir haben im Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages einen relativ inhaltslosen, aber immerhin längeren Vortrag des Innenministers gehört. Und da kam er mit seinen vier Regionalkreisen.

Übrigens, Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie heute Morgen bei der Debatte über den Föderalismus dabei waren. Da haben einige der Kollegen – meines Erachtens zu Recht – darauf hingewiesen, was Regionen sind. Das ist ein Begriff aus der Europäischen Union und dient dem Schutz der Länder – das war hier übrigens auch noch mal deutlich gesagt worden –, wenn wir uns als Landesparlamentarier mit eigener Bedeutung, nämlich die Länderparlamente, verstehen. Das sind die Regionen. Was Sie da von Regionalkreisen reden, das hat mit dieser Diskussion nichts zu tun und die haben Sie bis heute nicht definiert.

Aber zu den vier, die Sie behalten wollen, habe ich etwas dazugelernt. Die vier, haben Sie gesagt, und das hat Logik, müssen deswegen sein, weil wir auf der Ebene der unteren Verwaltungsbehörden sind und von denen wollen wir möglichst viele – da bin ich sofort dabei, das nennt man Einräumigkeit der Verwaltung – in die Kreisverwaltung einbeziehen oder in die kreisfreien Städte, aber halt, die wollen Sie ja abschaffen, also nur auf die Kreisebene. Das wollen Sie machen und da sagen Sie vier. Vier müssen deswegen sein, weil dieser Landtag die Landesverfassung geändert hat, das Konnexitätsprinzip eingeführt hat. Die Landesregierung muss den Kommunen die Kosten erstatten von Aufgaben, die sie überträgt.

Wenn sie jetzt vier Landesbehörden haben, ich nehme jetzt mal die Aufgaben der Landesplanungsbehörde, die ist bei uns eine staatliche Behörde. Diese Behörde übertragen Sie jetzt auf Kreise. Wenn Sie das auf zwölf Kreise übertragen, brauchen Sie mehr Personal als nur für vier. So einfach ist das. Nur, Herr Minister, da merkt man, dass Sie nicht zu Ende denken können. Warum haben Sie eigentlich nicht begonnen zu fragen: Welche Aufgaben müssen wir als Staat überhaupt nicht mehr wahrnehmen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Da liegt der Schlüssel,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja,
genau da liegt der Schlüssel!)

welche Rechtsnormen zum Beispiel, ob gesetzlicher oder untergesetzlicher Art, oder diese Vielzahl von Erlassen. Wenn ich Ihre Erlassfolge in den letzten eineinhalb Jahren, ich glaube, zum Paragraphen 57 c – das ist die Frage der Veräußerung von Gemeindevermögen – ansehe, wie Sie die dauernd geändert haben, wir sind ja mit dem Nachheften gar nicht mehr nachgekommen,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

dann kann ich nur sagen: Da fangen Sie bitte an! Prüfen Sie mal, was verzichtbar ist!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da hat uns doch auch der Herr Ministerpräsident wirklich Mutvolles mitgegeben und hat gesagt, man muss auch mal überlegen, was man sich noch leisten kann. Fangen Sie mal mit Ihrer Vorschriftenflut an, die können wir uns bestimmt nicht mehr leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn wir an diesem Punkt gemeinsam wären, dann könnten wir darüber nachdenken, welche Ebene ist jetzt die richtige unterhalb der Landesebene, die diese Aufgaben, die wir nach unten geben wollen, die erheblich reduziert werden müssen, überhaupt noch erfüllt. Und da ist Ihr Viersprung einfach zu kurz gedacht.

Schauen Sie sich doch mal die Größe dieser Landkreise an! Die sind keine Landkreise mehr, sondern das sind Regierungspräsidien mit anderem Namen. Es ist ja auch sehr interessant, dass man von Ihnen nicht hört, wie denn eigentlich später mal die Amtsinhaber in dieses Amt hineinkommen sollen. Wollen Sie die bestimmen? Wollen Sie die würfeln oder sollen die gewählt werden? Sollen die noch direkt gewählt werden? Alles das ist nicht ausgedacht und das ist ein Vorwurf, den darf ich Ihnen nicht ersparen. Sie reden hier mutwillig über das Engagement von ehrenamtlichen Mitgliedern in kommunalen Gebietskörperschaften, unseren Kollegen in den Kreistagen und den kreisfreien Städten, und Sie machen sich keinen Kopf darüber, was Sie alles zerstören, indem Sie aus über 600 Mandaten nur noch 200 überbehalten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn Sie werden ja wohl keine Kreistage haben wollen, die größer sind als dieser Landtag. Ansonsten können Sie sich ja auch noch überlegen, so ein Landtag ist auch etwas Teures, Herr Minister, ob man sich den noch leisten kann.

Ich sehe, Sie haben das alles noch nicht bedacht und deswegen ist unser erster Ansatz, bitte schön, sagen Sie uns, was Sie eigentlich so an Material haben, was aus-

reicht, um dem Verfassungsgrundsatz Genüge zu tun. Öffentliches Interesse, das zwingend die Eliminierung von zwölf Gebietskörperschaften auf Kreisebene fordert, nichts anderes ist Ihre Revision, oder wie ich das auch immer bezeichnen mag, sind Ihre vier so genannten Regionalkreise.

Meine Damen und Herren! Wir müssen über Kreisreformen reden.

(Frank Ronald Lohse, SPD:
Reine Bedenkenträgerei.)

Nein, nein.

Wir können auch auf drei gehen, die kennen viele noch gut, aber ich weiß nicht, ob das so gut war.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jedenfalls hatte das mit kommunaler Selbstverwaltung nichts zu tun. Vielen Dank für den Hinweis, aber da bin ich Herrn Timm ja dankbar, dass er schon in vieren denkt, das ist ja eins weniger als der Daumen, das ist ja schon eine Leistung. Vielen Dank!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ja, meine Damen und Herren, aber ganz ernsthaft. Mir ist das wirklich ziemlich ernst. Ich möchte darüber nicht witzeln.

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Hat jemand darüber nachgedacht, ob das überhaupt einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhält, wenn jemand zählt, wir haben vier Landesbehörden und deswegen können wir nur vier Kreise vertragen. Das ist sicherlich nicht das öffentliche Wohl, das das gebietet, sicher nicht, denn dann wäre es Ihnen zu einfach. Sie sollten nicht nur einfache, sondern auch gute Lösungen suchen.

Meine Damen und Herren! Es wird noch vieles darüber gesagt werden müssen.

(Heike Polzin, SPD: Dafür ist der Rechtsausschuss da. Das brauchen wir nicht zu machen.)

Was ich mir sehr wünsche, ist, dass wir – und das ist das, was wir gemeinsam mal geschafft haben bis in die letzte Sitzung, Herr Kollege Müller, vor dem Ende des früheren Landtages – eine Einigkeit hinkriegen. Und, Frau Schulz, da widerspreche ich Ihnen, wir waren nicht widerwillig zu arbeiten. Wir haben das Zustandekommen nicht für gut befunden. Wir haben es nicht für gut befunden, dass in Sachen Funktionalreform von der Landesregierung nahezu nichts, aber auch nahezu nichts kam bis in die Schlussphase. Da muss ich den Umweltminister – er ist nicht da – richtig loben. Wir waren ja fast an einem Punkt, wo wir gesagt haben, prima, jetzt machen wir es. Und daran sind wir nur gescheitert, weil irgendjemand Angst hatte – Herr Friese, Sie wissen noch, wie im Innenausschuss Akten zur Seite gelegt wurden –, uns Kommunalen nicht traute, dass man uns eine Aufgabe, nämlich die Widerspruchsentscheidung, gibt und nicht gleich ins Gesetz schreibt, wenn wir das nicht mehr gut finden, dann nehmen wir sie wieder zurück. Es gab einige von uns, die hatten da erhebliche Bedenken, und daran ist es gescheitert.

Wir wissen, dass die Landesregierung uns das auch nicht geben wird, denn Sie entsinnen sich an die Beratungen zum Katastergesetz. Das werde ich nie vergessen.

Ich werde nie vergessen, wie wir den großen Wurf haben wollten und gesagt haben, wir prüfen mal das, was der Staat und die Kommunen noch machen müssen. Lieber Herr Innenminister, das wollten wir. Und was kam dabei heraus? Der Innenminister hat gemauert, weil seine Fachbruderschaft gesagt hat, wir müssen aber selber messen, das geht nicht anders. Wissen Sie noch, Herr Friese, wie das war? Ich fand es traurig.

(Siegfried Friese, SPD: Es war etwas anders, als Sie es darstellen.)

Das wäre zum Beispiel ein Beitrag zu einer Verwaltungsreform gewesen.

(Siegfried Friese, SPD: Aber es war schon ein schwieriges Thema.)

Es war so, ja.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich knüpfe noch mal an das an, was wir hatten, nämlich eine prima Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden. Ich wage zu behaupten, wir wären nie so weit gekommen, wenn wir nicht diesen Moderator gehabt hätten, den beide Verbände in dieser Arbeit dargestellt hatten. Immerhin hatte in dem einen einer der Landräte sogar den Vorsitz. Es war also überhaupt kein Problem, sondern es war eine Hilfe, dass wir diese Kraft dabei hatten. Dann aber bitte auf gleicher Augenhöhe, weil das mache ich nicht mit, dass wir darüber reden, was mit den Kommunen geschehen soll, dass wir sagen, schnallt mal den Gürtel enger, bei uns aber nicht, und sie dürfen dann irgendwo als Sachverständige in der Anhörung so ihre Meinung als Bittsteller sagen. Das ist ein falsches Verhältnis zur kommunalen Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und weil das alles so ist und weil mir die Sache zu wichtig ist, als dass wir uns jetzt im Endergebnis wegen des Beginns so streiten, habe ich eine ganz herzliche Bitte: Ich bitte Sie, auch wenn Sie möglicherweise irgendwo festgelegt sind, bitte überlegen Sie noch mal, ob wir nicht die beiden Anträge, die ja inhaltlich so viel gemeinsam haben – und wir haben darüber gesprochen –, wir haben so viel inhaltlich gemeinsam, lassen Sie uns beide Anträge in die beiden Ausschüsse, die dafür vorgesehen sind, nämlich in den Innenausschuss und in den Finanzausschuss, überweisen. Ich verspreche Ihnen mit meiner eigenen Person und für meine Fraktion, wir werden alles dafür tun, damit wir ein vernünftiges Gremium, das heißt für mich – heutiger Stand – eine Enquetekommission mit gleichberechtigter Teilnahme der kommunalen Landesverbände, hinkriegen. Ich bitte Sie herzlich, das noch einmal zu überlegen. Wir tun unserem Land keinen Gefallen, wenn wir an diesem Punkte rechthaberisch sind und nur Mehrheiten durchsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Als Nächster erhält das Wort der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 1990, Neugründungsjahr des Landes Mecklenburg-Vorpommern,

wurde die Verwaltung des Landes aufgebaut unter der Führung der CDU und tätiger Mithilfe der F.D.P.

(Dr. Armin Jäger, CDU: War 'ne gute Auswahl.)

Wir hätten es gerne gemacht, aber die F.D.P. hat das an Ihrer Seite mit zu verantworten. Was wir jetzt zu reformieren haben, ist teilweise schon zehn Jahre alt und Sie selber als damalige Regierungsfraktion – Herr Rehberg weiß es vielleicht am besten – muss es verantworten, was wir heute an Defiziten bei der Verwaltung feststellen.

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Klaus Mohr, SPD)

Das gilt für die Ämterstruktur auf gemeindlicher Ebene, da haben Sie mich ja sogar aufgefordert, Herr Dr. Jäger, schneller zu handeln. Ich könne ja, weil ich die Verordnungsermächtigung habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Ich tute es so schnell, wie ich kann, nur wir reden jetzt erst einmal darüber, in welchen kurzen Zeiträumen, und zwar unter den Forderungen von Ihnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schreiben Briefe.)

Verwaltungsreformen durchgeführt werden müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, auf geht 's!)

Wir sollen die Landesverwaltung reformieren, oberste Behörden, obere Behörden, untere Behörden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie sind teilweise keine zehn Jahre alt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und?)

Eine Schulreform war notwendig, eine Gerichtsstrukturreform war notwendig, eine Hochschulreform – in weniger als zehn Jahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich. Das ist so im Leben.)

Ich sage Ihnen, auch eine Kreisgebietsreform ist notwendig. Ich schließe mich Ihren Ausführungen von vorhin ausdrücklich an.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Nur wenn wir sagen, wir wollen eine umfassende, auf die Zukunft dieses Landes ausgerichtete Verwaltungsstruktur haben, dann bitte über alle Ebenen hinweg

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und dann bitte kein Tabu auch bei den Kreisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, natürlich nicht.)

Mir persönlich tut es Leid, dass wir jetzt mit den Mitarbeitern – das sage ich ausdrücklich – diesen Weg gehen müssen. Es wäre nicht notwendig gewesen, wenn man richtigerweise 1990 langfristige Linien für dieses Land ins Auge gefasst hätte.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Ha, ha, ha, Herr Timm! Herr Timm, Sie saßen doch mit im Ausschuss. Ist da so ein Vorschlag von Ihnen gekommen? Da ging es von Seiten der SPD und PDS nur um die Kreisfreiheit.)

Herr Dr. Jäger, sonst wären nicht schon in der 2. Legislaturperiode unter emsiger Mitwirkung und Federführung des damaligen Chefs der Staatskanzlei, Herrn Thomas de Maizière, diese Dinge notwendig gewesen. Herr Rehberg ist gestern darauf eingegangen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der heutige Ministerpräsident hat es verhindert.)

Nun wollen wir es umfassend angehen und ich glaube, bei aller parteipolitischen Aufgeregtheit geht es tatsächlich nicht anders als mit einem umfassenden Ansatz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, okay. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Legen Sie uns den mal vor, Herr Timm! –
Wolfgang Riemann, CDU: Ich bitte darum.)

Man muss sich dann natürlich die Frage stellen, die stellen Sie ja jetzt immerzu: Wo fängt man an? Oben?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, immer oben.)

Sagen Sie. Oder bei den Aufgaben? Oder unten? Unten läuft es ja ganz gut mit den Ämtern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und bei den Aufgaben.)

Da bin ich ganz zufrieden, dass auf kommunaler Ebene die Einsicht in diesen Weg viel weiter vorhanden ist, als manch einer hier vermutet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, das waren wir.)

Das waren Sie.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Daran haben Sie sich nun wahrlich nicht beteiligt, Herr Dr. Timm.)

Gut, wo fängt man an, die Frage ist berechtigt. Wenn wir uns nur darüber zu streiten hätten, dann wäre ich ganz froh. Nun wollen wir die Frage, wo fängt man an, zurückstellen und fragen: Wo wollen wir hin? Was sind die Ziele?

1. weniger Bürokratie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und zwar für den Bürger und für die Wirtschaft dieses Landes,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

2. mehr Bürgernähe für den Bürger,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Auch richtig, auch richtig.)

für die Wirtschaft dieses Landes,

3. mehr Leistung in der Verwaltung mit den Beschäftigten. Dazu zählt auch das Thema Personalentwicklung, damit überhaupt leistungsfördernde Strukturen – und das ist eine Aufgabe der Politik, Herr Jäger – möglich sind in diesem Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

4. Ein ganz zentrales Thema für die Zukunft ist das Thema elektronische Verwaltung – neudeutsch, E-Government. Da ist sehr viel mehr möglich, als man bisher in diesem Lande sieht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Beim Thema Verwaltungsreform ist ein zentraler Aspekt die Funktionalreform. Da greife ich das auf, was die Enquetekommission sehr umfangreich erarbeitet hat. Welche Aufgabe, die bei der Verwaltung bleiben muss – davor steht die Aufgabenkritik –, gehört auf welche Ebene? Und da ist ein wesentliches Kriterium die Subsidiarität, also möglichst weit unten, bürgernah. Und da meine ich nun, und das erlaube ich mir an dieser Stelle zu wiederholen, wir dürfen die Ebene der Region nicht ausblenden, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich weiß nur nicht, was Sie mit Regionen meinen.)

Und dann muss man ganz nüchtern fragen: Auf welcher Ebene, die wir im Lande haben, auch dann, wenn eine Region keine Selbstverwaltungsebene ist, ist derzeit welche Aufgabe effizient und effektiv wahrnehmbar? Wenn wir uns alle miteinander auf diese Frage einlassen, bin ich sehr froh, denn dann können wir auf einer sachlichen Ebene zu sinnvollen Ergebnissen kommen.

Aber ich habe das Gefühl, und deswegen will ich darauf noch ein bisschen eingehen, dass ein parteipolitischer Streit heraufziehen könnte so nach dem Motto, die Regierung will dies eine, aber die Opposition will etwas ganz anderes.

Nein, Sie schütteln den Kopf, deswegen will ich gerne noch mal auf einige Dinge hinweisen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die möglicherweise bekannt sind:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Erstens. Dr. Berndt Seite, viele Jahre Ministerpräsident des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: War ziemlich gut.)

War ziemlich gut, sagen Sie, Herr Dr. Jäger.

... hat im Oktober des Jahres 2002 unter der Überschrift „Wohin, Mecklenburg-Vorpommern?“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

einen richtungsweisenden Artikel in der Zeitung „Die Welt“ verfasst,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich hatte ja gesagt, war.)

der sich zur Lektüre anbietet. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen den kopieren.

(Heiterkeit bei Martin Brick, CDU, und
Vincent Kokert, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich habe ihn gelesen.)

Zweitens. Herr Oberbürgermeister a. D. von der Wense,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Oberbürgermeister in Greifswald, hat – im Dezember 2001, glaube ich, oder war es eher? – in der Planungsregion Vorpommern einen Vortrag zu seiner Vorstellung gehalten, die dann auch in der Enquetekommission erörtert wurde,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der
war acht Jahre alt, der Vortrag.)

vier Regionen wären in Mecklenburg-Vorpommern gut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der war alt, der Vortrag.)

Diesen Vortrag hat er in der Enquetekommission wiederholt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich habe in den Protokollen nachgelesen, Herr Dr. Jäger, ich will das hier nicht alles wiederholen, Sie haben das sehr befürwortet. Ich zitiere: „Zusammenfassend stellt er fest“, nämlich Sie, „dass er sehr gern der Vision von Herrn von der Wense folgen würde, jedoch“, das ist nun Ihre Meinung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, eben, das ist es doch.)

„in der Nüchternheit von Herrn Dr. Kühl“, wer auch immer Herr Dr. Kühl war, ein ehrenwerter Mann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wären Sie doch mal zu uns gekommen, dann hätten Sie unseren Wissenschaftler kennen gelernt!)

Sie sagten sogar weiterhin, dass man auf kreislicher Ebene ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da waren Sie aber nicht.)

Herr Dr. Jäger, nun lassen Sie mich doch mal zitieren! Was Sie Gutes gesagt haben, will ich hier nur wiederholen. Sie sagten, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist gar nicht nötig.
So viel können Sie gar nicht reden, so viel Zeit haben Sie gar nicht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

Ja, wenn Sie mir die Zeit lassen, gerne.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Sie sagten, dass „der Weg, den Herr von der Wense vorgeschlagen hat, im Ergebnis zu größeren Einheiten gehen müsse“, und Sie verweisen darauf, dass sich „aus den Untersuchungen der Arbeitsgruppe Funktionalreform herausstellen könne, dass man zwar bestimmte Aufgaben von der Landesebene auf die Kreisebene herabgeben könne, dies jedoch so selten vorkäme, dass sich das nicht nur für einen Landkreis lohne. Effektiver sei es,“ – ich setze fort – „wenn die Ebene, auf die verlagert werden solle, eine entsprechende Größenordnung aufweise.“ Und so weiter und so weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Ja, natürlich.)

Und dann legen Sie dar, warum das nicht in Zweckverbänden geht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Ja, ich kann Ihnen nur folgen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Und ich sage es an dieser Stelle nur deswegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie kommen Sie denn auf vier?)

damit nicht der falsche Eindruck entsteht, als hätten wir alle große Meinungsverschiedenheiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben wir ja. Sie sagen, vier. Und ich sage, auf größerer Ebene.)

Ich erinnere Sie an die Aussagen von vor wenigen Monaten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Drittens. Jetzt komme ich zu der Frage: Warum hat der Innenminister eigentlich vor wenigen Monaten dazu seine Meinung gesagt? Zum einen sage ich, es ist die Pflicht eines jeden Landespolitikers, egal ob Regierung oder Opposition, weiterführende Vorschläge zur Entbürokratisierung des Landes zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Prima.)

Und gestützt hat sich der Innenminister auf zwei Schreiben, auf das Schreiben des Städte- und Gemeindetages und auf das Schreiben des Landkreistages, die nach der Wahl nicht nur bei mir eingegangen sind, wie ich im Verteiler gesehen habe, sondern bei allen Fraktionen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

und bei mehreren Regierungsmitgliedern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die wollen einen besseren Finanzausgleich.)

Der Städte- und Gemeindetag schreibt, und zwar unter dem Datum des 18. September,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

das war noch vor der Wahl, dass er das Regionenmodell in Mecklenburg-Vorpommern befürworte und es solle zu einer Entscheidung geführt werden. Der Landkreistag schreibt etwas später, er will noch einmal wiederholen, das hat er schon mehrmals gesagt, dass eine umfassende Funktionalreform mit einer Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen bis speziell auf die Kreise notwendig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist uns alles nicht neu, das wussten wir schon vorher.)

Ja, und ich habe es zusammengefasst und auf den Punkt gebracht, Herr Dr. Jäger. Und ich sage es noch mal: Ich sehe es als unsere gemeinsame Pflicht an, Vorschläge zu machen, die die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterführen, und – ich wiederhole mich – das Ziel ist, und das haben Sie in der Enquetekommission Seite 76 und 78 beschlossen, das ist die Broschüre, die hier vorliegt, weniger Bürokratie, mehr Leistungsfähigkeit der Verwaltung, mehr Bürgernähe und vor allem Kosteneinsparung, und zwar auf allen Ebenen – Gemeinden, Kreise und Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn wir hier zu einer sachlichen Debatte in Parlament und Regierung kommen würden.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger meldet sich für eine Anfrage.)

Selbstverständlich hat die Regierung eine wichtige Aufgabe in dem Prozess, aber ich sage Ihnen, ich bin dafür, dass wir die politische Abstimmung sehr eng zwischen Parlament und Regierung gestalten. Was ich zur Kenntnis nehme, ist, dass die CDU versucht, in die kommunale Familie einen Keil zu treiben.

(Unruhe bei Bernd Schubert, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. – Kerstin Fiedler, CDU: So ein Quatsch!)

Viele CDU-Bürgermeister und sonstige Kommunalpolitiker sagen mir, dass sie etwas nicht mehr sagen dürfen,

was Sie aber schon längst gesagt haben. Herr Rehberg ist schon rausgegangen, tut mir Leid.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich kann Ihnen versichern, dass bei uns noch Meinungsfreiheit herrscht. – Wolfgang Riemann, CDU: Bei uns gibt es keinen Maulkorb. – Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS: Ha, ha! – Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich kann Ihnen nur eins raten, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Bleiben Sie bei der Sache

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und handeln Sie – meine Damen und Herren, und das gilt für alle, besonders aber für Sie – nach der Devise „Die Partei ist für den Staat da und nicht umgekehrt“! Und dann kommen wir auch zu einem Ergebnis. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Kerstin Fiedler, CDU – Der Abgeordnete Lorenz Caffier meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es gibt Nachfragen von Abgeordneten.

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ja, der Minister gestattet.

Herr Dr. Jäger, bitte.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, ich bitte um Entschuldigung, dass ich mich so spät gemeldet habe. Ich habe bis zuletzt zuversichtlich gehofft, dass Sie etwas zu den vier Regionalkreisen sagen, wo Ihre Gründe liegen. Deswegen stelle ich die Frage: Wo liegt die Begründung dafür, dass zwölf Kreise zu viel sind und dass vier Kreise genau richtig sind? Warum sind acht Landkreise in diesem Land aus Ihrer Sicht überflüssig?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich sage zwei Dinge, Herr Dr. Jäger. Zum einen lesen Sie nach bei den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Jäger in den Unterlagen der Enquetekommission.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der ist gut, der Jäger, jaja.

Minister Dr. Gottfried Timm: Und zweitens reicht hier nicht die Zeit, aber Sie werden in wenigen Wochen eine umfassende Darlegung dieser Dinge, die Sie von mir jetzt erfragen, erhalten.

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja, gern.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, halten Sie es dann für verantwortlich, wenn Sie uns erst in wenigen Wochen sagen können, warum Sie zu diesen vier kommen, dass Sie das schon in der Presse verbreiten? Halten Sie es für vereinbar mit dem Amt eines Ministers, wenn Sie anders als ein Privatmann einfach so etwas herauschleudern?

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich weiß nicht, was Sie mit dem Wort „herausschleudern“ meinen, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben doch meine Begründung.

Minister Dr. Gottfried Timm: An sich habe ich zu der Verantwortung eines Landespolitikers hier schon einiges gesagt und das gilt auch für mich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bedanke mich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Caffier. Gestatten Sie, Herr Minister?

Minister Dr. Gottfried Timm: Gern.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, gestatten Sie mir zu Ihren interessanten Ausführungen eine Frage. Wir reden hier ja über Enquetekommission oder über Sonderausschuss. Ich habe jetzt Ihre Stellungnahme dazu vermisst, was Sie für geeignet halten, in diesem Parlament zur Unterstützung Ihrer Arbeit zu installieren. Und zum Zweiten: Wenn Sie der Fraktion vorwerfen, dass wir einen Keil in die kommunale Ebene treiben, erklären Sie mir doch bitte mal, warum wir dann die kommunale Ebene auf gleicher Augenhöhe an einem solchen Ausschuss mit beteiligen wollen, und zwar stimmberechtigt!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich habe keine Scheu davor, auf gleicher Augenhöhe den Mitgliedern der kommunalen Familie zu begegnen, innerhalb des Parlaments und außerhalb des Parlaments. Ich weiß nicht, was Sie jetzt brauchen, Herr Caffier. Aber ich kenne Sie auch so, dass Sie diese gleiche Augenhöhe in der Regel praktizieren.

Lorenz Caffier, CDU: Also dann würden Sie eine Enquetekommission ...

Minister Dr. Gottfried Timm: Zum Teil eins Ihrer Ausführungen, Herr Caffier: Ich habe mich im Wesentlichen auf Ihren Antrag bezogen. – Vielen Dank.

(Gabriele Schulz, PDS:
Das Parlament ist der Souverän.)

Lorenz Caffier, CDU: Okay, danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal festhalten, dass ich selbstverständlich nicht mit allem, was Sie, Herr Schubert, hier ausgeführt haben, einverstanden bin.

(Bernd Schubert, CDU: Das muss ja auch nicht sein. – Dr. Ulrich Born, CDU: Nee.)

Nein, muss auch nicht sein. Dafür sind wir ja schließlich in verschiedenen Parteien, in verschiedenen Fraktionen. Da ich aber sehr wohl zur Kenntnis genommen habe, dass Sie Ihre persönliche und die Bereitschaft Ihrer Fraktion zum Ausdruck gebracht haben, an dem Prozess, den wir vor uns haben, konstruktiv mitzuwirken – und ich weiß,

dass wir ja auch in der Vergangenheit an der einen oder anderen Ecke, an vielen Ecken durchaus auch konstruktiv zusammengearbeitet haben –, würde ich mich sehr freuen, wenn wir das in der Zukunft auch tun. Dass wir in der Enquetekommission ein Klima einer solchen konstruktiven Zusammenarbeit hatten, ist bekannt, ist vielfach erwähnt und hervorgehoben worden. Mir wäre sehr daran gelegen, dass wir ein solches Klima auch in dem Gremium – ich formuliere jetzt mal bewusst etwas vorsichtiger –, das sich in der Zukunft mit Verwaltungsreform und Verwaltungsmodernisierung einschließlich der Funktionalreform befassen soll, bekommen.

Aber dazu, für ein gutes Klima, meine Damen und Herren, gehört auch ein Stück anständiger Umgang miteinander.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Und Sie, Herr Dr. Jäger, haben hier dargelegt, warum aus Ihrer Sicht ein vernünftiges Gremium für die Weiterarbeit eine Enquetekommission wäre. Nun ist aus unserem Antrag zu entnehmen, dass ich zu einer anderen Meinung gekommen bin und dass die Koalition zu einer anderen Meinung gekommen ist. Aber wir müssen einander wohl wechselseitig zugestehen, dass es legitim ist, zu dem anderen Ergebnis zu kommen und mit dem anderen Ergebnis zu arbeiten, und dass beide Ergebnisse, sowohl Enquetekommission als auch Sonderausschuss, dem entsprechen, was die Enquetekommission und ihr folgend der Landtag empfohlen haben. Insofern haben wir unterschiedliche Meinungen, aber wir respektieren einander und respektieren die Meinung des anderen und wir sagen, auch die Meinung des anderen ist möglich und sie ist begründet. Das halte ich für einen vernünftigen Umgang miteinander.

Und dann, meine Damen und Herren, schauen wir uns mal an, was der Vorsitzende der CDU-Fraktion gestern hier gemacht hat. Er hat nämlich in seiner Erwiderung auf das, was der Ministerpräsident uns als Regierungserklärung vorgetragen hat, gesagt: Wir haben beschlossen, dass eine Enquetekommission der richtige Weg ist. Nein, genau das haben wir nicht beschlossen. Und er hat uns beschimpft, uns als Koalition, wie ernst wir uns selbst eigentlich nehmen und so weiter und so fort. Das heißt, er hat ein ganz altes Strickmuster verfolgt, nämlich das Strickmuster der Legendenbildung, der Verdrehung der Tatsachen, um sich dann hinzustellen und zu sagen: Wir, die CDU, sind die guten Menschen und der Rest der Welt, die Roten, das sind die Bösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das, meine Damen und Herren, ist nicht im Geist einer guten Zusammenarbeit! Also, meine Damen und Herren, Herr Schubert und Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum zitiert der Innenminister mich dauernd?)

gerne nehme ich Ihre Worte auf, aber ich hoffe, Sie werden das dann als Fraktion auch als Ganzes hinkriegen, dass man hier die Welt nicht in Gut und Böse unterteilt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir nie getan.)

sondern vielleicht in unterschiedliche Meinungen, aber immer noch auf der Ebene, dass man miteinander reden kann.

Nun zur Frage selbst: Welches Gremium ist denn das richtige? Da kommt das Argument von der gleichen Augenhöhe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Schauen wir uns mal an, wie die Diskussion in der Enquetekommission war und wie die Diskussion in der Arbeitsgruppe Funktionalreform!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben völlig Recht, sie stand unter Leitung eines Landrates. Und als der mal verhindert war, hat Herr Dr. Dettmann, Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages, diese Arbeitsgruppe geleitet. Es war die Sitzung am 17.04.2002 – Sie können das im Protokoll auf der Seite 15 nachlesen –, wo Herr Dr. Meyer, Geschäftsführer des Landkreistages, gesagt hat – so zitiere ich das Protokoll –, „im Übrigen sei er der Ansicht, dass es keiner Enquetekommission bedürfe.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann ja sein.)

Das also war die geäußerte und im Protokoll festgehaltene Meinung des Geschäftsführers des Landkreistages. Es bedarf keiner Enquetekommission, sondern es bedarf eines Gremiums. Und genau dieses Gremium wollen wir schaffen, meine Damen und Herren, das zielorientiert unter Einbindung von Landesregierung und unter Einbindung der kommunalen Verbände am Thema Funktionalreform arbeitet. Und genau dies schaffen wir.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee!)

Aber es ist genau eben nicht notwendig, und hier zitiere ich Herrn Dr. Meyer sehr gern, dass dies eine Enquetekommission ist, sondern, und hier wiederhole ich mein Argument, wir müssen Gesetze vorbereiten. Und schauen Sie sich bitte mal an, welche Gesetzesvorbereitung in concreto Enquetekommissionen im Bund und in den Ländern denn leisten. Enquetekommissionen behandeln große, komplexe, schwierige Themen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist es wohl.)

Sie bringen Empfehlungen zu Papier und das ist gut so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber die konkrete Gesetzgebungsarbeit folgt doch erst danach

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, hier.)

und da ist dann die Enquetekommission nicht mehr gefragt, sondern da ist das Parlament gefragt und da sind die Ausschüsse des Parlamentes gefragt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Deswegen werden wir mit einem solchen Sonderausschuss die gesetzgeberische Arbeit dieses Parlaments begleiten, Gesetzgebungsvorhaben vorbereiten und so das Projekt vorantreiben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Nun zu Ihnen und zu Ihrem Antrag. Sie gestatten mir, dass ich von hinten anfangen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

mit Punkt 5. Herr Schubert, Sie haben das so im Halbsatz erwähnt und es stimmt ja, Sie greifen hier weitgehend Formulierungen der Enquetekommission auf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja, klar.
Wir haben ja nicht umsonst gearbeitet.)

Es sind fast Zitate, nur grammatikalisch ein bisschen umgestellt, völlig okay, das finde ich auch sehr sympathisch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber erstens, dieses Gremium, das Sie bilden wollen – Sie sagen noch nicht einmal Enquetekommission, sondern Sie gehen in Ihrem Zitieren so weit, dass Sie von dem Gremium sprechen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

soll bis zum 31.03.2003 gebildet werden. Wir lassen uns also noch gut drei Monate Zeit, bis wir dann anfangen mit der tatsächlichen Arbeit am Thema Funktionalreform.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
So lange braucht der Minister.)

Und da habe ich mich ehrlich gesagt zum ersten Mal gefragt, warum wir denn so viel Zeit haben. Ich meine, wir haben überhaupt keine Zeit, an das Thema Funktionalreform heranzugehen, und wir sollten schnell machen.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und es passt überhaupt nicht zusammen, wenn man auf der einen Seite sagt, wo bleibt der Ministerpräsident mit seiner Regierungserklärung, und dann auf der anderen Seite eines der zentralen Vorhaben dieser Legislaturperiode zunächst einmal locker vom Hocker drei Monate nach hinten schiebt. Das passt nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir vertrauen da auf
Ihre Landesregierung, dass die das bringt.
Wenn der Minister das schneller kann,
wir können auch morgen anfangen.)

Herr Dr. Jäger, Sie kennen sie doch sehr gut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, ich
kenne sie leider. Sie bringt es nicht.)

Schauen Sie doch mal in die Beschlussfassung der Enquetekommission!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da steht dann drin, dass wir als Landtag einen Bericht vorgelegt bekommen bis zum 31.12.2003.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und dann schauen Sie mal in Ihren CDU-Antrag! Ganz zufällig steht da, dass wir einen Bericht vorgelegt bekommen bis zum 31.12.2004.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Gabriele Schulz, PDS: Wie kommt denn das?)

Wie kommt denn das? Nach Ihrem Antrag lassen wir uns also ein Jahr mehr Zeit mit Entbürokratisierung, mit Funktionalreform, mit Stärkung der kommunalen Ebene, ein Jahr mehr, als die Enquetekommission vorgeschlagen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, die Regierung handelt ja nicht.)

Herr Schubert, ist das die Kontinuität, von der Sie hier sprachen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

die Kontinuität des Auf-die-lange-Bank-Schiebens? Ich glaube, das ist nicht die Kontinuität der Enquetekommission, denn die wollte Probleme angreifen. Aber es mag ja vielleicht die Kontinuität von jemand anderem sein, das mögen Sie bitte entscheiden.

Und noch etwas. Zu Ihrem Vorschlag, ein Gesetz zu machen, mit dem wir die Ergebnisse der Enquetekommission bestätigen: Also, meine Damen und Herren, wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Wir haben mit der Enquetekommission eine ganze Fülle von Empfehlungen gegeben und viele dieser Empfehlungen müssen und werden in gesetzgeberischen Vorhaben enden. Ich sage hier mal als Beispiel die Änderung des Kommunalwahlgesetzes. Dazu haben wir Empfehlungen gegeben. Wir werden uns Anfang des Jahres 2003 mit diesem Thema auseinander setzen und dann müssen wir die Empfehlungen der Enquetekommission selbstverständlich in diesen konkreten Gesetzgebungsprozess einbauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja richtig, ja richtig.)

Und wenn wir die Kommunalverfassung ändern, dann werden wir selbstverständlich die Empfehlungen der Enquetekommission bezüglich der Ortsteilvertretungen angreifen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

und in die Beschlussfassung zur Kommunalverfassung mit einarbeiten. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bin ich sehr wohl dafür, dass wir die Ergebnisse der Enquetekommission bei der gesetzgeberischen Arbeit berücksichtigen und entsprechend handeln. Ich bin aber nicht dafür, dass wir jetzt ein Gesetz machen, das sagt, das, was die Enquetekommission beschlossen hat, war gut und richtig. Ich glaube, mit einem solchen Gesetz würden wir in der Gesetzeslandschaft der Bundesrepublik Deutschland ziemlich allein dastehen, und ich weiß auch nicht, ob wir damit einen so sehr guten Eindruck machen würden. Aber bitte sehr!

Herr Präsident, ich glaube, Herr Jäger will eine Frage stellen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich gehe davon aus, dass er das erst einmal signalisiert hat. Da er aber noch nicht am Mikrofon steht, würde er Sie erst gern zu Ende hören. So habe ich das interpretiert. Bitte, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Na gut, okay.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Vielleicht brauche ich ja nicht mehr zu fragen. Es kann ja noch was Gutes kommen.)

Na, Herr Dr. Jäger, ob da so wenig Gutes dabei war?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das war schon in Ordnung. – Reinhard Dankert, SPD:
Ziemlich unverschämt, der Kerl! –
Dr. Margret Seemann, SPD:
Erwartest du etwas anderes?!)

Über guten Stil müssen wir uns hier nicht unterhalten.

Als Nächstes, meine Damen und Herren: Ihr Antrag unterstellt, es gebe in der kommunalen Ebene Unruhe, weil der Innenminister seine Vorstellungen hier herausgegeben und bestimmte Positionen einfach eingenommen hat.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es gibt in der Tat auf der kommunalen Ebene eine Fülle von Diskussionen über die Zukunft der Funktionalreform und über die Zukunft unserer kommunalen Gebietskörperschaften. Aber ich glaube nicht – und wenn man sich mit den Kommunalpolitikern unterhält, dann hört man das auch –, dass es von Seiten der Kommunalpolitiker eben als negativ empfunden wird, diese Vorstellungen des Ministers zu hören, sondern ganz im Gegenteil, dieses wird von den Kommunalpolitikern gefordert. Und es war beispielsweise der Neubrandenburger Oberbürgermeister, der gesagt hat: Na, der Timm soll doch mal was vorlegen, der soll doch mal was auf den Tisch legen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja richtig,
das wollen wir doch auch.)

was er an Vorstellungen hat. Nun hat er einiges an Vorstellungen über die Medien kommuniziert und er wird Weiteres auf den Tisch legen, dann ist es auch nicht recht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da frage ich Sie: Was soll er denn nun? Soll er schweigen oder soll er reden? Ich meine, er soll reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das steht doch im Antrag.)

Und ich bin über diese Vorstellungen sehr glücklich.

Also, meine Damen und Herren, Sie werden aus diesen Punkten entnehmen, dass wir Ihrem Antrag schwerlich zustimmen können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schade.)

obwohl in den Punkten 1 und 2, das will ich ja gern zugestehen, einige Selbstverständlichkeiten drinstehen, denen man zwar durchaus zustimmen könnte, aber ich halte auch nichts davon, wenn dieser Landtag Positionen, die er schon beschlossen hat, beispielsweise die Freiwilligkeit der Gemeindezusammenschlüsse, hier immer wieder beschließt. Ich sehe darin keinen Sinn. Wir haben einen entsprechenden Beschluss des Landtages und damit kann es meines Erachtens seine Bewandnis haben.

Ein letzter Punkt. Herr Dr. Jäger, Sie haben hier die Vorstellungen des Innenministers zu einer künftigen regionalen Struktur heftig angegriffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Zunächst einmal ist diese regionale Struktur ja hier gar nicht Diskussionsgegenstand, sondern Diskussionsgegenstand ist die Einsetzung eines Gremiums,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber es ist doch der Innenminister, der gefragt werden muss.)

das sich mit Verwaltungsreformfragen befasst. Aber ich glaube, darum ging es Ihnen vielleicht nicht so sehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

Es ging Ihnen vielleicht viel mehr darum, hier Regierungsschelte zu betreiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Das mag als Opposition Ihre Aufgabe sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee.)

aber es ist nicht Teil von konstruktiver Zusammenarbeit.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD)

Und Sie haben zugleich gesagt: Euch Koalitionsfraktionen muss ja der Beschluss des Städte- und Gemeindetages furchtbar wehtun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, offenbar.)

Also ich sage Ihnen hier: Der tut mir überhaupt nicht weh, ganz im Gegenteil. Ich freue mich sehr über diese Beschlussfassung des Städte- und Gemeindetages. Und ich glaube, dieser Beschluss tut vielmehr Ihnen weh,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

denn dieser Beschluss enthält ein sehr klares Bekenntnis zu einer umfassenden Funktionalreform, die Sie auf die lange Bank schieben wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Dieser Beschluss enthält ein klares Bekenntnis dahin gehend, dass wir unsere kommunalen Strukturen, was den Zuschnitt von Gebietskörperschaften angeht, auf den Prüfstand stellen müssen. Hier müssen Sie von Ihrem Eiertanz, es muss alles besser werden, aber es darf sich nichts ändern, herunter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn der Städte- und Gemeindetag in seiner Beschlussfassung sagt, ich zitiere jetzt nur dem Sinne nach, also wir gehen mal von vier solchen Regionalkreisen aus – und es spricht ja auch sehr viel für diese Zahl vier –, dann können wir ja im Verlaufe der Untersuchung, wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass eine andere Zahl ernsthaft zu diskutieren ist, noch mal darüber reden.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich halte diese Aussage und diese Beschlussfassung des Städte- und Gemeindetages für außerordentlich gut,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

denn sie würde uns in einem solchen Sonderausschuss durchaus ein Verfahren an die Hand geben, nämlich zu sagen: Wenn wir über Funktionalreform reden und wenn wir die Frage zu beantworten haben, auf was für Größen wir denn eigentlich übertragen, dann gehen wir mal von dieser Viererzahl aus. Und ich glaube, wenn wir dies täten und wir werden es tun, dann werden wir zu sehr klugen und sehr vernünftigen Beschlüssen kommen. Und ich hoffe, dass sich in diesem Diskussionsprozess die CDU nicht ausklinkt, sondern dass sie sich einklinkt. Und ich bin sicher, die kommunalen Verbände werden ihre Interessen hier mit Vehemenz vertreten. Sie können dies auf gleicher Augenhöhe auch ohne Stimmrecht.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Die haben doch kein Stimmrecht.)

Denn am Ende entscheidet der Landtag und dort haben die kommunalen Verbände kein Stimmrecht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie werden Empfehlungen mit uns gemeinsam erarbeiten, die wir dann hier im Landtag verabschieden müssen. Da gibt es kein Stimmrecht der kommunalen Verbände

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das haben wir auch nie gesagt.)

und das wissen die auch. Die kommunalen Verbände setzen auf Konsens und setzen darauf, dass der Landtag einen solchen vernünftigen Konsens dann umsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das werden wir mit diesem Sonderausschuss erreichen, wir werden dies mit den kommunalen Verbänden tun und das wird Erfolg haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Müller, gestatten Sie jetzt die Anfragen?

Heinz Müller, SPD: Aber selbstverständlich.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann
war es doch nicht gut genug.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, wir sind ja in vielem einig, nur eins habe ich nicht so ganz verstanden: Warum empfinden Sie das als eine unziemliche Eile, wenn wir sagen, dass die Landesregierung bis zum 31.01.2003, also im nächsten Jahr und im ersten Monat, einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen soll, der die Beschlüsse der Enquetekommission festschreibt? Sie haben gesagt, Herr Müller, das wäre einzigartig. Sie wissen als Vorsitzender, was wir hier beschlossen haben. Wir haben genau gesagt, was wir haben wollen. Wir, die CDU-Fraktion, fordern die Landesregierung nur auf, dies in Gesetzesform vorzulegen. Und würden Sie mir doch zustimmen, dass seit dem 27.06., da war dieses Ding hier im Landtag, bis zum 31.01. immerhin sieben Monate vergangen sind und diese Zeit überhaupt nicht genutzt wurde, irgendetwas in diesen Landtag einzubringen?

Heinz Müller, SPD: Herr Dr. Jäger, die Zeit vom 27.06. des Jahres 2002 bis heute war eine Zeit, in der wir nur sehr wenige Landtagssitzungen gehabt haben, und in diesen Landtagssitzungen haben wir keine Gesetzentwürfe verhandelt.

Dr. Armin Jäger, CDU: Schade.

Heinz Müller, SPD: Wir haben dort formale Dinge gemacht, wir haben Wahlen vollzogen, wir haben uns konstituiert. Wir hatten aber auch eine große Phase der Sommerpause und des anschließenden Wahlkampfes, in der wir keine Landtagssitzungen hatten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ja,
hat denn da das Ministerium nicht gearbeitet?!)

Das heißt, wenn wir in dieser Zeit hier keine Gesetze verabschiedet haben, die die Ergebnisse der Enquetekommission umsetzen, dann ist das diesen Umständen geschuldet und nicht etwa einer negativen Bewertung dieser Ergebnisse der Enquetekommission. Und wir haben in der von Ihnen erwähnten Sitzung des Landtages im Juni, an der ich nicht teilnehmen konnte, ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das wissen wir.

Heinz Müller, SPD: ... das heißt der vorige Landtag, einen Beschluss gefasst, dass der Landtag die Beschlüsse der Enquetekommission zur Kenntnis nimmt und ihnen zustimmt. Das heißt, das, was Sie inhaltlich wollen, ein Bekenntnis des Landtages zu den Beschlüssen der Enquetekommission gibt es bereits. Und ein solches Gesetz macht meines Erachtens keinen Sinn,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

sondern es macht sehr viel Sinn, diesen Junibeschluss nun Stück für Stück in Gesetze mit einzubauen, sei es das Wahlgesetz, sei es die Kommunalverfassung, sei es sonst etwas.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine Ergänzungsfrage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Jäger?

Heinz Müller, SPD: Aber selbstverständlich.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass wir uns offenbar vollkommen missverstanden haben? Oder würden Sie mir darin zustimmen, dass es richtig wäre, dass die Landesregierung Gesetzesentwürfe aufgrund der Beschlussfassung des Landtages vorlegt, indem im Einzelnen für das jeweilige Gesetz ein Änderungsgesetz als Entwurf vorgegeben wird und wir endlich eine konkrete Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit im Landtag hätten?

Heinz Müller, SPD: Ich gehe davon aus, Herr Dr. Jäger, dass die Landesregierung bei Gesetzentwürfen, die sie vorlegen wird, jeweils die Empfehlungen der Enquetekommission berücksichtigt. Ich meine aber nicht, dass dies jetzt alles bis zum 31.01. oder wann auch immer, jedenfalls in absolut kurzer Zeit erfolgen muss. Ich will Ihnen an einem Beispiel erläutern, warum ich das meine.

Wir haben in der Enquetekommission Empfehlungen zum Kommunalwahlgesetz beschlossen, Sie erinnern sich. Nun gibt es meines Erachtens, vielleicht teilen Sie meine Auffassung, eine Reihe von Punkten, die am Kommunalwahlgesetz geändert werden sollten, die mit der Beschlussfassung der Enquetekommission gar nichts zu tun haben. Sie erinnern sich, im Jahre 1999 hat der Städte- und Gemeindetag ein sehr umfangreiches Papier dazu gemacht. Es gibt aus den Direktwahlen der letzten Jahre weitere Erkenntnisse, weitere Probleme, und dieses hat alles mit den Empfehlungen der Enquetekommission nichts zu tun.

Ich gehe davon aus, dass in Kürze, weil die Wahl 2004 steht ja an, die Landesregierung einen Entwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes vorlegen wird und dass dann dabei das, was die Enquetekommission empfohlen hat, mit eingearbeitet wird. Das ist überhaupt kein Problem.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich verspreche, es ist die letzte.

Heinz Müller, SPD: Bitte sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Teilen Sie denn wenigstens meine Auffassung, dass es sehr angemessen wäre, wenn die Landesregierung jetzt endlich beginnen würde, mit Gesetzesentwürfen in diesen Landtag hineinzugehen, damit die Beschlüsse der Enquetekommission – Sie wünschen es offenbar auch wie ich – zeitnah umgesetzt werden?

Heinz Müller, SPD: Ich bin sehr für eine zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Enquetekommission, aber ich

bin bei Gesetzgebung aus guten Gründen gegen jede Form von Hektik.

(Beifall bei SPD und PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Gut.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es gibt eine Frage des Abgeordneten Herrn Caffier.

Heinz Müller, SPD: Bitte sehr.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Kollege, gestatten Sie mir eine Frage zum Verständnis für mich und meine Fraktion, was den Sonderausschuss betrifft?

Heinz Müller, SPD: Ja.

Lorenz Caffier, CDU: Wenn Sie sagen, wir brauchen den Sonderausschuss, da der Innenausschuss so übermäßig überlastet ist und nicht blockiert werden soll, in Gesetzestätigkeiten es eben nur über einen Ausschuss getätigt werden könne, gehe ich davon aus, dass in den Ausschüssen die gleichen Mitglieder sitzen wie im Innenausschuss, denn der kommunale Sachverstand der Fraktionen ist ja in den Innenausschuss entsandt worden. Gehe ich dann richtig in der Annahme, dass der Innenausschuss mitberatend bei einem Gesetzentwurf ist und federführend der Sonderausschuss, es sitzen aber in beiden Ausschüssen die gleichen Damen und Herren, nur mit unterschiedlichen Vorsitzenenden? Und bauen wir da nicht wieder Bürokratie auf, die wir an und für sich abbauen wollen?

Heinz Müller, SPD: Herr Caffier, ich maße mir nicht an zu beurteilen, wie die CDU-Fraktion ihre Mitglieder in die verschiedenen Ausschüsse entsendet. Dieses ist ausschließlich Angelegenheit der CDU-Fraktion. Ich weiß auch nicht, wie das in der PDS gehandhabt werden wird. Es wird aber in der SPD-Fraktion so sein, dass die Mitglieder des Innenausschusses und die Mitglieder des Sonderausschusses keineswegs identisch sind. Ich darf daran erinnern, dass der Innenausschuss nicht nur ein Kommunalausschuss ist, sondern sich mit einer Reihe anderer Fragen, insbesondere Fragen, die im Bereich der Sicherheit, Polizei, Feuerwehr, was alles damit in Zusammenhang steht, befasst. Auch bei Ihnen ist Herr Thomas als besonderer Sicherheitsexperte dort.

(Torsten Koplin, PDS: Ja, das ist er.)

Und auch bei uns ist es so, dass wir im Innenausschuss nicht ausschließlich Kommunalpolitiker haben, die sich primär mit Kommunalpolitik befassen, sondern wir versuchen durch die Zusammensetzung unserer Abgeordneten im Innenausschuss auch die verschiedenen Bereiche des Innenausschusses abzudecken. Bloß nicht den Ausschussvorsitzenden Kollegen Friese vergessen, der sich ja schwerpunktmäßig mit Medien- und Kulturfragen befasst und dann als Experte im Innenausschuss sehr wertvolle Arbeit leistet. Ich hoffe, das werden die CDU-Kollegen auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich jetzt die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/48 zur

federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und bei Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/103 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/103 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU zugestimmt.

Wer jetzt dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/48 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: So ist die Gemeinsamkeit. – Rudolf Borchert, SPD: Soweit geht die Gemeinsamkeit dann doch nicht.)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/48 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS und Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/51 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS nicht entsprochen.

Ich lasse damit über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/51 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/51 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zukunftssicherheit für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern schaffen, auf Drucksache 4/49.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Zukunftssicherheit für das Gesundheitsland
Mecklenburg-Vorpommern schaffen
– Drucksache 4/49 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Bernd Schubert, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die derzeitige Situation in unserem Gesundheitswesen und der gesetzlichen Krankenversicherung ist mehr als besorgniserregend. Statt schwarzer Zahlen und stabiler Beiträge wird die gesetzliche Krankenversicherung zum Jahresende ein Defizit von 2,5 bis 3 Milliarden Euro haben.

Die Ursachen dieser finanziellen Misere sind nicht etwa Folge einer irgendwie gearteten globalen wirtschaftlichen Entwicklung, wie vielfach behauptet, sondern allein Konsequenz einer völlig verfehlten Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Ferner wurde in den letzten Jahren die Einnahmehasis der GKV durch Verschiebepahnhöfe zugunsten des Bundeshaushaltes und anderer Sozialversicherungen massiv belastet. Allein 2001 und 2002 musste deshalb der durchschnittliche Kassenbeitragssatz um 0,4 Prozent erhöht werden.

Auch mit dem Vorschaltgesetz werden SPD und Grüne auf Bundesebene der GKV mit der rechten Hand Milliardensummen durch die Umsetzung der Hartz-Vorschläge entnehmen und mit der linken Hand die Fehlbeträge bei den Leistungserbringern wieder einsammeln. Rot-Grün kassiert ab, die Versorgung der Patienten leidet, viele Arbeitsplätze in unserem Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern sind in Gefahr und die Beiträge steigen dennoch. So soll mit dem so genannten Vorschaltgesetz der unvermeidbare Beitragsanstieg vermieden werden.

Das Einsparziel von 3 Millionen Euro steht allerdings auf tönernen Füßen. Alleine durch das Hartz-Konzept drohen der GKV zusätzliche Belastungen von über 1 Million Euro. Die Umsatzsteueranhebung für zahntechnische Leistungen wird mit weiteren 200 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die erstmalige Entgeltumwandlung im Zusammenhang mit der Einführung der Riester-Rente wird nach Einschätzung der Krankenkassen Einnahmeverluste von rund 1 Million Euro im Jahr 2003 zur Folge haben. Deshalb gehen schon jetzt die Kassen davon aus, dass vom ursprünglich anvisierten Sparvolumen bestenfalls 1 Milliarde Euro übrig bleiben werden.

Sollten darüber hinaus Krankenhäuser in großem Umfang mit dem neuen Fallpauschalensystem zum 1. Januar 2003 beginnen wollen, wird dies das angepeilte Einsparvolumen weiter reduzieren. Dann könnten statt Einsparungen Mehrkosten von bis zu 450 Millionen Euro entstehen. Damit müssen sich die Versicherten im kommenden Jahr trotz des Vorschaltgesetzes auf Krankenkassenbeiträge von durchschnittlich 14,5 Prozent einstellen.

Es ist daher gegenüber den Patienten und den Leistungserbringern im Gesundheitswesen eine unverschämte Zumutung, von diesen einerseits erhebliche Einschränkungen zu verlangen und die abgepressten Finanzmittel andererseits zur Sanierung anderer Haushalte zu verwenden. Nullrunden für Ärzte, Krankenhäuser und Zahntechniker, Zwangsrabatte für Apotheker, pharmazeutische Hersteller und den Großhandel sowie willkürliche Preisabsenkungen bei Zahntechnikern stellen nicht nur einen dreisten Eingriff in das System der Selbstverwaltung dar.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Mutwillig gefährdet Rot-Grün die wirtschaftliche Existenz vieler Leistungsanbieter, vernichtet Arbeitsplätze in unserem Gesundheitsland und verschlechtert weiter die Qualität der medizinischen Versorgung. Statt für mehr

Beschäftigung zu sorgen, verschärft die Bundesregierung mit diesen Schritten die Einnahmesituation der Sozialkassen, was gravierende Auswirkungen auf unser Land hat.

Demzufolge fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch im Bundesrat aktiv für eine Sicherung der finanziellen Voraussetzungen zum Erhalt und zur Sicherung der bestehenden sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in abhängiger und freier Tätigkeit im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Ferner fordern wir die Landesregierung auf, den im Bundesrat stehenden Gesetzesvorhaben im Gesundheitsbereich nur dann zuzustimmen, wenn sie keine negativen Auswirkungen auf die Versorgung der Patienten und die Arbeitsplätze im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern erwarten lassen.

Uns ist dabei durchaus der Verfahrensstand des Vorschaltgesetzes bekannt, das aus einem zustimmungsfreien Teil, dem Beitragssicherungsgesetz als Einspruchsgesetz, und einem zustimmungspflichtigen Teil, dem 12. SGB-V-Änderungsgesetz, besteht. Machen Sie allen Einfluss im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sowie im direkten Kontakt mit der Bundesregierung geltend, dass es nicht zu diesem Gesetz mit seinen fatalen Folgen für unser Land kommt! Denn sonst droht als Ergebnis der rot-grünen Chaospolitik eine weitere Verschlechterung der allgemeinen Situation für die Leistungsanbieter und die Versorgung der Patienten. Es drohen nicht nur massive Mehrbelastungen der Beitragszahler und Arbeitgeber sowie damit verbunden ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung der Versorgung der Patienten.

Beide Gesetze zeigen eindeutig, dass die Bekenntnisse zu mehr Flexibilität und Wettbewerb im Gesundheitswesen reine Lippenbekenntnisse sind. Staatlicher Dirigismus und planwirtschaftliche Bevormundung sind die un guten Vorboten der großen Gesundheitsreform. Was wir hingegen brauchen, sind Freiheit und Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, das zentrale Ziel jeder Gesundheitsreform muss die Sicherstellung einer exzellenten medizinischen Versorgung aller Bürger sein, und dies unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht oder gesundheitlichem Zustand. Ein solidarisch, sozial gerechtes, fortschrittliches Gesundheitswesen ist eben kein Selbstzweck, sondern muss die Patienten in den Mittelpunkt aller Handlungen stellen. Dieser Grundgedanke muss der Maßstab in der Gesundheitspolitik sein.

Seriöse Wissenschaftler prognostizieren für die gesetzliche Krankenversicherung eine Verdoppelung der Beitragslast bis zum Jahre 2030. Wer angesichts dieser Veränderungen, die durch die demographische Entwicklung und den medizinischen Fortschritt zu erwarten sind, nicht rechtzeitig handelt, wird über kurz oder lang keine Möglichkeiten mehr haben, das zu verhindern, was niemand will: krasse Einschnitte in das Leistungsniveau, die den Marsch in die Zweiklassenmedizin vorprogrammieren. Wir müssen jetzt eine grundlegende und nachhaltige Reform entwickeln, denn jedes weitere Abwarten wird die Probleme verschärfen.

Die Union setzt dem gesundheitspolitischen Wirrwarr ein überzeugendes, in sich schlüssiges Konzept entgegen.

(Rudolf Borchert, SPD: Boh! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Jetzt kommen ja die Punkte. Warten Sie!

Es baut auf vier Säulen auf: Prävention, Transparenz, Wettbewerb und Selbstbestimmung.

(Rudolf Borchert, SPD: Das
ist aber schon sehr genau.)

Die Prävention ist eine entscheidende Voraussetzung, um die altersbedingte Zunahme der großen Volkskrankheiten zu reduzieren. Dabei geht es nicht nur um die Vermeidung von Krankheiten und Behinderungen, sondern auch darum, die Selbständigkeit im Alter möglichst lange zu erhalten. Langfristig steigt dadurch die Lebensqualität vieler Menschen und die Gesundheitsausgaben werden gesenkt.

Ferner müssen die Patienten künftig besser über die Kosten und die Qualität der medizinischen Versorgung informiert werden.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Darum wollen wir das ja auch.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, wir auch.)

Unser Gesundheitswesen muss deshalb transparenter werden. Denn nur ein informierter Patient ist ein mündiger Patient.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Ein weiterer Eckpfeiler der Stärkung der Rolle der Patienten ist neben der Beibehaltung der freien Arzt- und Krankenhauswahl eine Stärkung der Entscheidungsfreiheiten, auch bei der Vertragsgestaltung mit den Krankenkassen. Nur wenn verschiedene Versorgungsangebote und verschiedene Methoden miteinander konkurrieren, haben die Patienten eine Auswahl und können sich für die aus ihrer Sicht beste Versorgungsform entscheiden. Staatliche Planung und Reglementierung kann dies nicht leisten. Ein Vertragswettbewerb ist eher geeignet, die Strukturdefizite des Gesundheitswesens zu beseitigen, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Zu den Entscheidungsfreiheiten zählt auch, den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten zu geben, wie sie sich ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend versichern können. Dazu sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeiten erhalten, unterschiedliche Versorgungsangebote anzubieten. Dies garantiert, dass der Versicherte als dritter Beteiligter neben Leistungserbringern und Krankenkassen als echter Marktteilnehmer deutlich mehr Mitwirkungsrechte und Entscheidungsfreiheiten erhält.

Ich hoffe, dass wir mit unseren Ideen bei der Landesregierung auf offenes Gehör und einen aktiven Mitstreiter treffen, denn Sie sind für die Menschen in unserem Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern da. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Welche Ideen meinen
Sie? Ich dachte, jetzt kommen noch Ihre Ideen?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste erhält das Wort die Sozialministerin des Landes Frau Linke. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zukunftssicherheit für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern schaffen, das ist eine Zielsetzung, mit der wir alle hier normalerweise gut leben können. Gemeinsamkeit in den Zielen bedeutet aber noch nicht zugleich eine Übereinstimmung in der Analyse der Situation und bei den anstehenden Maßnahmen. Das wird aus dem Text und auch aus dem Beitrag meines Vorredners hier heute zur Beschlussfassung ganz deutlich. Mit Ihrem Antrag stellen Sie, verehrte Abgeordnete der CDU-Fraktion, Forderungen auf, die so bereits erfüllt sind. Sie wollen Schritte gehen, die bereits eingeleitet worden sind. Sie legen Analysen vor, die so nicht zutreffen. Und Sie verdeutlichen ganz klar, Sie haben kein Konzept zur weiteren Verbesserung der Lage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ihre hier eingebrachten Vorschläge haben leider keine Substanz. Dieser Antrag hatte seine Zukunft im Grunde schon hinter sich, als er aufs Papier gebracht wurde. Deshalb bin ich mir ganz sicher: Um die Perspektiven des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern steht es wesentlich besser als um das weitere Schicksal dieses hier eingebrachten Antrages.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Für den Geschäftsbereich meines Hauses möchte ich ganz kurz auf einige wesentliche Faktoren hinweisen.

Wir haben die Krankenhauslandschaft Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren stabilisiert. 35 Krankenhäuser des Landes haben zu Beginn des Jahres 2001 19.000 Menschen beschäftigt. Insbesondere in unserem Flächenland, in der Fläche selbst, in den kleinen Städten des Landes, haben die Häuser eine enorme Bedeutung für die Beschäftigungspolitik und für die Wahrnehmung des Versorgungsauftrages. Gerade diese kleineren Krankenhäuser sind in der Vergangenheit immer wieder einmal zur Disposition gestellt worden. Die Landesregierung hat sich dagegen mit allen Mitteln gestemmt. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, haben diesen Kurs auch unterstützt. Gemeinsam haben wir dadurch für die Menschen ein Stück Zukunft hier gesichert und die Fundamente für die Versorgung auch in der Fläche sichergestellt.

Das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern verfügt mittlerweile über ein Netz an Krankenhäusern mit hochmodernen Gebäuden und Gerätschaften. Wir haben seit 1991 2,3 Milliarden DM in die Häuser investiert. Der Nachholbedarf im Vergleich zum westlichen Teil der Bundesrepublik ist an vielen Standorten nicht nur gedeckt worden, wir haben mittlerweile auch an vielen Standorten die bessere Substanz. Das alles sind Investitionen in das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern, die nicht ohne Folgen bleiben werden. Das alles sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Das sind Investitionen, die Mecklenburg-Vorpommern als Gesundheitsland und als Wirtschaftsstandort stabilisieren und weiterentwickeln werden. Das sind Investitionen, die auch Menschen

außerhalb des Gesundheitswesens in Lohn und Brot bringen. Das ist auch eine attraktive Seite unseres Landes für Bürgerinnen und Bürger anderer Bundesländer und des Auslandes.

Im Reha-Bereich hat sich die Bettenzahl im Land Mecklenburg-Vorpommern seit 1991 vervierfacht. Mit rund 60 Betten je 10.000 Einwohner liegen wir in diesem Bereich an der Spitze der Bundesrepublik. Erst mit einem Abstand folgt Schleswig-Holstein mit 40 Betten je 10.000 Einwohner. Klassische Reha-Länder wie Bayern, Hessen, wo wir auch gern hinfahren, verfügen nur über 30 Betten pro 10.000 Einwohner. Wir haben heute 65 hochmoderne Reha-Kliniken im Land. Trotz des bundesweit rückläufigen Trends im Bereich der Rehabilitation erlebt unser Land immer noch einen Zuwachs bei den dortigen Arbeitsplätzen. Waren 1995 rund 2.500 Pflegekräfte in diesem Bereich beschäftigt, so waren es Ende 2002 bereits 4.200 Beschäftigte.

Gerade vor ein paar Tagen, am Montag dieser Woche, habe ich das erste Qualitätssiegel Rehabilitation für Mecklenburg-Vorpommern an eine Klinik in Wismar vergeben. Ich konnte mich dort vor Ort überzeugen, mit welcher hoher Qualität diese Einrichtungen an diesen Standards arbeiten. „Mecklenburg-Vorpommern tut gut“ – dieser Slogan ist in diesen Einrichtungen längst Realität geworden. Hier machen wir auch Punkte über die Landesgrenzen hinaus und werden das nach meiner festen Überzeugung auch in den kommenden Jahren tun.

Bei der Ärzteschaft haben wir im niedergelassenen Bereich in den nächsten Jahren wegen der starken Überalterung – insbesondere bei den Hausärzten – Probleme zu lösen. Fest steht aber auch, dass wir sowohl in den stationären Einrichtungen des Landes wie auch bei den niedergelassenen Ärzten heute mehr Ärzte haben als beispielsweise noch 1995. Seither wurde die Zahl von Ärzten und Zahnärzten um 400 erhöht, und das bei doch gleichzeitig sinkender Bevölkerungszahl. Auch hier hat sich also insgesamt in den letzten Jahren etwas zum Guten gewendet für die medizinische Betreuung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Fakt ist, dass wir seit 1997 einen stetigen Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitswesen konstatieren können. Diese Beschäftigung und damit die Grundlagen des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern gilt es auch durch die Arbeit meines Ministeriums zu sichern.

Woher aber kommt diese Beschäftigung? Die kommt doch nicht von irgendwoher. Sie wird aus den Mitteln der Sozialversicherung selbst bezahlt. Wer die Beschäftigung und den Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen sichern will, muss deshalb sehr richtig die Sozialversicherungssysteme sichern und deren Akzeptanz verbessern. Das erreicht man selbstverständlich nicht, wenn man die Beiträge einfach willkürlich laufen lässt, und erfordert vielmehr grundlegende konzeptionelle Schritte.

Wir haben deshalb als Landesregierung in der Sitzung des Bundesrates am 29. November unsere Position zugunsten der neuen Länder und zugunsten insbesondere Mecklenburg-Vorpommerns sehr deutlich gemacht und stehen damit leider im Gegensatz zu Ihnen, verehrte Abgeordnete der CDU. Frau Dr. Merkel hat Herrn Bundeskanzler Schröder mehrfach und zuletzt in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages vehement aufgefordert, die Hartz-Konzepte eins zu eins umzusetzen.

(Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Wir haben uns dagegen positioniert. Es ist die Umsetzung dieser Konzepte, die die Krankenkassen mit etwa 0,9 bis 1,5 Milliarden Euro belastet.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hörte sich heute Morgen bei der CDU etwas anders an.)

Das ist das Geld, das dann später in der Kasse fehlt. Das ist das Geld, das dem Gesundheitswesen entzogen wird,

(Torsten Koplin, PDS: Das wird hier beklagt, ja.)

auch unserem Land. Und das tragen Sie als CDU voll mit. Machen Sie deshalb dagegen mobil,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann können wir auch auf einer geordneten Basis weiterreden.

Wir haben im Bundesrat eine Entschließung eingebracht, mit der wir auf die besondere Situation der neuen Länder bei der so genannten Nullrunde

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

für Vertragsärzte und Krankenhäuser hingewiesen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Vertreter der großen Koalition in Brandenburg, also auch Ihre Parteifreunde, haben uns dabei unterstützt. Ja, aber wo waren die CDU-geführten neuen Länder? Warum tragen sie hier die von uns eingebrachten Kompromisse nicht mit? Warum haben sie im Bundesrat das 12. SGB-Änderungsgesetz mit der darin enthaltenen Fristverlängerung für die Krankenhäuser zur Teilnahme am Fallpauschalensystem blockiert? Das hätte doch gerade für den Großteil der 18.000 Beschäftigten in unserem Lande die Möglichkeit einer Budgeterhöhung um bis zu 2,09 Prozent eröffnet.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Sie, sehr verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, sollten an dieser Stelle noch einmal ganz stark nachdenken, wie ernst Sie es mit dem Gesundheitsstandort Mecklenburg-Vorpommern meinen!

(Egbert Liskow, CDU: Sehr ernst. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Kommt dieses Änderungsgesetz nicht zustande, so können voraussichtlich nicht nur zehn Krankenhäuser von Steigerungen beim Budget ausgehen. Kommt dieses Gesetz aber, so ist mit einer breiten Beteiligung am Fallpauschalensystem zu rechnen und damit auch von einer Öffnung für alle Häuser auszugehen.

Sie, sehr verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben das mit den Ministerpräsidenten, mit Ihren Parteifreunden der anderen Länder, der CDU-geführten Länder jetzt zu verantworten. Sie haben das selbst in der Hand! Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern werden das aufmerksam beobachten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe mir vorgenommen, trotz aller kritischen Worte, auch zu Ihnen, sehr geehrter Herr Glawe, auch zu Ihnen,

sehr geehrter Herr Schubert, und natürlich auch zu allen anderen Mitgliedern der CDU-Fraktion ein offenes, ergebnisorientiertes Verhältnis aufzubauen und zu pflegen. Mit einem Antrag wie dem vorliegenden kommen wir da allerdings nicht so richtig voran.

(Torsten Koplin, PDS:
Er kann sich ja noch ändern.)

Ich empfehle deshalb, diesen Antrag hier und heute abzulehnen. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Die Fraktion der CDU hat für den Anschluss an diese Landtagssitzung die Durchführung einer Ältestenratssitzung beantragt. Ich bitte die Ältestenratsmitglieder, sich unmittelbar im Anschluss an die Landtagssitzung im Ältestenratsszimmer einzufinden.

Als Nächster hat das Wort in der Debatte der Abgeordnete Herr Glawe für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das Beitragsstabilisierungsgesetz der Bundesregierung, im Deutschen Bundestag verabschiedet, liegt jetzt im Bundesrat, hat uns zu dem Antrag sozusagen verholten,

(Torsten Koplin, PDS: Im
wahrsten Sinne des Wortes.)

die Zukunftssicherheit für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren.

Und, Frau Ministerin, ich will Ihnen ausdrücklich Recht geben: Wir haben es in den letzten zwölf Jahren im Land geschafft, eine Struktur zumindest im Bereich der niedergelassenen Ärzte, im Bereich der Kassen, im Bereich der Pflege, aber auch im Bereich der Pflegenden und der Physio- und Psychotherapeuten und der Physiotherapie sozusagen ins Land zu stellen, die sehr geeignet ist für Zukunft, für Arbeitsplatzsicherheit und damit auch geeignet ist, den Versorgungsauftrag, den sozusagen alle zu erfüllen haben, sicherzustellen.

Die Gesetzgebung der Bundesregierung bringt aber jetzt relativ graue, wenn nicht schwarze Wolken auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Sie wissen, dass die Vorgeschichte mindestens schon vier Jahre alt ist. Und zwar will ich mal daran erinnern, im Jahre 1998, nachdem also die rot-grüne und hier die rot-rote Landesregierung mit Euphorie an die Arbeit gegangen sind, gab es das – man höre und staune – Solidaritätsstärkungsgesetz. Solidaritätsstärkungsgesetz hieß das. Das war ein Vorschaltgesetz, hat massive Einschnitte gebracht für die Krankenhäuser, auch für andere, aber in besonderer Weise für die Krankenhäuser.

(Torsten Koplin, PDS: Wir haben die
Einschnitte von Seehofer erst mal beseitigt.)

Ja, Herr Koplin, Sie kommen ja noch dran, dann können Sie das auch noch vortragen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Er
wollte es aber jetzt schon sagen.)

Jedenfalls wollten Sie ja alles besser machen und Sie sind ja sozusagen die soziale Partei hier in diesem Land und sogar in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Soziale Gerechtigkeit predigen Sie jeden Tag, aber die Gesetzgebungen sind teilweise anders.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Und, meine Damen und Herren, es gab ein zweites Gesetz: Gesundheitsreform 2000.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

In manchen Ansätzen durchaus richtig und auch sinnvoll. Und dort stehen auch die Krankenhäuser sozusagen vor neuen Herausforderungen. DRG-Einführung. Auf der einen Seite heißt das aber auch Mehrausgaben für Hardware, für Software, für alle möglichen Belastungen, die sich auch aus der Ökosteuer – die Sie ja alle jeden Tag hoch und runter feiern – ergeben.

Meine Damen und Herren, und jetzt kommt das Beitragsstabilisierungsgesetz. Das ist also wieder ein Vorschaltgesetz, nachdem Sie vier Jahre die Ausgaben nicht in den Griff bekommen haben. Sie haben 1998 immerhin 1 Milliarde DM Puffer übernommen aus unserer Zeit und heute haben Sie 2,5 Milliarden Minus. Das ist Ihre Wirtschaftsweise im Bereich der Krankenkassen und sozusagen der Gesetzgebung. Letzten Endes sind das die Auswirkungen. Natürlich, ich will auch zugeben, es gibt Kostentreiber. Und Arzneimittel sind gerade in den letzten Jahren nicht billiger geworden.

(Torsten Koplin, PDS: Sehen Sie!)

Aber was passiert jetzt?

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie haben sich ja sozusagen auch vier Jahre lang immer mit den Krankenkassen fast in einem Boot befunden. Mittlerweile haben Sie auch in Ihrem Gesetz jetzt gesagt: So geht es nicht weiter,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

die Verwaltungskosten für die Krankenkassen müssen jetzt auch gedeckelt werden.

(Torsten Koplin, PDS: Wir haben gerudert.)

Also haben Sie sozusagen die Freundschaft ein bisschen aufgekündigt.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das können Sie so nicht sagen!)

Ja, das steht in diesem Gesetz drin.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das
können wir so nicht stehen lassen.)

Das müssen Sie mal nachlesen!

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Dann haben Sie gesagt – das ist schon das eine, das andere ist –, die Kassen dürfen jetzt aber die Beiträge auch nicht erhöhen, bis auf Ausnahmen. Mittlerweile denken alle über die Ausnahme als Regel nach.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Das heißt, der Druck im System ist so gewaltig, dass also das, was Sie versprochen haben, gar nicht einzuhalten ist. Sie kriegen Ihr Solidaritätsstärkungsgesetz und die Gesundheitsreform 2000 ist de facto in großen Teilen gescheitert. Das ist einfach so.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sagen Sie!)

Dann haben Sie gesagt: Was brauchen wir dann noch? Also wir brauchen 3,5 Milliarden Euro, um einige Löcher sozusagen zu stopfen, bei einer Ausgabensumme von 130 Milliarden Euro, die ja auch nicht ganz wenig ist, die im Gesundheitsbereich ausgegeben wird bundesweit. Hier im Land sind es so etwa 4 Milliarden. Das ist ja auch bekannt, aber ich denke mal, man kann es auch noch mal sagen.

Worum geht es jetzt oder welche Auswirkungen sind festzustellen?

Sie haben gesagt, Nullrunde für niedergelassene Ärzte. Das heißt auch Nullrunde für Krankenschwestern, die in den Niederlassungen arbeiten. Das heißt teilweise Reduzierung von Beschäftigungszeiten und damit weniger Gehalt. Das heißt auch weniger Lehrstellen. Denn wo wird gespart? Dort, wo man Kosten sparen kann, und zwar in der Ausbildung, jedenfalls aus der Sicht derjenigen, die eine Arztpraxis betreiben. Sie haben dann gesagt, Zahnärzte müssen auch noch ran. Prothesen werden teurer. Dann reicht es noch nicht. Nächster Schritt: Arzneimittel. Also Pharmaindustrie muss ran

(Torsten Koplin, PDS:
Die Ärmsten! Die Ärmsten!)

und hier im Land in Mecklenburg-Vorpommern natürlich die Apotheker.

Wir haben 390 Apotheken im Land. Und wenn ich den Ausführungen zumindest der Vertreter Glauben schenken kann, ist es so, dass wir im ländlichen Raum damit rechnen müssen, dass die eine oder andere Apotheke wohl auch mit Existenzängsten zu kämpfen hat und immerhin Mindereinnahmen von rund 50.000 Euro pro Apotheke zu erwarten sind.

Das ist, Frau Linke, gelinde gesagt nicht unbedingt das hohe C. Das heißt ja auch wieder Kostendruck, Sparpotentiale. Und wo geht man ran? Wahrscheinlich an die Beschäftigten. Also ich meine, so destruktiv, wie Sie uns hier immer darstellen als CDU, sind wir nicht. Zumindest, denke ich mal, können wir die Dinge begreifen, die da anstehen.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Das ist schon mal was. –
Torsten Koplin, PDS: Gute Voraussetzung.)

Und wir machen ja mit unserem Antrag darauf aufmerksam, wo die Probleme liegen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und da Sie ja sowieso schon alle so ein bisschen schweben, liebe Genossen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

und ja auch nicht krank werden, Ihnen geht es ja immer gut,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

machen Sie auch so tolle Gesetze, die Sie jeden Tag, die in Berlin gemacht werden, hier in Schwerin begrüßen. Aber ich meine, für die Menschen ist das nicht unbedingt das ganz Richtige.

Und noch ein Wort zu den Krankenhäusern, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien. Da gibt es ja nun auch die tollsten Geschichten im Land. Die Universität Greifswald sagt: Wir haben Fallzahlen erfüllt und wir haben 32.000 Operationen und Behandlungen durchgeführt, die ab einem Tag X im Dezember diesen Jahres sozusagen nicht mehr bezahlt werden können, weil wir Planwirtschaft haben. Wir haben fast sozialistische Verhältnisse, das Kind ist uns irgendwo bekannt, also gedeckelt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das heißt, 32.000 Fälle werden bezahlt, 2.000 oder jetzt 1.600 Fälle werden nicht bezahlt oder – das ist nicht ganz richtig – 15 Prozent der Aufwendungen, die sozusagen anfallen, werden erstattet und 85 Prozent werden zurückgezahlt. Und das ist dann sozusagen die hohe Lehre, wie man zum Nulltarif Leistung erbringt. Das schwächt eigentlich Leistungsträger und stärkt auf der einen Seite ein wenig die Kassenausgaben, andererseits stärkt es nicht unbedingt den Eifer, weiter hochmotiviert bei der Arbeit zu sein.

Meine Damen und Herren, was ist noch in den Krankenhäusern los? Teilweise werden Urlaubstage gestrichen, freiwillig abgegeben, um dem Haus zu helfen, die Budgets zu sichern, um die Personalkosten und die Löhne zu zahlen. Es wird auf der anderen Seite immer wieder erhöhte Wasser-, Energie- und Brennstoffrechnungen geben. Über das Problem haben wir ja vorhin schon mal geredet. Es ist die Ökosteuer, die mit daran schuld ist. Jetzt kommt noch die Gassteuer dazu. Das ist auch Ihr Werk, liebe Genossen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und liebe Genossinnen! Darauf muss ich jetzt mal bestehen. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und so treiben Sie in einer Nullrunde, das muss man vielleicht noch mal sagen: Nullrunde heißt De-facto-Erhöhung oder Herausnahme von Mitteln in Höhe von etwa fünf Prozent, das entziehen Sie dem System, das feiern Sie jeden Tag ab, meine Damen und Herren. So kann es nicht gehen!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Jetzt weiß ich, wo ich meine Kopfschmerzen immer her habe.)

Ja, ich weiß, ja, genau, dabei kriegen Sie sogar Kopfschmerzen, Frau Seemann. Das ist ja schon schön, dass es wenigstens bei Ihnen wirkt,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

aber bei der Masse Ihrer Genossen wirkt es nicht, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Also, ich will sagen, können Sie sich vorstellen, dass die Versicherungen steigen?

(Rudolf Borchert, SPD: Erhöhter Medikamentenverbrauch.)

Das können Sie sich vorstellen, nicht? Ist schon angekündigt. Zum nächsten Jahr steigen auch Versicherungen, also auch die Belastungen der Krankenhäuser nehmen zu. Gehälter steigen. Selbst das Kündigen und das Herausgehen aus dem kommunalen Arbeitgeberverband hilft den Krankenhäusern eigentlich nicht, zumindest bei

den Beschäftigten, die einen Arbeitsvertrag haben. Nur bei denen, die neu eingestellt werden, gibt es dann die Haustarife. Und das heißt: weiter Kostendruck im System!

Deswegen sage ich, ich kann verstehen, dass viele in den Krankenhäusern mit der jetzigen Politik, die hier betrieben wird, nicht einverstanden sind. Und wir haben ja auch nicht nur Zuwächse, Frau Ministerin, wir haben in manchen Bereichen auch Personalabbau und wir haben zu befürchten, dass viele Stellen gerade im ärztlichen Bereich und im Bereich der Pflege in den Krankenhäusern nicht besetzt werden. Dasselbe kann man durchdeklinieren für Alten- und Pflegeheime, da ist es nämlich ähnlich. Also was wird gemacht? Es wird in besonderer Weise beim Fachpersonal gespart, es werden viele Angelernte eingestellt und damit geht es sozusagen zu Lasten der Qualität.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir die Probleme, die wir im Land haben, aufgreifen, dass wir sie thematisieren und dass wir die Dinge, die schlecht laufen, auch benennen.

Das letzte Thema, was ich aufgreifen will, ist die Frage der pflegerischen Versorgung. Gerade bei Krankenschwestern und Pflegeern ist der Leistungsdruck sehr hoch,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist wahr.)

aber auch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist hoch. Das will ich hier ausdrücklich noch einmal sagen: Wir haben sehr hoch motivierte, engagierte Pfleger und Krankenschwestern im Land. Das ist alles richtig. Nichtsdestotrotz brauchen sie gerade auch unsere Zuwendung, unsere Hilfe und dazu sind wir als CDU bereit.

(Torsten Koplin, PDS: Wir auch.)

Ja, Sie sind nicht immer dazu bereit. Sie reden nur immer viel und machen wenig.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Wir sind ganz fleißig.)

Und das ist das, was uns unterscheidet.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das können Sie so nicht sagen.)

So ist es, meine Damen und Herren!

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Wir brauchen ein abgestimmtes System. Ich will das aufgreifen, was Frau Ministerin vorhin gesagt hat. Wir sind bereit, wenn es um konstruktive Fragen geht, auch konstruktiv mitzudiskutieren. Darauf können Sie sich verlassen!

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ja, Sie, Herr Dankert. Ich stehe zu meinem Wort. Wenn ich etwas sage, dann mache ich das auch,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

das setze ich auch um. Und wenn ich Nein sage, dann heißt es auch Nein. Wenn ich Ja sage, heißt es auch Ja.

(Torsten Koplin, PDS: So kennen wir Sie.)

So, denke ich, sollte man mich hier im Haus schon kennen. Mit mir kann man viele Dinge besprechen, ich stehe zu den Dingen.

(Torsten Koplin, PDS: Das stimmt.)

Und wenn ich Nein sage, dann heißt das eben auch Nein. Aber das, denke ich, gilt für jeden hier in diesem Hause.

Wir haben sozusagen diesen Antrag gestellt, um auf die Probleme, die sich aus der Bundesgesetzgebung ergeben, hinzuweisen. Nicht dass Sie hinterher erzählen, die Opposition hätte die Themen nicht aufgegriffen und sie nicht thematisiert.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber nun kommen die Lösungen, Herr Glawe. Nun kommen die Lösungen. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wir müssen aufpassen, dass die Strukturen, die wir im Land haben, nicht zerstört werden, dass wir das, was als Versorgungsauftrag da ist, nämlich diese 1,7 Millionen Bürger gut zu versorgen, auch einhalten und gleichzeitig die vorhandenen Arbeitsplätze versuchen zu sichern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und einer guten medizinischen Versorgung im Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der PDS ist es wichtig festzustellen: Mecklenburg-Vorpommern hat sich als Gesundheitsland beachtlich entwickelt.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Und der Titel der Drucksache, denke ich einmal, bestimmt das Anliegen des ganzen Hauses. Arbeit und Gesundheit, das sind ja die zwei Schwerpunkte des Antragstextes selbst, den die CDU-Fraktion vorgelegt hat, sind elementare Bereiche des Lebens. Gleichwohl lassen Sie mich sagen, dass die Punkte des Antragstextes von einem kümmerlichen Verständnis zum Thema künden, denn zum Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern gehören auch Umwelt- und Naturschutz, gehört auch die Tourismuswirtschaft und vieles andere mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Die PDS empfindet die Antragspunkte als eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit. Sie versuchen immer wieder – im Punkt 1 Ihres Antrages ist das auch nachzulesen –, den Eindruck zu vermitteln, als müsste die Landesregierung erst aufgefordert werden zu handeln, und blenden dabei völlig aus, ich nenne mal nur ein Beispiel, das Engagement der Landesregierung beim Zustandekommen des Solidarpakts II. Unter anderem auf dieser Grundlage werden wir den infrastrukturellen Nachholbedarf von circa 16 Milliarden Euro schrittweise wettmachen. Bis zum Jahr 2020 werden wir circa 12 Milliarden Euro mehr investieren, mehr für Investitionen ausgeben als ein vergleichbares westdeutsches Flächenland. Das ist eine Sache, wenn Sie hier viele kritische Punkte angesprochen haben, dass Sie auch Dinge, die vorhanden sind, die geschehen sind, wo engagiert gehandelt wurde, würdigen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die Herausforderung besteht darin, mit den Auswirkungen der Steuerreform 2000 umzugehen. Und eben darum haben wir als PDS auf der Sondersitzung zur Haushaltssi-

tuation zum einen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gestimmt, zum anderen für die Veränderungen der Unternehmenssteuer, für eine Gemeindefinanzreform und für die Novellierung des Erbschaftssteuerrechts. Das ist ja auch hier mehrheitlich von SPD und PDS so votiert worden.

Notwendig ist ein solches politisches Handeln, dass die Arbeitsmarktpolitik, die Menschenwürde, das Gemeinwohl miteinander verknüpft werden. Deshalb hat die PDS sehr bewusst eine Auseinandersetzung mit dem Hartz-Konzept verlangt. Ich verzichte darauf, hier ins Detail zu gehen, weil ich denke, hier hat meine Kollegin Regine Lück heute Vormittag schon das aus Sicht der PDS-Fraktion zu Sagende dargelegt.

Ein Wort aber möchte ich noch verlieren zu der Frage der Bildung von Kommissionen. Ich sehe da schon eine Gefahr für die Demokratie, wenn Abgeordnete darauf getrimmt werden, Kommissionsempfehlungen eins zu eins umsetzen zu sollen. Und die Krönung vom Ganzen war, dass bereits vor dem Zusammentritt der so genannten Rürup-Kommission, die sich ja mit den Fragen der Zukunft der Gesundheitspolitik in diesem Land beschäftigen soll, namhafte Vertreter, Bundestagsabgeordnete gesagt haben, wir werden die Ergebnisse dieser Kommission eins zu eins umsetzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich halte das für gefährlich, weil der Souverän sind die Abgeordneten, die von der Bevölkerung gewählt werden. Wenn wir sozusagen eine Situation schaffen, wo Kommissionen, wo informelle Gruppen dann mehr und mehr die entscheidenden Ansagen treffen, dann besorgt das schon.

(Beifall Regine Lück, PDS, und Birgit Schwebs, PDS)

In der Drucksache, auf die ich hier noch einmal zu sprechen kommen möchte, offenbart die CDU eine Widersprüchlichkeit ihrer Argumente. Das ist heute ausgesprochen deutlich zu erkennen. Zum einen haben Sie vorhin vehement für die Einrichtung von Minijobs geworben und haben gesagt, darin sehen Sie eine erhebliche Chance, Probleme zu lösen. Und zum anderen schreiben Sie – was Minijobs bedeuten, brauche ich ja hier nicht näher zu erläutern – in der Begründung zu Ihrem Antrag mit warnenden Worten: „So würde eine Verschlechterung der Einkommenssituation u. a. auf die ohnehin schwache Kaufkraft im Land drücken.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Und Sie warnen vor den Folgen von schlecht bezahlten Jobs, de facto von Minijobs.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD – Rudolf Borchert, SPD: Ja, richtig.)

Und da frage ich mich: Sind Sie da beliebig in Ihrer Auffassung oder was verbirgt sich dahinter?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Vor allem, dass Frauen das leisten.)

Ich möchte auch Worte verlieren zum zweiten Punkt Ihres Antrages.

(Rudolf Borchert, SPD: Wenig glaubwürdig, was die CDU erzählt.)

Aus meiner Sicht gehen Sie auch hier in einem doch beachtlichen Abstand an den Geschehnissen vorbei. Die Landesregierung hat sich mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat zu den Vorschaltgesetzen geäußert und Frau Ministerin Linke hat darauf verwiesen, dass die CDU-Vertreter sich dort im Bundesrat diesem Ansinnen verschlossen haben.

(Harry Glawe, CDU: Ich weiß nicht, wenn man drei Stimmen kriegt, ob das nur die CDU war.)

Die PDS selbst unterstützt alle mutigen Schritte, die Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stärken. Und gleichwohl haben wir zu den Geschehnissen in Berlin und den Vorschaltgesetzen eine differenzierte Meinung. Wir unterstützen die Einführung des Rabattsystems gegenüber der Pharmaindustrie und dem Pharmazeutischen Großhandel. Und wiederholt musste ich mich fragen, Herr Glawe, wessen Interessen die CDU-Fraktion vertritt, wenn sie darüber lamentiert, dass diejenigen, die in den letzten Jahren nun wirklich finanziell abgeräumt haben aus dem System, die Pharmaindustrie, der Pharmazeutische Großhandel, nun auch einen Solidarbeitrag leisten sollen. Sie haben das hier dargestellt, da war ich also schon nahe dran, das Taschentuch rauszuholen und gleich zu heulen,

(Harry Glawe, CDU: Wie bitte? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Denken
Sie mal an die Arbeitnehmer!)

so schlecht scheint es also der Pharmaindustrie zu gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD, PDS und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir unterstützen unbedingt die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze und halten aber wiederum, das ist eben das Differenzierte an der Sicht, eine Nullrunde, zum Beispiel der Leistungserbringer im Krankenhausbereich, für kontraproduktiv.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und als besonders schäbig empfinden wir die Absenkung des Sterbegeldes. Wir waren schon immer der Meinung, das gehört nicht als eine Leistung in die gesetzliche Krankenversicherung und sollte steuerfinanziert werden, aber die Absenkung ist einfach nichts anderes als schäbig. Und das Sahnehäubchen bei dieser unsäglichen Debatte hat eine Grünenpolitikerin ja offenbart, als sie dann sagte: Na ja, diejenigen, die es betrifft, die haben ja nichts mehr davon. Ich halte das für eine sehr würdelose Argumentation und finde es schade, dass Derartiges stattgefunden hat.

Was wir brauchen, seitens der PDS möchte ich das sagen: Erstens sind wir der Meinung, dass jede Arbeitsstunde sozialversicherungspflichtig sein sollte. Das sollte für den Manager zutreffen, genauso wie für Angestellte, Beamte, Abgeordnete und so weiter.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Zweitens sollten die Unternehmen, das ist zeitgemäß, in hohem Maße – ich habe mich gerade diese Woche darüber auch mit Vertretern der Betriebskrankenkassen des Landesverbandes Nord unterhalten – nach ihrer Wertschöpfung ihren Anteil an der gesetzlichen Krankenversicherung leisten und nicht an den Bruttolohnsummen der Beschäftigten.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Sehr richtig.)

Drittens sollten Vermögenszuwächse, die aus Mieten und Pachten herrühren, ebenfalls zur gesetzlichen Krankenversicherung mit beitragen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gilt das auch für Ferienwohnungen? Das sollten Sie mal klären!)

Wir brauchen nicht hunderte Krankenkassen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Gilt das auch für Ferienwohnungen?)

sondern effiziente, die ...

Ach, bringen Sie mich doch nicht durcheinander, das muss nicht sein!

(Birgit Schwebs, PDS: Red weiter, Torsten!)

Im Kern geht es uns darum, Herr Riemann, das ist also meiner Rede Sinn, dass die Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung verbessert werden muss. Ich empfehle Ihnen, die Koalitionsvereinbarung in Bezug auf Ihren Antragstext zu lesen. Wir haben viele Punkte, die Sie hier mit ins Feld führen, bereits durch die Koalitionsvereinbarung beantwortet. Ich verweise vor allen Dingen auf den Passus der gesundheitspolitischen Leitlinien, die erstellt werden sollen in unserem Land, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Die PDS-Fraktion wird den Antrag von der CDU ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Heydorn, der eigentlich hätte gleich nach der Ministerin die Redezeit hier absolvieren dürfen. Auf meiner Rednerliste war allerdings noch der Minister Herr Ebnet verzeichnet. Ich bitte das zu entschuldigen.

Herr Heydorn, Sie haben jetzt das Wort.

Jörg Heydorn, SPD: Also, ich denke, das ist nicht so schlimm. Deswegen ist das meiste ja schon gesagt worden und man kann sich etwas kürzer fassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schubert sprach hier das Thema rot-grüne Gesundheitspolitik an. Ich weiß nicht, ob Sie es noch wissen: Sie haben in der Bundespolitik einen recycelten Altfall an der Spitze mit dem Namen Seehofer,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

der wollte auch mal das Thema Gesundheitsreform anpacken, ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger angekommen. Das muss man dazu deutlich sagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist damals im Bundesrat gescheitert.)

Das ist nicht wahr.

Wenn Sie formulieren, den Patienten in den Mittelpunkt zu stellen, dann finde ich im Grunde genommen, das ist es, was man tun sollte, den Patienten in den Mittelpunkt stellen. Gucke ich mir allerdings die heutige Situation im Gesundheitswesen an, dann habe ich das Gefühl, das ist ein Haifischbecken, in dem alle ganz gut klarkommen, nur nicht der Patient, für den das Gesundheitswesen eigentlich da sein sollte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Herr Glawe sprach das Thema Apotheken an und dass das Arbeitsplätze sind und dergleichen mehr. Das ist richtig. Auf der anderen Seite kann mir aber kein vernünftiger Mensch erklären, warum Medikamente beispielsweise nur über eine Apotheke zu beziehen sind oder warum ein einzelner Apotheker auch nur eine Apotheke betreiben darf. Ich kann im Grunde 25 Supermärkte eröffnen, aber dieses starre Standesrecht erlaubt es einem Apotheker, nur eine Apotheke zu betreiben. Da kann mir keiner erzählen, dass das im Sinne des Patienten ist.

Zur Universitätsklinik Greifswald liegen also doch die Fakten auf dem Tisch, Herr Glawe. Sie wissen doch, wie die Zahlen sind. Die Budgetverhandlungen sind zwischen der Uniklinik und den Kassen geführt worden. In den letzten Jahren hat die Uniklinik nach eigenen Aussagen mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Insofern weiß ich nicht, ob das, was von dort kommt, nicht eher in die Richtung geht, dass man vor den Budgetverhandlungen noch einmal richtig Gas gibt, um möglichst viel für sich herauszuholen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ein anderer Punkt ist Ihre Sorge um die Krankenhäuser. Wir hatten gemeinsam einen Termin mit der BEK letzte Woche. Da haben wir erfahren können, dass 80 Prozent der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern beantragt haben, am Fallpauschalensystem teilnehmen zu können. Das bedeutet, die, die daran teilnehmen, haben die Möglichkeit, Einnahmewachse in Anspruch zu nehmen, weil mit der Einführung auch in erheblichem Umfang Ausgaben und Umstellungen verbunden sind. Das maßgebliche Gesetz, was die Frist für die Beantragung zum Fallpauschalensystem regelt, wird von der Union im Bundesrat blockiert. Da würde ich empfehlen, in Berlin mal richtig auf den Putz zu hauen,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

damit diese Einnahmewachse den Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorenthalten bleiben.

Doch nun zu meinem eigentlichen Text. Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, wird den Antrag der CDU ablehnen.

(Andreas Petters, CDU: Das war doch klar.)

Ja.

Ein wichtiger Punkt dazu: Der Antrag bleibt in allen Teilen sehr allgemein. Er präzisiert in keiner Weise, welche Intentionen damit konkret verbunden sind. In der Begründung wird lediglich auf die Entwicklung von Beschäftigungszahlen zurückgegriffen. Für diese Entwicklung ist die aktuelle Gesundheitspolitik nicht verantwortlich.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Nee.)

Anfang der 90er Jahre, das kann ich Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung sagen, gab es in Größenordnungen Menschen in den Krankenhäusern, die im Grunde genommen nicht mehr krankenpflegebedürftig waren, sondern die pflegebedürftig im Sinne ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil sie keine Pflegeversicherung hatten.)

Ja, richtig, so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Das heißt, sie sind aus den Krankenhäusern herausgebracht worden und kamen in die Alten- und Pflegeheime. Dadurch ist natürlich auch ein Personalwechsel notwendig gewesen. Das heißt also, in den Krankenhäusern ging der Bedarf zurück, in anderen Bereichen ist er gestiegen. Das hat mit der Gesundheitspolitik wenig zu tun.

(Harry Glawe, CDU: Das war Anfang der 90er Jahre. Enthospitalisierung.)

Das ist richtig, ja.

Damit haben sich natürlich auch Beschäftigtenzahlen bewegt.

Und das Beitragssicherungsgesetz ist am 29.11.2002 im Bundesrat debattiert und in den Vermittlungsausschuss überwiesen worden. Da ist es durch, das kommt auch nicht zurück. Das heißt, wir brauchen hier heute nicht über ein Gesetz zu debattieren, was letztendlich schon gelaufen ist, worauf wir keinen Einfluss mehr haben.

Und die grundsätzliche Zielsetzung des Beitragssicherungsgesetzes ist auch im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern, da beißt die Maus keinen Faden ab. Es geht einmal um die Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen ab dem Jahr 2003. Es geht zweitens um die Vermeidung eines weiteren Anstieges der Beitragssätze in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Und es geht drittens um die Schaffung eines weiteren finanziellen Spielraums durch Preisabschläge bei Arzneimitteln. Und mir kann keiner erzählen, dass beispielsweise die Pharmaindustrie nicht dazu im Stande wäre, Abschläge auf Preise gewähren zu können. Davon gehen die nicht ein.

(Rudolf Borchert, SPD: Ohne Arbeitsplätze zu verlieren.)

Deswegen lehnen wir den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Regine Lück, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Noch einmal um das Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch zwei kurze Erklärungen abgeben.

DRGs und die Frage der Fallpauschalen sind natürlich eine wichtige Frage, die aber nicht dazu führt, dass die Nullrunde in den Krankenhäusern durch diese Mehrzahlungen die Probleme löst, sondern sie löst nur das Problem, dass man Hardware und Software einführen kann und man den einen oder anderen auf diese neuen Abrechnungsmodalitäten vorbereitet, dass man mit den Krankenkassen einen Blindflug macht über ein Jahr, um zu sehen, wie bewähren sich diese Abrechnungssysteme,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so ist das.)

die auf der einen Seite noch nach der Fallpauschale gemacht werden und gleichzeitig im DRG-System laufen, ist es nachher praktikabel, laufen die Systeme oder laufen sie nicht. Davon erhält keine Krankenschwester ihr Gehalt oder ihr Weihnachtsgeld,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so!)

sondern es geht nur darum, dass sozusagen für die Zukunft, wenn das neue System kommt, Vorbereitungen getroffen sind. Das ist die eine Sache.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und die andere Sache ist die Beitragsstabilität.

Zu den Genossen hier vorne:

(Dr. Margret Seemann, SPD, und
Peter Ritter, PDS: Und Genossinnen!)

Sicher haben Sie mitbekommen, dass nun gerade die DAK die Beiträge erhöht hat oder die Erhöhung zumindest angemeldet hat auf 15,2 Prozent. Das ist sozusagen fast Weltrekord in Deutschland, aber Sie sagen, Beitragsstabilität. Fast alle Ersatzkassen werden gezwungen sein, aufgrund der Entwicklung die Beiträge zu erhöhen. Die einzigen, die zurzeit aus der gesamten Kiste profitieren, also Risikostrukturausgleich, sind die AOK in Deutschland. Sie werden über den Risikostrukturausgleich entschuldigt.

(Torsten Koplin, PDS: Haben Sie was
gegen den Risikostrukturausgleich?)

Aber das ist doch die Wahrheit, man muss doch auch mal hingucken, was da läuft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Sie wissen doch gar nicht mehr, was in der Welt hier los ist! Sie erzählen uns immer, Beitragsstabilität. Beitragsstabilität, die funktioniert sowieso so nicht, wie Sie sie jedenfalls anfassen, schon gar nicht.

Das ist die rote Lampe schon wieder hier, die mich stört.

(Beifall Hannelore Monegel, SPD)

Aber gut, ich bin auch am Ende. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/49. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/49 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes, Drucksache 4/77, und Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes, Drucksache 4/85(neu), hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Sozialausschusses auf Drucksache 4/102.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Landespflegegesetzes (1. Landespflege-
änderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/77** –

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Landespflegegesetzes (1. Landespflege-
änderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/85(neu)** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sozialausschusses**
– **Drucksache 4/102** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem gestrigen Beschluss hat der Landtag die Drucksache 4/77, die eingebracht wurde seitens der Fraktionen der PDS und SPD, und die Drucksache 4/85 (Neufassung) seitens der CDU zur Ersten Änderung des Landespflegegesetzes an den Sozialausschuss federführend und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen.

Bevor der Sozialausschuss getagt hat, hat sich der Finanzausschuss mit der Thematik beschäftigt und mehrheitlich die Annahme der Drucksache 4/77, also des Gesetzentwurfes von PDS und SPD, empfohlen und im Rahmen seiner Zuständigkeit keine Änderung angeraten sowie darauf verwiesen, dass sich der Mittelsatz im Rahmen der eingestellten Haushaltsmittel bewegt. Der Sozialausschuss hat bei Enthaltung der CDU-Fraktion den Entwurf von PDS und SPD zum Beratungsgegenstand erhoben. Der Beratungsgegenstand ist durch eine Neufassung des Paragraphen 5 Absatz 1 – er behandelt die Frage der ambulanten Pflege – erweitert worden.

Der Sozialausschuss hatte im Vorfeld die Spitzenverbände der Kommunen, also den Landkreistag und den Städte- und Gemeindetag, um Position gebeten. Diese haben ihre Positionen abgegeben, insbesondere zu dem sie betreffenden Punkt der ambulanten Pflege.

Der Landkreistag hat in seiner schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt, dass die Aufnahme einer Formulierung in Paragraph 5 Absatz 1 des Landespflegegesetzes, wonach die öffentliche Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen eine freiwillige Leistung der Landkreise und kreisfreien Städte ist, in die richtige Richtung geht. Dies wurde ausdrücklich begrüßt.

Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern hat darauf verwiesen, dass durch die Neuregelung des Paragraphen 5 Absatz 1 des Landespflegegesetzes die Grundlage dafür geschaffen wird, dass die Landkreise und kreisfreien Städte selbst entscheiden können, ob und in welcher Form sie die bisherige Förderung fortsetzen. Ohne eine solche Regelung, so schrieben sie, besteht nach Auffassung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, dass den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Investitionskostenförderung ambulanter Pflegeeinrichtungen unterzogen wird, da es sich um eine Sozialleistung nach dem SGB XI handelt, die nur aufgrund eines Gesetzes gewährt werden darf.

Abschließend hat der Sozialausschuss für die Empfehlung Ihnen gegenüber sich ausgesprochen, mehrheitlich, bei Gegenstimmen der CDU, den Gesetzentwurf auf Drucksache 4/77 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses letztendlich anzunehmen und den Gesetzentwurf auf Drucksache 4/85(neu) gemäß der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses abzulehnen. Hierfür wollte ich sprechen.

Ich bedanke mich abschließend vor allen Dingen für die konstruktive Zusammenarbeit im Sozialausschuss. Dieser Dank geht gleichermaßen an CDU-, SPD- und PDS-Kollegen. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Interfraktionell ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste erhält das Wort die Sozialministerin des Landes Frau Linke. Bitte schön.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In den letzten Tagen haben wir auf der Regierungsseite, aber auch die Beteiligten in den Fraktionen des Landtages einiges an Bewegung in der Frage der Fortschreibung des Landespflegegesetzes erlebt. Als Sozialministerin des Landes bin ich sehr froh, dass sich auf den letzten Metern und kurz vor Toresschluss eine Lösung abzeichnet.

Die Pflegeplanungsproblematik beschäftigt mich seit meinem Amtsantritt. Nach einer Analyse der Situation habe ich mich sofort gegen ein Auslaufen der bisherigen Regelung des Landespflegegesetzes ohne eine adäquate Nachfolgelösung ausgesprochen und die erforderlichen Arbeitsaufträge umgehend ausgelöst.

Inzwischen haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien für eine übergangsweise Verlängerung der bisherigen Regelungen des Landespflegegesetzes ausgesprochen. Das freut mich. Ich möchte deshalb ausdrücklich meinen Dank an alle Fraktionen aussprechen, die die sehr kurzfristige Beratung der vorgelegten Gesetzentwürfe heute und hier möglich gemacht haben.

Kein Ende der Förderung von heute auf morgen, nicht Knall auf Fall eine Mehrbelastung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner ohne jede Abpufferung einzuführen, das war die erklärte Zielsetzung. Mit dem Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, der bei den Ausschussberatungen eine Mehrheit fand, wird dieses Ziel erreicht. Für knapp 15.000 Heimbewohnerinnen und Heimbewohner wie auch für deren Familienangehörige bringt dies vor allen Dingen Klarheit und sie können die bevorstehenden Festtage jetzt ohne Unruhe und Sorge um kurzfristige und neue Belastungen angehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Das ist ein sehr gutes Signal, das in diesen Tagen vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern ausgeht.

Natürlich weiß ich, dass nicht alle Probleme mit dieser sehr kurzfristigen Eilgesetzgebung gelöst sind. Zu Recht

haben die Abgeordneten Herr Glawe und Herr Heydorn in den Beratungen darauf hingewiesen, dass das Problem der ambulanten Pflege auf dem jetzt gewählten Weg nicht gelöst werden konnte. Das ist bedauerlich, da gerade dem Grundsatz „Ambulant vor stationär“ hier noch nicht Rechnung getragen werden konnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Ausdrücklich ist deshalb im Gesetzentwurf noch einmal die Klarstellung aufgenommen worden,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Frau Keler hat gespart.)

dass die Landkreise und kreisfreien Städte auch im Jahr 2003 auf freiwilliger Basis ihre Förderung für die ambulanten Pflegedienste fortsetzen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir
haben aber kein Geld mehr.)

Nachdem das Land seine Bereitschaft erklärt hat, die bisherigen Lasten bis zu einer Novellierung des Landespflegegesetzes weiterzutragen, wäre es aus meiner Sicht das richtige Signal, wenn dieses auch von den Landkreisen und kreisfreien Städten so praktiziert werden könnte. Ich möchte die Gelegenheit deshalb hier an dieser Stelle noch einmal nutzen, um an die Landkreise und kreisfreien Städte zu appellieren, das zu tun.

Uns als Landesregierung und namentlich mich als Ministerin sehe ich jetzt in der Pflicht, zügig im Jahre 2003 eine Novelle zum Landespflegegesetz vorzulegen. Das in den letzten Tagen oft zitierte Urteil des Bundessozialgerichtes vom 28. Juni 2001 zwingt uns dazu.

Zukünftig wird es nicht mehr möglich sein, die Förderung stationärer Pflegeeinrichtungen an die Vorgaben einer staatlichen Bedarfsplanung zu knüpfen. Die Förderung muss wettbewerbsneutral ausgestaltet sein. Wenn wir also fördern, dann müssen wir alle gleichermaßen fördern. PDS und SPD haben dies erkannt und die Umstellung der Objektfinanzierung auf eine subjektbezogene Finanzierung, also auf eine heimbewohnerbezogene Finanzierung, in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Die neue Zielsetzung ist definiert und der damit verbundene Paradigmenwechsel vollzogen.

Gleichwohl brauchen wir eine ausführliche Debatte zur Pflege. Nach meiner Beobachtung gab es in den Diskussionen der letzten Tage eine Vielzahl an gemeinsamen Grundlinien in der Argumentation. Regierungsfractionen und Opposition waren in den grundlegenden Zielsetzungen nicht weit auseinander. Ich glaube, wir haben hier in der Landespolitik alle gemeinsam ein großes Problem zu lösen und sollten bei diesem Thema nicht so sehr unter parteipolitischen Vorzeichen diskutieren und agieren. Der zur Beschlussfassung vorliegende Gesetzentwurf bringt uns im Ergebnis die Zeit, um mit der gebotenen Präzision, mit der gebotenen Verantwortung und unter Einbindung aller Partner die von mir skizzierte neue gesetzliche Lösung herbeizuführen. Ich würde mir deshalb sehr wünschen, sehr verehrte Abgeordnete, wenn der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, der heute hier vorliegt, eine möglichst breite Zustimmung in diesem Hause finden würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen!

(Angelika Gramkow, PDS: Geben Sie sich einen Ruck, Herr Glawe!)

Bitte?

(Angelika Gramkow, PDS: Geben Sie sich einen Ruck!)

Ich gebe mir einen Ruck.

(Heinz Müller, SPD: Aber einen richtigen! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Also, das Landespflegegesetz ist sozusagen sechseinhalb Jahre alt und wir haben 14 Tage vor der Ziellinie eines alten Jahres heute die Chance, das Landespflegegesetz so zu gestalten, dass wir den betroffenen Heimbewohnern – das sind 5.600 – und ihren Familien wahrscheinlich im Land helfen können, dass sie nicht ab dem 01.01.2003 mit erheblichen Belastungen im Bereich der Investitionen für den Heimplatz belastet werden müssen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Das, denke ich, ist ein wichtiges Ergebnis der gemeinsamen Gespräche und auch Diskussionen über den einen oder den anderen Gesetzentwurf. Letzten Endes ist es der Gesetzentwurf der Koalition. In der Frage, denke ich, waren wir uns sehr einig. Und ich will mich auch ausdrücklich bei allen Kollegen bedanken, die erstens durch den Dringlichkeitsantrag auf beiden Seiten dafür gesorgt haben, dass es auf die Tagesordnung kam,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

und dass wir zweitens doch in einer, denke ich, sehr fairen Diskussion im Finanzausschuss, aber auch im Sozialausschuss den Weg frei gemacht haben, die stationäre und teilstationäre Förderung bei den Investitionen zu sichern und damit den Menschen in unserem Land, die einen wohlverdienten Lebensabend in den Alten- und Pflegeheimen verbringen, zu helfen. Dafür allen Dank!

Es ist – und das ist sozusagen der Wermutstropfen auf unserer Seite – nicht gelungen, in der Diskussion die Frage der ambulanten Pflege dahin auszurichten, dass auch dort ein Status quo gewährt wird, dass man also sagt, die Landkreise sind weiterhin verpflichtet, die Förderung wie bisher zu tätigen. Und das sind ja im Durchschnitt, schätze ich, so zwischen 40.000 und 50.000 Euro pro Landkreis gewesen. Das wäre also nach meiner Meinung nicht die Hürde. Aber ich muss akzeptieren, dass die Mehrheiten dazu nicht gereicht haben. Deswegen wird es vielleicht doch die eine oder andere Mehrbelastung geben, aber nicht in der Größenordnung, wie sie sich im Vorfeld abgezeichnet hat.

Deswegen, denke ich, haben wir ein Gesetz, mit dem wir leben können. In der CDU-Fraktion wird man sich enthalten oder zustimmen, das werden wir sehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Ja, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, da gibt es jetzt eigentlich nichts mehr zu sagen. Der Entwurf liegt auf dem Tisch, der ist abgestimmt. Das ist eine Notoperation, eine gelungene Notoperation. Ich kann mich nur noch bei allen bedanken, die da konstruktiv mitgearbeitet haben, und aus unserer Sicht war es das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn. In der Kürze liegt die Würze.

Und zum Abschluss steht auf der Rednerliste Herr Koplin von der PDS-Fraktion. Sie haben das Wort.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Ich bin aufgefordert worden, mich kurz zu fassen, das möchte ich gern machen.

Ich bin froh, dass wir Rechtssicherheit haben und den Menschen die Sorge genommen haben vor Weihnachten, hier ab Anfang nächsten Jahres wohlmöglich 500 Euro draufzahlen zu müssen.

Ich möchte einen Satz sagen zu Herrn Glawe, warum wir uns hier damit noch mal beschäftigen mussten und eine Veränderung herbeiführen mussten zum Paragraphen 5 des Landespflegegesetzes, der dann speziell die ambulante Pflege betrifft. Es lag in der Gesetzessystematik, dass mit dem Auslaufen des Paragraphen 3 Absatz 2 automatisch – wenn wir es nicht geregelt hätten, was wir ja gestern getan haben – die ambulante Pflege überhaupt keine Rechtsgrundlage mehr gehabt hätte. Und das wäre unverantwortlich gewesen. Ich denke, wir haben uns sehr verantwortungsbewusst verhalten.

Und ich wünsche mir eins: Wir haben auch gestern am späten Abend bewiesen, dass wir sehr konstruktiv zusammenarbeiten können, wenn wir uns auf eins konzentrieren, nämlich darauf, um was es überhaupt geht, um wen es geht. Das sind die Menschen in den Heimen, denen wir die Sorge nehmen wollten. Und ich wünsche mir ganz stark, dass wir das auch unter Beweis stellen, wenn wir in den nächsten Monaten an einer tragfähigen endgültigen Lösung für ein Landespflegegesetz arbeiten. Also, auf gehts!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Frau Keler muss doch dazu noch mal was sagen. – Ministerin Sigrid Keler: Das Geld war doch eingestellt, Herr Glawe.)

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der PDS und SPD eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes auf Drucksache 4/77.

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Sozialausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/77 entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen sind damit die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/102 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/102 bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Sozialausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/85(neu) abzulehnen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/102 mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit fast am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich habe noch eine Information für Sie, und zwar betrifft sie die schon heiß begehrten Kalender des Landtages 2003. Den Fraktionen des Landtages sind mit heutigem Datum jeweils eine gleiche Anzahl von Landtagskalendern für das Jahr 2003 zugegangen. Am heutigen Abend erwarten wir von der Druckerei einen weiteren Zugang von Kalendern, die den Fraktionen ebenfalls unmittelbar zugeleitet werden. Es gab ein Problem durch den Ausfall einer Bindemaschine

in der Druckerei. Deshalb wird erst am kommenden Montag eine größere Lieferung von Kalendern zu erwarten sein. Wir haben aber mit der Druckerei vereinbart, dass diese dann direkt an die Wahlkreisbüros geschickt werden, weil es durchaus sein kann, dass der eine oder andere Abgeordnete ja nicht mehr die Möglichkeit hat, in der kommenden Woche hierher zu kommen. Die Kosten werden von der Druckerei übernommen, also das trägt nicht der Landtag, weil es ja nicht unser Verschulden war. Ich hoffe, dass das in Ihrem Sinne ist

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

und dass jeder die Anzahl an Exemplaren zur Verfügung hat, die er dann auch verschenken kann.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich möchte Ihnen, bevor ich die nächste Sitzung einberufe, für die anstehenden Weihnachtsfeiertage, aber auch für die Zeit zum Jahreswechsel einige besinnliche Stunden und auch ein bisschen Muße im Kreise Ihrer Lieben wünschen, Zeit zur Besinnung, Zeit zum Kraftschöpfen, vielleicht das eine oder andere auch überdenken, was man sich vornimmt fürs neue Jahr, und Ihnen und Ihren Familien, allen Mitarbeitern und ihren Familien alles Gute, ein schönes Fest und ein gesundes 2003.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 29. Januar 2003, um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Mathias Brodtkorb, Ilka Lochner-Borst, Dr. Norbert Nieszery, Torsten Renz, Wolf-Dieter Ringguth, Volker Schlotmann und Erwin SELLERING.